

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Auslieferung Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkaltet täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühren
 Beträgt für die sechsgespaltene Rubrik je Zeile über deren Raum 20 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichterstattungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zweifach 2 betriebsweise), jedes weitere Wort 10 Pf. Einzelzeilen und Schließzeilen je Zeile das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Zusätzl. für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Verlegungs-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 19. November 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Wahlausfall in Württemberg.

Mitten im Kriegslärm sind die Wähler in Württemberg an die Urnen getreten. Die blutigen Vorkämpfer hatten selbst innerhalb des Landes die Aufmerksamkeit vom Wahlkampf ziemlich stark abgelenkt. Die bürgerlichen Parteien gaben sich die erdenklichste Mühe, der Kriegsgefahr die rüstungsfeindliche Sozialdemokratie gegenüber zu stellen und dem Volke die schauerlichsten Schreckgespenster an die Wand zu malen. Sie ließen es auch an der Ausschaltung der unlieblichen Vorkommnisse innerhalb unserer württembergischen Landesorganisation nicht fehlen. Mit blinder Wut wurde in den letzten Tagen vor der Entscheidung von allen Seiten gegen uns gekämpft. Auch der offizielle „Staatsanzeiger“ fühlte sich noch in letzter Stunde bemüht, gleich jenem alten Mitterlein ein Reißigbündel auf den Scheiterhaufen zu werfen, auf dem die Sozialdemokratie geröstet werden sollte. Und trotz alledem: die Sozialdemokratie geht auch aus diesem Kampfe stolzer, erhobener Hauptes hervor. Hatte sie bei den letzten Wahlen von den 69 Bezirksmandaten im ersten Wahlgang nur zwei davongetragen, so verfügen wir jetzt bereits über sieben Sitze und sind an einer ganzen Reihe aussichtsreicher zweiter Wahlgänge beteiligt. Die beiden liberalen Parteien haben dagegen trotz ihres Wahlabkommens nur 9 Mandate erlangt, davon die Volkspartei 6, die Nationalliberalen 3. Das Zentrum hat seine 19 sicheren Bezirke sofort im ersten Wahlgang wiedergewonnen, von denen allerdings zwei — Aalen und Nottwil — nicht sicher sein würden, wenn die liberalen Parteien nur 50 Proz. ihrer antidemokratischen Rodomontaden in liberale Taten umsetzen würden. Jene zwei Sitze, die das Zentrum 1906 der Hornmichelstättler der Nationalliberalen zu verdanken hatte, — Oberndorf und Weisingen — sind sehr gefährlichen Nachwahlen unterworfen. Gehen sie beide dem Zentrum verloren, so wird es dafür im zweiten Wahlgang den Redarfulmer Sitz dem Bauernbund abnehmen. Dieser hat sich damit bereits abgefunden. Hat er sich doch bereits im ersten Wahlgang 10 Sitze gesichert, davon 3 Gewinne. 2 Mandate nahm der Bauernbund mit freundschaftlicher Unterstützung des Zentrums den Nationalliberalen ab, die ihm dafür zärtlich die Wangen streicheln; das dritte mußte die Volkspartei hergeben. Verloren hat der Bauernbund bis jetzt nichts. Nur drei seiner bisherigen Mandate hat er im zweiten Wahlgang zu verteidigen, und sollte er sie alle drei verlieren, so wird er sich schadlos halten durch mindestens ebensoviel weitere Gewinne, auf die er noch hoffen darf. Es können aber auch noch mehr werden, da in den Kämpfen, in denen die Sozialdemokratie mit der äußersten Rechten um das Mandat zu ringen hat, die Nationalliberalen auf jeden Fall die äußerste Rechte unterstützen werden, und was die Volkspartei tun wird, ist noch höchst ungewiß. Die volksparteilichen Führer werden sich freilich klar sein müssen darüber, daß es mit ihrer Herrlichkeit in Württemberg endgültig vorbei ist, wenn sie die konservativen Bündler im Landtage so stark werden lassen, daß sie mit dem von Gröber geführten Zentrum eine Mehrheit zu bilden vermögen. Die Gewinne, die der Bauernbund schon erzielt hat, rücken das Schwabenland diesem Zustand bedenklich nahe, und bei der politischen Blindheit unserer Liberalen beider Schattierungen muß man auf alles gefaßt sein.

Die Nationalliberalen haben im ganzen schon im ersten Wahlgang vier Mandate verloren, zwei an die Sozialdemokratie, zwei an die Bündler, und nur eins gewonnen. Zwei weitere nationalliberale Mandate hoffen die Bündler noch zu holen. Haben die Nationalliberalen ihren früheren Führer Stieber, der sich vor 2 1/2 Jahren bei seiner Ernennung zum Regierungsdirektor vom politischen Kampffeld zurückzog, jetzt wieder in die Kammer bekommen, so ist ihnen durch die Niederlage in Mergentheim der gemachte Oberregierungsrat Kästner, durch die Niederlage in Eßlingen der gerissene Oberbürgermeister Mühlberger verloren gegangen, und in Bradenheim wird möglicherweise dem bisherigen Fraktionsvorsitzenden v. Paß noch der Stuhl vor die Tür gestellt werden.

Die Volkspartei hat einen Verlust zu buchen, aber nichts gewonnen. Von ihren bisherigen Abgeordneten stehen vier der Stimmzahl nach an aussichtsreicher Stelle im zweiten Wahlgang, gewinnen kann sie bestenfalls noch zwei Mandate. Die Volkspartei wird daher ebenso wie die Nationalliberalen geschwächt in die Kammer zurückkehren. Das liberale Wahlabkommen bot also keinen ausreichenden Schutz gegen Mandatsverluste.

In den zwei Bezirken mit liberalen Doppelpublikaturen erwies sich der Widerstand der Opponenten stärker, als die Führer glauben machen wollten. In Schorndorf wurde der offizielle Kandidat der Volkspartei von dem „oiden“ weit überflügelt; die Sozialdemokratie aber steht hier an erster Stelle. Im zweiten Wahlgang dürfte hier wohl eine Einigung der feindlichen Brüder zustande kommen. Schwieriger gestaltet sich dieselbe in Besigheim, wo der demokratische Oppositionskandidat 1140 Stimmen erzielte, die nun den Ausschlag geben können zwischen unserem Kandidaten, der 1782 und dem Kandidaten des ganzen bürgerlichen Mischmaschs, der 1861 Stimmen erhielt.

Die Sozialdemokratie darf mit Befriedigung auf das Wahlergebnis blicken. Daß wir unsere festen Sitze Stuttgart-Amt und Ludwigsburg-Amt halten würden, galt als

sicher, wenn auch die großen Stimmengewinne überraschen. Aber gefährdet schienen Cannstatt-Amt und Heilbronn-Amt, die gleichfalls sofort geholt wurden. Die amerikanische Wahlmache in Eßlingen verstärkte mit jedem Tag die Zweifel, ob wir diesen 1906 verlorenen Bezirk jetzt zurückerobern würden. Es ist jedoch glänzend gelungen. Der sofortige Sieg in Nürtingen war eine Ueberraschung, da wir in diesem Bezirk bei der Reichstagswahl kaum die absolute Mehrheit erreicht hatten. In Maulbronn schließlich, das wir noch nie besaßen, hatte niemand einen Sieg im ersten Wahlgang erwartet. In Neuenbürg sind unsere Aussichten nicht sehr günstig für den zweiten Wahlgang, trotz des starken Stimmengewinns, den wir erzielten. Hier wie in Neutlingen-Amt, wo gleichfalls noch eine ordentliche Kraftentfaltung nötig ist, um das Mandat zu retten, eroberten wir 1906 das Mandat in einer sogenannten Dreifachwahl (mit 3 Kandidaten) mit einfacher Mehrheit. Weniger günstig stehen die Aussichten auch im Bezirk Göppingen, den wir seit 12 Jahren im Besitz hatten. Während die Gegner hier 1500 Stimmen gewonnen haben, verzeichnen wir einen kleinen Rückgang der Stimmen. Die Verstimmung in den Reihen unserer Parteigenossen über die inneren Zerwürfnisse wirkte fort auf die Kreise der nicht organisierten Wähler. Doch kann vielleicht mit allem Kraftaufgebot die Scharte im zweiten Wahlgang noch ausgewetzt werden.

Im übrigen haben wir einen sehr bedeutenden Stimmengewinn in allen Landesteilen zu verzeichnen. Schon jetzt zählen wir ca. 96 500 Stimmen, dazu kommen noch die von Groß-Stuttgart, wo das Ergebnis erst am Montag festgestellt wird. Bei der letzten Wahl sammelten wir in Groß-Stuttgart

19 500 Wähler um unser Banner. Seitdem hat sich die Zahl der Wahlberechtigten um 13 000 vermehrt, so daß wir auf mindestens 28 000 Wähler in Stuttgart rechnen müssen. Bei dieser Annahme ergibt sich ein Gewinn seit der letzten Wahl von nahezu 33 000 Stimmen im ganzen Lande.

Stuttgart, 18. November. Durch Verfügung des Ministeriums des Innern ist die Wahl der 17 Abgeordneten der beiden Landtagswahlkreise auf Mittwoch, den 18. Dezember, und die Wahl der acht Mitglieder des ritterchaftlichen Abols zur Ersten Kammer auf Donnerstag, den 12. Dezember, angelegt worden.

Stuttgart, 18. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Proporzahlen in Stuttgart-Stadt erhielten die Sozialdemokraten 190 204, die Nationalliberalen 72 471, die Volkspartei 88 669, die Konservativen 29 094 und das Zentrum 18 513 Stimmen. Gewählt wurden die Sozialdemokraten Lindemann mit 35 880, Engelhardt mit 24 674 und Westmeyer mit 23 477 Stimmen, ferner Baumann (nalk.) mit 18 800, Gauß (Sp.) mit 12 078 sowie Hiller (L.), letzterer infolge der Verbindung mit der Liste des Zentrums, das selbst leer ausgeht. Bei der letzten Wahl gestaltete sich das Stimmverhältnis in abgerundeten Zahlen folgendermaßen: Sozialdemokraten 117 000, Volkspartei 36 000, Nationalliberale 50 000, Konservative 16 000 und Zentrum 14 000. Den größten Stimmengewinn hat also die Sozialdemokratie aufzuweisen.

Oesterreichische Kriegshetzer an der Arbeit.

Die Wiener Presse, die mit Ausnahme der „Arbeiterzeitung“ ihre Weisungen vom Auswärtigen Amt bekommt, schreibt heute in drohenden Tönen gegen Serbien. Den Grund der Aufregung bildet Herr Prochaska. Wer dieser Prochaska, der im Mittelpunkt der internationalen Politik steht, eigentlich ist? Es ist dies ein österreichischer Konsul in Prizrend, der Hauptstadt Albaniens. Die österreichische Regierung behauptet, trotz all ihrer Vermüdungen, mit ihrem Konsul keine Verbindung erhalten zu können. Die Serben hätten ihn, nachdem sie die Stadt genommen hatten, isoliert. Als Grund geben die Wiener Offiziosen an, daß der Konsul Aufzeichnungen über Greuelthaten, die die Serben an den Albanern verübt hätten, gesammelt habe. Von serbischer Seite soll dagegen behauptet worden sein, daß der Konsul die Albaner zum Widerstand gegen die Serben organisiert hätte.

Die Wahrheit läßt sich natürlich nicht feststellen. Es scheint, daß es bei der Einnahme von Prizrend zu Straßenkämpfen mit all ihren Scheußlichkeiten gekommen ist. Albaner sollen auf die einziehenden Truppen gefeuert und diese dann in wilder Wut alles, was sich ihnen entgegenstellte, niedergemacht haben. Der Berichterstatter der kriegsheerischen „Reichspost“ gibt an, daß dabei 111 Männer, 35 Frauen und 8 Kinder getötet worden seien. Das ist nun gewiß ein verabscheuenswürdiges Verbrechen, das ist aber eben der Krieg. Und gegenüber den Hunderttausenden, die bereits den Kugeln und der entsetzlichen Seuche erlegen sind, gegenüber diesem Meer von Blut und Elend sind die Greuelthaten nur ein kleines Wäglein. Aber freilich, wenn es nach den österreichischen Kriegsheerern ginge, würde dieses Wäglein reichend wachsen. Denn die Wiener Offiziosen sind über diese Unmenschlichkeit der Serben fürchterlich entrüstet.

Die österreichische Regierung hat nun an die serbische das Verlangen gestellt, daß einem Kommissar freie Passage nach Prizrend gewährt werde, um die gegen den Konsul erhobenen Vorwürfe zu untersuchen. Die serbische Regierung soll nun dieses Ersuchen aus militärischen Rücksichten abgelehnt haben. In Wien erklärt man, sich dieses Vorgehen nicht gefallen lassen zu wollen. In Budapest finden neue Ministerberatungen statt, an denen die Finanzminister teilnehmen und es heißt, daß die österreichische Regierung von der serbischen Aufklärung verlangen werde. Die halbamtlichen Blätter in Wien und Pest versichern, daß die Situation sehr ernst geworden sei.

Wir haben in den letzten Tagen immer wieder darauf hingewiesen, daß auf die optimistische Wiener Stimmungsmache nichts zu geben sei. Im Gegensatz zu dem törichtesten Vertrauen, das namentlich die deutsche liberale Presse hegt, hat, haben wir gesagt, daß die Treibereien der österreichischen Kriegspartei eine akute Gefahr für den Frieden bilden. Unsere Voraussage erfährt jetzt leider eine Bestätigung. Die Erzählungen über den österreichischen Konsul sind nichts als ein Versuch, in Oesterreich jene Kriegsstimmung zu erzeugen, die bisher trotz aller Sekereien nicht hervorgerufen werden kann. Hat doch im Gegenteil die österreichische Regierung alle Hände voll zu tun, um in den südslawischen Provinzen die Gemeindevertretungen aufzulösen und die Demonstranten zu bestrafen, die ihrer Begeisterung für die südslawischen Erfolge offen Ausdruck gegeben haben. Deshalb sucht man jetzt die öffentliche Meinung dadurch zu irritieren, daß man künstlich eine Bedrohung der Ehre Oesterreichs konstruiert. Diese Heze fällt bezeichnenderweise zusammen mit der Nachricht, daß die

Montenegriner den Hafen San Giovanni di Medua besetzt haben, und mit der Erklärung des serbischen Ministerpräsidenten, daß die Serben sich in ihrem Marsch zur Adria nicht hindern lassen werden. Die Ansicht, daß die Regierenden in Wien Vernunft annehmen und den Serben einen Handels-hafen an der Adria zugestehen werden, scheint zu optimistisch gewesen zu sein. In Wien scheint man wirklich Lust zu haben, es auf das Neueste ankommen zu lassen.

Ob diese Heze bei der österreichischen Bevölkerung Erfolg haben wird, steht freilich sehr dahin. Der leitende Feuilletonist des „Berliner Tageblatt“ erklärt heute freilich, daß bei der österreichisch-serbischen Frage „unsere Sympathie uneingeschränkt auf der Seite Oesterreich-Ungarns sein müsse, während unsere Vernunft manches nicht begreift“. Wir nehmen das Geständnis, daß das „Berliner Tageblatt“ in der auswärtigen Politik sich nur von Sympathie, nicht aber von Vernunft leiten läßt, zur Kenntnis. Wir möchten aber fragen, wenn denn in Oesterreich eigentlich die Sympathie des deutschen Liberalismus gehören soll. Wir reden nicht von unserer Sympathie, die ganz auf Seite der österreichischen Sozialdemokratie aller Zungen steht, die mit bewundernswürdiger Energie gegen die Kriegsheer in den Parlamenten, in der Presse und auf den Straßen auftritt. Aber gehören die liberalen Sympathien wirklich jener klerikalen Clique, an deren Spitze als Werkzeug des Papstians der österreichische Thronfolger steht, die der katholischen Albaner willen vor einem Kriege nicht zurückschreckt, bei dem hundertmal mehr Oesterreicher (und Deutsche zur Rückendeckung) fallen würden, als es Katholiken in Albanien gibt? Außerhalb dieser Clique aber gibt es in Oesterreich niemanden, der diesen Krieg nicht als ein abscheuliches Verbrechen betrachten würde. Ja die Eliten Oesterreichs machen aus ihrer Sympathie für die kämpfenden Balkanstaaten kein Geht. Soll wirklich deutsches Gut und Blut dafür eingesetzt werden, um den in Oesterreich Regierenden eine Politik zu ermöglichen, die in einem autonomen Albanien einen neuen Krisenherd schaffen würde, einen Janfayel zwischen Italien und Oesterreich, der den ohnehin schon vorhandenen Gegensatz zwischen den beiden Dreibundgenossen noch verschärfen müßte. Zeigt doch selbst jetzt schon die Stimmung der unabhängigen italienischen Presse, wie mißtrauisch man in Italien den österreichischen Bestrebungen gegenübersteht. Ueber Sympathieen können wir selbstverständlich nicht streiten, daß aber in der Unterstützung einer solchen Politik durch die deutsche liberale Presse kein Gran Vernunft zu entdecken ist, das wollen wir gerne zugeben.

Aber der Moment, Kriegsbegeisterung zu fabrizieren, ist überhaupt schlecht gewählt. Denn das Oranien, das einen bei der Lektüre der Schlachtenberichte überkommt, wird jetzt womöglich noch übertroffen durch das Entsetzen, das uns packt, wenn wir die Berichte lesen über das fürchterliche Wüten der Seuche, die im Gefolge des Krieges, den Massenmord fürchtbar ergänzend, einherstreitet. Konstantinopel, in das sich Tausende und Abertausende von Flüchtlingen ergossen haben, ist eine Stätte des Sterbens geworden, bevor noch ein feindlicher Soldat sich der Stadt genähert hat. Und bei der völligen Auflösung der türkischen Verwaltung wird die Seuche kaum bekämpft. Die Vertreter der fremden Mächte haben zwar einen Sanitätsdienst eingerichtet, doch ist zu fürchten, daß er nicht ausreichend sein wird, namentlich wenn sich die Kunde bestätigt, daß der Derfos-See und damit die Wasserleitung von Konstantinopel

infiziert ist. Nur mit Sorge können wir an das Schicksal der auswertigen Matrosen — darunter sind auch deutsche Mannschaften — denken, die zum Sicherheitsdienst in Konstantinopel ausgeschifft worden sind. Wie entsetzlich aber erst die türkische Armee — über die bulgarische läßt die Zensur keine Nachrichten durch — unter der Seuche leidet, beweist folgende Schilderung eines französischen Korrespondenten, den die „Rostocker Zeitung“ zitiert:

„Die Straßen von Hademköj, wo sich das türkische Hauptquartier befand, waren von Toten und Sterbenden eingestäubt. Die Leichen und die Kranken lagen in Gruppen von vier und fünf übereinander. Sterbende schleppten sich auf den Händen und Armen aus der Mitte des Straßendammes zur nächsten Mauer, wandten sich da stöhnend vor Schmerz und stießen um einen Tropfen Wasser. Manche blieben in den Boden, als wollten sie sich mit den Fingern im Voraus ihr Grab graben. Andere starben unter gräßlichen Krämpfen, und ihr letzter Atemzug diente dazu, die Männer zu verwünschen, die derartige Zustände über die Türkei gebracht haben. Soldaten luden lässig und widerwärtig Sterbende und Tote durcheinander auf Ochsenkarren, die sie langsam wegfährten. Sie waren so schlecht aufgedeckt, daß beim ersten Wälzen des Gefährten die Hälfte der Körper herabfiel und in den tief ausgefahrenen Straßengraben liegen blieben. Aus diesen Karren tönten die halberstickten Klagen von Agonisierenden, die unter einer Last von Leichen den Geist aufgaben.“

In der Nacht zählte der Korrespondent sieben Kranke, die nach einander an die Außenwand des ihm zum Uebernachten eingeräumten Häuschens kamen und dort nach kurzer Agonie und mardurchbringendem Nöckeln, das im Innern des Hauses deutlich gehört wurde, starben. Der Befehlshaber der türkischen Artillerie, Ali Riza Pascha, wurde an diesem Tage gleichfalls von der Cholera ergriffen und soll ihr seidenem erliegen sein. An seiner statt übernahm Oberst Behmann den Oberbefehl über die Artillerie. Er versicherte dem Korrespondenten, er habe nicht ein einziges Geschütz an der ihm zugewiesenen Stelle vorgefunden. Die Zahl der türkischen Verteidiger von Tschataldscha schätzt der Korrespondent auf 150 000 Mann, doch schmelzen die Verteidiger wie Schnee in der Sonne und verlieren täglich bis zu 5000 Mann an der Seuche.“

Das ist wirklich nicht die Zeit, an Krieg zu denken, an einen Balkankrieg, wenn die Gewißheit besteht, daß in seinem Gefolge die Cholera einhergeht. Selbst in normalen Zeiten wird es aller Anstrengungen der modernen Wissenschaft bedürfen, um die fürchterliche Seuche zu lokalisieren, sie von dem übrigen Europa fernzuhalten. Ein österreichisch-serbischer Krieg bedeutete nicht nur die Gefahr des europäischen Krieges, sondern auch die Sicherheit der Ausbreitung der Cholera über Europa. Deshalb werden die schwarz-gelben Patrioten zuletzt doch Vernunft annehmen müssen.

Von Friedensverhandlungen und Waffenstillstand ist heute weniger die Rede, als von einer neuen Schlacht an der Tschataldscha-Linie. Wie immer bei Beginn der Schlacht berichten die Türken Siegesnachrichten, denen vielleicht ein Teilerfolg zugrunde liegt. Doch überhaupt gekämpft wird, beweist, daß die bisherigen Meldungen, besonders der „Reichspost“, lauter Falschmeldungen gewesen sind. An eine große Widerstandskraft der türkischen Armee zu glauben, fällt angesichts aller Schilderungen über den moralischen Zustand der Truppen und über das Wüten der Seuche sehr schwer. Auf der anderen Seite freilich weiß man auch nicht, wie es mit der bulgarischen Armee steht, ob und welche Opfer die Cholera auch bei ihr gefordert hat. Wie immer übrigens die Schlacht ausfallen mag, sicher ist das eine, als Sieger wird hervorgehen: Ihre Majestät die Cholera.

Bei uns aber lehren die Herrschenden noch immer, daß der Krieg ein gesundes Stahlbad sei, aus dem die Völker mit neuen Kräften neu verjüngt heraussteigen.

Oesterreich und Serbien.

Die Kriegsstimmungsmache.

Wien, 18. November. Die Morgenblätter schreiben, daß der maßlose Ton der serbischen Presse gegen die Monarchie und die Mitteilungen über das Vorgehen Serbiens gegen die österreichisch-ungarischen Konsulin die Situation außerordentlich erschweren. Obwohl die Bevölkerung der Monarchie durchaus friedliebend gesinnt sei und nirgends eine Kriegspartei bestehe, dränge die öffentliche Meinung immer mehr darauf, daß eine Klärung der Situation erfolge. Die öffentliche Meinung wünsche ein friedliches Nebeneinanderleben mit den Nachbarn im Südosten. Sie wolle aber wissen, ob ihr Wunsch erfüllbar sei.

Die Serben in Brizrend.

Wien, 18. November. Der Berichterstatter der „Reichspost“ in Belgrad erzählt von einem Begleiter des aus Brizrend nach Oesterreich geflüchteten albanischen Führers Kaldibra über die Gefangenschaft von Brizrend: Es war, als wäre eine Horde entfesselter, wilder, rosend gewordener Teufel auf die unglückliche Ortschaft losgelassen worden. Ohne irgend einen offensichtlichen Grund fiel die serbische Soldateska über die albanische Bevölkerung her und begann, alles niederzuknallen, was ihr in den Weg kam. In knapp zwei Stunden töteten sie 111 Männer, 83 Frauen, darunter mehrere Mütter, 8 Kinder unter zwölf Jahren, darunter zwei unter sechs Jahren. Mit Raschenschnellen feuerten die Serben in den Straßen auf die Bevölkerung ein. Doch auf die serbischen Truppen während der Besetzung geschossen worden wäre, ist eine Unwahrheit. Aber auch in diesem Falle wäre die triviale Niedermechelung von Frauen und Kindern nicht gerechtfertigt. Ueber den österreichischen Konsul Prochaska, den ich persönlich kenne, kann ich keine präzisere Mitteilung machen. Ich hörte nur kurz vor unserer Flucht nach der bosnischen Grenze, daß er krankt sein soll.

Erklärungen des Grafen Berchtold.

Budapest, 18. November. In der österreichischen Delegation führte der Minister des Aeußeren aus: Die Richtlinien meiner Politik sind: Das treue Festhalten an dem bestehenden fest gegründeten Bundesverhältnis und die konsequente Verfolgung einer maßvollen, keine territoriale Expansion einschließenden, aber unsere Interessen fest im Auge behaltenden Realpolitik. Die durch die Kriegereignisse geschaffene Situationsveränderung am Balkan bringt es mit sich, daß wir uns mit der Rückverfolgung, welche diese Ereignisse auf unsere Interessen nehmen dürften, beschäftigen müssen. Es ist kein Grund vorhanden zu zweifeln, daß seitens der Balkanstaaten in objektiver Einschätzung der Lage mit der hohen Bedeutung gerechnet wird, welche der Herstellung eines dauernden, gesunden Verhältnisses mit der Nachbarmonarchie innewohnen würde. Die wiederholten Aussprüche, die ich kürzlich mit dem bulgarischen Kammerpräsidenten Danew gesprochen habe, haben mich in dieser Auffassung bestärkt und mir einen

schönenwertigen Beweis geliefert von der klugen Politik, welche auch angesichts der glänzenden Erfolge der bulgarischen Armee den Entschlüssen der Staatsmänner des jungen Königreichs zum Leitstern dienen. Die Flotte hat sich unter dem Eintritte der bedenklichen Lage veranlaßt gesehen, sich direkt an Bulgarien wegen Einstellung der Feindseligkeiten zu wenden. Wir können die erquicklicher Weise eingeleiteten Verhandlungen nur mit unseren besten Wünschen begleiten und hohen Grund, voranzufahren, daß die kriegsführenden Staaten auf die legitimen Interessen anderer Mächte Bedacht nehmen. In den Diskussionen der Delegationen wie der Presse hat in der letzten Zeit die Frage der zukünftigen Gestaltung Albaniens im Vordergrund gestanden. Wie aus den in der italienischen Kammer feinerzeit abgegebenen Erklärungen des damaligen italienischen Ministers des Aeußeren bekannt ist, besteht zwischen den Kabinetten von Wien und Rom eine Übereinstimmung hinsichtlich der künftigen autonomen Gestaltung Albaniens. Unsere heutige Politik, wie die Italiens, geht von diesem Grundsatz aus.

Ich möchte auf eine Anfrage zurückkommen erwähnen, daß die serbische Regierung vor einiger Zeit in offizieller Weise über das Verhalten des Konsuls Prochaska während der Einnahme von Brizrend Beschwerde geführt hat und ersuchte, den genannten Funktionär zu ersetzen. Wir haben uns hierauf bereit erklärt, den dieser Beschwerde zugrundeliegenden Sachverhalt zu untersuchen, und zu diesem Ende das Verlangen gestellt, daß uns die Möglichkeit geboten wird, mit dem Konsul Prochaska in direkte Verbindung zu treten. Die diesbezüglichen Verhandlungen sind noch nicht beendet, nachdem die serbische Regierung erklärt hat, bei den Militärbehörden bezüglich der Entsendung eines L. L. Kuriers nach Brizrend auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein. (Görli hört!) Anologe Schritte sind hinsichtlich unseres Konsulates in Mitrovica unternommen worden, dessen Titular, da ihm von den serbischen Militärbehörden die Bewegungsfreiheit genommen wurde, sich veranlaßt sah, zur mündlichen Berichterstattung hierher zu kommen. Wir dürfen erwarten, daß unseren Wünschen, welche vom völkerrechtlichen Standpunkt vollkommen begründet sind, serbischerseits baldigst Rechnung getragen wird, und lassen es uns weiter anlegen sein, mit allem Nachdruck auf Wiederherstellung einer normalen Verbindung mit den Konsulatsvertretungen hinzuwirken.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Eine türkische Siegesmeldung von der Tschataldscha-Linie.

Konstantinopel, 17. November. Amtlich wird mitgeteilt, der Generalissimus Nazim Pascha habe an das Großwesir ein Telegramm gerichtet, wonach der Kampf bei Tschataldscha infolge einer Vorwärtsbewegung der bulgarischen Infanterie von der türkischen Artillerie und Infanterie morgens aufgenommen worden sei und bis eine Stunde nach Sonnenuntergang gedauert habe. Die Bulgaren hätten gegen das türkische Zentrum und den rechten Flügel vorzugehen versucht, seien aber von der türkischen Artillerie zurückgewiesen worden. Drei bulgarische Batterien seien zerstört.

Landung fremder Matrosen in Konstantinopel.

Konstantinopel, 18. November. Heute früh haben die ausländischen Kriegsschiffe insgesamt 2000 Marinesoldaten gelandet, sämtlich mit Waffen und ihren Fahnen. Sie besetzten die Spitäler, die Schulen und andere öffentliche Anstalten. Die Maschinengewehre sind bereits gestern an Land gebracht worden.

Die auswärtigen Matrosendetachements, die heute an Land gehen sollen, werden so über die zentralen Punkte der Stadt verteilt werden, daß sie im Falle der Not unverzüglich die Hauptstraßen absperrern können. „Admiral Spaun“ wird 50, die „Aspern“ 30 Matrosen landen, die im Vulkverein in Galata und in der österreichisch-ungarischen Schule in Pera untergebracht werden sollen. Auf Beschluß der Vorkommission wird sich der amerikanische Stationär zum Schutze der Einwohner nach Therapia begeben, die „Coreley“ wird nach Galdar Pascha gehen, um dort den Bahnhof zu schützen. Mehrere Vorkommissionen sind mit Maschinengewehren ausgerüstet worden.

Konstantinopel, 18. November. Auf dem Ministerium des Aeußeren wird berichtet, daß die Bulgaren auf der ganzen Linie zurückgeschlagen worden seien, nachdem der rechte Flügel der Türken die Bulgaren besiegte hätte, wobei letzteren zwölf Kanonen und viele Gefangene abgenommen worden seien.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Belgrad, 18. November. Der „Tribuna“ zufolge wird der Balkanbund für den Waffenstillstand folgende Bedingungen aufstellen: Räumung von Adrianopel, Monastir, Skutari und Janina, Anerkennung der Türkei, daß sie besiegte ist, Verzichtleistung auf die europäischen Provinzen, Einmarsch der verbündeten Armeen in Konstantinopel, wo der Balkanbund proklamiert werden soll, eine von der Türkei zu leistende Kriegsschadung, Internationalisierung von Konstantinopel und freie Durchfahrt durch die Dardanellen.

Das Wüten der Cholera.

Bukarest, 17. November. Nach Meldungen, die brieflich aus Konstantinopel hier eingelaufen sind, erscheint, wie einige ausländische Offiziere berichten, die am Donnerstag und Freitag die Verteidigungslinie bei Tschataldscha besuchten, dort die Lage aussichtslos. Die Schützengräben sind nur teilweise ausgehoben; Berge von Schanzzeug sowie große Mengen von Strohballen liegen besonders auf den am meisten gefährdeten nördlichen Flügel unbenutzt umher.

Die Mannschaften sind infolge der Cholera meist nicht mehr imstande, zu arbeiten. In den Schützengräben halten vereinzelte Soldaten Wache, während zahllose Kranke auf den Feldern dahinter sich stöhnend in Krämpfen winden und sterben. Auf den Wegen, die strahlenförmig von einzelnen Korps zur Zentrale, zum Bahnhof Hademköj, führen, wanken unzählige choleraerkrankte Soldaten umher in der Hoffnung, mit Hilfe der Bahn aus dem verfluchten Gebiet entfliehen zu können. Auf dem Bahnhof Hademköj befindet sich in einem Salonwagen das Oberkommando unter Rasim Pascha und im Stationsgebäude das Kommando des ersten Korps unter Ali Riza Pascha. Dieser war an Cholera hoffnungslos erkrankt und sollte sterbend nach Konstantinopel gebracht werden. Auf dem Gelände um den Bahnhof herum lagen Tausende von erkrankten Soldaten und Hunderte von Toten. Die Bekämpfung der Seuche erscheint unmöglich. Bei Derkos, wo die Wasserleitung für Konstantinopel beginnt, steht ein Wachkommando, von dem Donnerstag nacht zwölf Mann starben und fünfzehn Mann schwer erkrankten. Da selbst dort Latrinen fehlen, so besteht die Gefahr, daß die Konstantinopeler Wasserleitung verstopft wird. Drei Arzte, die sich in Derkos befinden, können nichts weiter tun, als für die Bestattung der Leichen sorgen. Die Offiziere, die weit vor die türkischen Linien ritten, konnten außer eini-

gen vorgehobenen bulgarischen Batterien keine Bulgaren feststellen. Tagsüber wurde mehrfach von den Batterien gefeuert. Auch türkische Kriegsschiffe, die vor Derkos liegen, griffen mit Geschützfeuer ein. Nach der Anschauung der Offiziere ist es möglich, bei Tschataldscha noch zu kämpfen, allerdings ebenfals auch für die Bulgaren, diese Stellung zu besetzen, ohne die gesamte bulgarische Armee durch Cholera zu gefährden.

Mahnahmen gegen die Cholera in Konstantinopel.

Konstantinopel, 18. November. In einem Restaurant in der Nähe Hagia Sophia, das von den ärmeren Bevölkerungsschichten Stambul besucht wird, sind mehr als 100 Personen an Cholera erkrankt.

Der internationale Sanitätsrat hat beschlossen, daß keine Choleraerkrankten mehr in die Stadt gebracht werden sollen. Die Erkrankten sollen vielmehr in den außerhalb der Stadt gelegenen Militärkrankenhäusern verpflegt werden. Ferner ist eine aus österreichischen, französischen, russischen und holländischen Sanitätsmannschaften bestehende Kommission zur Desinfektion des gefährdeten Gauer Stambul gebildet worden.

Gegen den Einmarsch in Konstantinopel.

Konstantinopel, 17. November. Heute hat der Internationale Gesundheitsrat den Wunsch ausgesprochen, es möchten Mahnahmen ergriffen werden, um den Einmarsch der kriegsführenden Armeen in Konstantinopel zu verhindern, da er eine ernstliche gesundheitliche Gefahr bedeuten würde. Während der Beratungen erklärte der Minister des Aeußeren, er hoffe, daß ein Waffenstillstand und der Friede bald geschlossen sein würden.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Serben Herren von Monastir.

Belgrad, 18. November. Die Serben haben heute Monastir eingenommen. Die Garnison hat sich ergeben.

Die Generale gefangen.

Belgrad, 18. November. Bei der Eroberung Monastirs sind sämtliche türkische Generale, darunter Zeffi Pascha und der frühere türkische Gesandte in Belgrad Fetih Pascha gefangen genommen worden.

Bekannte Sozialisten als Kriegsgefallene.

Das separatistische Provo Libu (Volkrecht) erhält von seinem nach Bulgarien entsandten Berichterstatter die telegraphische Meldung, daß unter bekannter bulgarischer Parteigenosse Georg Arslan, Mitglied des Internationalen Sozialistischen Bureaus für die bulgarische Partei der Engen als Kriegsteilnehmer in der Schlacht bei Witscha schwer verwundet wurde und im Lazarett liegt. Einem Kriegsbrief der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ ist auch zu entnehmen, daß in der Schlacht bei Kumanovo der Sekretär der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Belgrad, D. I. Berowitsch, gefallen ist.

Gegen die Jungtürken.

Konstantinopel, 18. November. Der frühere Deputierte Ubeidullah sowie mehrere jungtürkische Redakteure sind zu Gefängnisstrafen von fünf bis sechs Jahren verurteilt worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. November 1912.

Der zweite Hansatag.

Der Hansatag hat zum zweiten Male seine Heerschau abgehalten. Im Admiralspalast hatten sich 8000 Personen eingefunden, um den Reden eines Referentenkollegiums zu lauschen, das echt hanseatisch bunt aus den heterogensten Elementen zusammengekehrt war und neben dem freikonservativen Hans Delbrück auch den Fortschrittler Kaumann aufwies. Freilich, diese heterogenen Elemente verband wiederum die allen gemeinsame totale Verhängnislosigkeit für eine wahrhaft demokratische Politik, ihr Eingeschworensein auf den Kapitalismus und Imperialismus. Insofern wachte gerade Herr Kaumann trotz seiner sozialpolitischen Phrasologie vortrefflich zu den Herren Nieher und Strefemann, als er, der Punneapostor des Chinafeldzuges derüchtigen Angedenkens, mit weit größerer Leidenschaftlichkeit an der Weltpolitik als an der Sozialpolitik hängt.

Alles in allem war denn auch diesmal der Hansatag weniger eine Kundgebung für die innere, wie für die äußere Politik. Herr Nieher, der Präsident des Hansabundes, forderte zwar für den preussischen Landtag das direkte und geheime Wahlrecht — an dem ständischen Gedächtniswahrheit hat er also nichts auszusetzen — aber wichtiger erschien sein Vorschlag, dem Kriegsministerium und dem Generalkab eine Art „von finanzierendem und wirtschaftlichem Generalkab“ an die Seite zu stellen, die auswärtige Politik also in höherem Maße als bisher den Interessen des Industrie- und Handelskapitals dienlich zu machen. Das, was später Herr Kaumann zu sagen mochte, stimmte in der Sache völlig mit den Postulaten des Herrn Nieher überein, ist doch Herr Kaumann unter den Fortschrittler der Weltpolitikler sans gêne.

Herrn Nieher folgte Hans Delbrück. Und dieser auf wissenschaftlichen Spezialgebieten sehr schätzbare Herr bewies wieder einmal seinen beispiellosen Dilettantismus als Politiker. Daß er von der „Ausrüstungsart“ der sozialdemokratischen 110-Männer-Fraktion rebete und 109 von ihnen nachsagte, daß sie immer auf das warteten, was der 110. sage, möchte noch hingeden; daß aber Prof. Delbrück seine Hoffnungen auf die Gelben setzte, das war selbst einem Teil des Hansabundes zu viel. Aber freilich, wenn der Hansabund stets die Interessensolidarität zwischen Kapital und Arbeit verländert, warum sollte Herr Delbrück in seiner Kapitälität nicht die Gelben als die leitendste Realisierung dieser Interessengemeinschaft ansehen. Zudem sprach er ja nur aus, was die Mehrheit des Hansabundes denkt!

Inmerhin, wenn Herr Nieher in seinem Schlußwort von dem „glückhaften Schiff der Hansa“ sprach, so dürfte die traurige Tagung des Hansabundes kaum unter diesem glückhaften Zeichen gestanden haben. Die nationalliberale Prägung der hanseatischen Ränge ist zu deutlich abzulesen gewesen und der Begriff nationalliberal ist vom Volkstum längst in nationalmiserabel umgeprägt worden!

Konserverativer Parteitag.

Der weitere Vorstand der Deutsch-konserverativen Partei hielt am Sonntag mittig im Abgeordnetenhaus zu Berlin unter dem Vorhitz des Ministers des Ael. Hauses a. D. von Wedel-Piesdorf eine aus allen Teilen des Reichs und aus allen preussischen Provinzen sehr zahlreich besuchte Versammlung ab. Es wurde an Stelle des verstorbenen Abgeordneten von Kormann der Witzliche Geheime Rat Eggellenz Dr. Rehnert-Dresden in den geschäftsführenden fünfer-Ausschuss gewählt und beschlossen, Ende Februar oder Anfang März 1913 in Berlin einen Parteitag abzuhalten.

Abg. v. d. Osten sprach über die Stellung der konservativen Partei zu den Lohnarbeiterfragen, insbesondere auch zur Frage einer Organisation der Landarbeiter. Er sprach von der Partei am Rhein über die Frage: „Wie steht die konservative Partei zu den modernen auf die Mitarbeit der Frau gerichteten Bestrebungen?“

An die Vorträge schloß sich eine eingehende Besprechung.

Der neue Reichsetat.

Der „Berliner Börsencourier“ hat sich Einblick in den Reichsetat für 1918 verschafft, noch bevor der Bundesrat ihn durchberaten hat. Der Etatentwurf schließt nach den Mitteilungen des genannten Blattes im ordentlichen Etat in Einnahmen und Ausgaben mit 3 048 330 406 M. ab, das ist gegen die Summe des Vorjahres (2 761 661 987 M.) ein Mehr von 286 668 500 M. Darin sind insbesondere 104 814 555 M. zur Abfüllung der Vorläufe der Seeresverwaltung sowie zur Bereitstellung von Betriebsmitteln für Marinebesatzungsämter enthalten. Läßt man diese außer Betracht, so ergibt sich ein reines Mehr von 191 853 954 M. Es sind veranschlagt die Einnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung auf 842,2 Millionen Mark (gegen das Vorjahr 80,9 Millionen Mark mehr), der Reichseisenbahnverwaltung auf 153,7 Millionen Mark (gegen das Vorjahr 11,9 Millionen Mark mehr). Von den Recheinträgen aus den bestehenden Zöllen, Steuern und Gebühren fallen auf die Zuckerteuer 14,1 Millionen und auf die Branntweinsteuer 8,4 Millionen Mark. An Mindereinnahmen sind veranschlagt aus der Tabaksteuer 966 000 M., aus der Schaumweinsteuer 644 000 M., aus der Reichsstempelabgabe von Wertpapieren 5 120 000 M., von Kauf- usw. Geschäften 4 060 000 M., von Schecks 98 000 M., von Grundstücksübertragungen 1 440 000 M. An fortwährenden Mehrausgaben erfordert das Reichsamt des Innern 2,8 Millionen Mark, die Verwaltung des Reichsseees 38,4 Millionen Mark, die Verwaltung der Kaiserlichen Marine 16,1 Millionen Mark, das Reichsschatzamt 2,2 Millionen Mark, die Reichsfinanzverwaltung 13,5 Millionen Mark, die Reichspost- und Telegraphenverwaltung 31,8 Millionen Mark, die Reichseisenbahnverwaltung 4,5 Millionen Mark, die Allgemeine Finanzverwaltung 5,8 Millionen Mark. Unter den einmaligen Ausgaben fungiert das Reichsamt des Innern mit 56 Millionen Mark für den Ausbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals. Aus den zur Schuldentilgung bereitgestellten Mitteln ist eine Einnahme im Betrage von 33 781 989 M. (gegen 50 403 086 M. im Vorjahr) in Aussicht genommen. Im Laufe des Jahres hat sich die Reichsschuld bis zum 30. September 1912 nominell um 88 414 700 M. vermindert.

Scharfmacherpläne.

Der Große Ausschuss des Bundes der Industriellen hielt am Sonntag in Berlin eine Sitzung ab, in der die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen zur Beratung stand. Nach langer Diskussion wurde folgende Erklärung beschlossen:

„Der Bund der Industriellen erklärt zur Frage der vielerseits geforderten Schaffung eines stärkeren Schutzes der Arbeitswilligen auf Grund der ihm mitgeteilten Erfahrungen seiner Landes- und Bundesräte, daß auf dem Gebiete des Arbeitskampfes bekümmerte Verhältnisse vorhanden sind, deren Beseitigung dringender gewünscht werden muß. Ein allgemeines gesetzliches Verbot des Streikpostens ist für den Bund nicht für ein dazu geeignetes Mittel. Ein solches Verbot wäre nur im Wege eines gegen die Arbeiter gerichteten Ausnahmegesetzes denkbar, dem wegen der zu erwartenden Verschärfung des Arbeitskampfes, einer weiteren Radikalisierung der Arbeitermassen, der Zurückdrängung der nationalen Arbeiterbewegung unbedingt zu widerstehen ist.“

Der Bund der Industriellen fordert vielmehr, daß versucht wird, im Rahmen der jetzigen Gesetzgebung durch entschiedene Anwendung der gegebenen Machtmittel seitens der ausführenden Organe die Achtung vor der öffentlichen Ordnung und das Vertrauen zu dem Ansehen des Staates wiederherzustellen, sowie die Sicherheit des Verkehrs zu gewährleisten. Er ist der Überzeugung, daß der jetzige Rechtszustand es erlaubt, vor allem die Ausdehnungen bei dem Streikpostensstreiken in einem sehr viel weitgehenden Maße, als es bisher geschieht, zu verhindern. Für nötig erachtet er aber eine Verschärfung des Strafverfahrens.

Der Bund der Industriellen hält eine Erweiterung der Gesetzgebung nur im Rahmen des gemeinen Rechts für möglich und in dem Sinne für geboten, daß Normen geschaffen werden, die die Willensfreiheit des einzelnen, sein Recht auf ungehinderte Berufsausübung und seine persönliche Integrität bei der Arbeit garantieren. Er wünscht die Beseitigung der im § 152, 2 der Reichsgewerbeordnung begründeten Ausnahmebestimmung der gewerblichen Berufsvereine und die Einführung einer Verpflichtung für sie zum Erwerb der Rechtsfähigkeit sowie die Staturierung der Haftung der Berufsvereine für die Tätigkeit ihrer Beamten. Im übrigen empfiehlt der Bund als wirksames Abwehrmittel tatkräftige Förderung der deutschen Arbeitgeberorganisation und der Streikentscheidungsorgane.

Die Richtlinien, die hier festgelegt wurden, bedürfen vollständig mit dem sogenannten „Rechtsgutachten“, das sich die scharfmacherischen von dem Oberverwaltungsgerichtsdirektor Wäber-Dresden ausarbeiten ließen. Die Scharfmacher bestritten, für ein Ausnahmegesetz im Reichstage keine Gegenstücke zu finden. Deshalb verlangten sie die schärfere Handhabung der bestehenden Gesetze. Damit, daß diese schärfere Handhabung sich nur gegen die Arbeiter wendet, schafft man aber noch mehr als bisher zweierlei Recht. Gegen die Streikposten soll die Polizei schärfer vorgehen — dann braucht man freilich kein Verbot des Streikpostens, die Polizei wird schon Mittel und Wege finden, jeden Streikposten zu verjagen. Natürlich wünschen die Scharfmacher auch strenge Strafen. Die Streikposten im Ruhrgebiet hat ihnen so imponiert, daß sie diese Schnelljustiz allgemein gegen streikende Arbeiter angewendet wissen wollten. Endlich die Schnelligkeit nach den gefüllten Kassen der Gewerkschaften, die dem Unternehmer den Schaden ersetzen sollen, der ihnen durch einen Streik erwächst. Ein vor dem Bankrott stehender Unternehmer hätte also nur nötig, einen Streik seiner Arbeiter zu provozieren, heißt dann hohe Entschädigungsansprüche und ist damit wieder satt gemacht.

Diese Pläne sind so arbeiterfeindlich, daß sie, in die Praxis übertragen, mindestens so schlimm wären, als ein Ausnahmegesetz. Das „Berliner Tageblatt“ findet diese Angelegenheiten als diskutabel und meint, daß sich diese Forderungen vorteilhaft von der Scharfmacherlei anderer Organisationen unterscheiden! Der ganze Unterschied liegt jedoch nur darin, daß die Herren vom Bund der Industriellen etwas raffinierter vorgehen als die Leute vom Zentralverbande Deutscher Industrieller. Hinter diesem erbärmlichen Treiben aber steht der Hansabund, dem die Mitglieder des Bundes der Industriellen vollständig angehören.

Schließlich seien noch die Namen bekannterer Herren festgesetzt, die warm für die Anhebung der Arbeiter kämpfen wollen; es sind das u. a. Kommerzienrat Lehmann-Dresden, Direktor Fischer-Dresden, Kommerzienrat Krüger-Ludwigshafen, Fabrikbesitzer Boehm-Ostern und Landtagsabgeordneter Dr. Josephel-Leipzig.

Der Papst und die kirchlichen Zeitungen.

Die „Unita cattolica“ veröffentlichte jüngst ein eigenhändiges Schreiben des Papstes an den Propst Luigi

Cicari in Casalpusterlengo, das insofern ein gewisses Interesse bietet, als darin Pius X. sich sehr scharf gegen jene kirchliche Presse äußert, die sich zwar als katholisch gibt und Mitteilungen aus dem katholischen Lager bringt, aber nicht streng den ihr von den Bischöfen erteilten Weisungen folgt und nach eigenem Gutdünken Politik zu treiben versucht.

In diesem Schreiben des Papstes heißt es:

„Wenn Sie gegen die schlechten Zeitungen predigen und nach Kräften die guten verbreiten, gleichzeitig aber vom Abonnement und von der Leserschaft der sogenannten Trübsalblätter abrotten, so erfüllen Sie die Pflicht eines guten Pfarrers und tun nicht nur das, was der Papst will, sondern auch, was das katholische Gewissen verlangt. Wie kann man in der Tat Zeitungen gutheißen, die eine kaum sichtbare katholische Etikette tragen, weil sie bisweilen über päpstliche Empfänger oder vatikanische Angelegenheiten berichten, im übrigen aber nie ein Wort über die Freiheit und Unabhängigkeit der Kirchenregierungen und so tun, als wüßten sie nichts von dem Krieg gegen die Kirche? Blätter, die nicht bloß keinen Finger gegen die revolutionären Ideen rühren, sondern zur allgemeinen Ideenverwirrung beitragen, eine Haltung einnehmen, welche von der Rechtgläubigkeit weit entfernt ist, den Zögernissen Weisheit streuen und die religionsfeindlichen Väter unternehmungen und Männer loben?“

Wir haben Mitleid mit diesen armen betörten Elementen, falls sie im guten Glauben handeln. Sie vermehren die Leserschaft schlechter Zeitungen zu verhindern, indem sie dieselben durch sogenannte tolerante Blätter ersetzen, farblose Organe, ohne sicheren Charakter. Damit befehlen sie aber nicht nur keinen einzigen unserer Gegner, die schon den katholischen Anschein haben, sondern sie fügen der guten Sache den größten Schaden zu. Sie suchen das Licht, finden aber die Finsternis, sie bedürfen der Nahrung, saugen aber Gift ein. An Stelle der Wahrheit und der Kraft, sich standhaft zu halten im Glauben, finden sie Mittel in so wichtiger Sache, wie die Religion es ist, nachlässig apathisch und gleichgültig zu werden. Wie diese Organe der Kirche und den Seelen schaden! Und welche Verantwortung laßt besonders der Klerus auf sich, der jene Organe verbreitet, ermutigt und empfiehlt!

Die Wahrheit darf nicht mit Plückergold umgehen werden. Wir müssen unsere Fahne entfalten. Wenn wir treu und offen für die katholische Sache eintreten, dann können wir etwas Gutes leisten. Unsere Gegner werden uns allerdings bekämpfen, aber sie werden uns achten, und indem wir ihre Bewunderung erregen, werden auch einige unter ihnen zum guten zurückkehren.“

Was sagt die „Adl. Volkzeitg.“ zu diesem Brief des Papstes, der die von ihr in den letzten Jahren befolgte Taktik so gründlich verurteilt.

Der Nutzen der päpstlichen Enzyklika.

Aus Wien (Westfalen) wird gemeldet: Hier sind seit Wochen die kirchlich organisierten Metallarbeiter ausgebeutet. Ein katholischer Metallindustrieller ließ nun die päpstliche Enzyklika öffentlich anschlagen und forderte unter Hinweis darauf seine Arbeiter zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit auf.

Wir finden ganz begreiflich, daß katholische Unternehmer sich die schöne neueste Enzyklika des seltsamen „Arbeiterpapstes“ Pius X. zunutze machen. Warum auch nicht, wenn die kirchlichen Gewerkschaftsführer in Verlegenheit um ihre Stellung sich willig unter das aufgelegte Joch beugen.

Interpellation über die Gewerkschafts-Enzyklika des Papstes.

Die evangelischen Arbeitervereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben sich an den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Hedmann gewandt mit der Bitte, durch die nationalliberale Partei eine Interpellation über die Gewerkschafts-Enzyklika des Papstes im Reichstage zu veranlassen. Die Führer der christlichen Gewerkschaften sind der Ansicht, daß der Wortlaut der Enzyklika durch den Kardinal v. Kopp erst vor ihrer Veröffentlichung der preussischen Regierung unterbreitet worden sei und deren Zustimmung gefunden habe.

Mit der Frage des Auswärtswohnens der Beamten.

Insbesondere der Lehrer, hat sich kürzlich die Gemeindevorstände des Abgeordnetenhauses beschäftigt. Nach einer sich auf das Allgemeine Landrecht stützenden Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes macht sich ein Beamter diskriminieren, wenn er ohne Genehmigung oder Vorwissen seiner Dienstverpflichteten seinen Wohnort von dem Amtssitz nach einem Nachbarort verlegt. Rechtsirrturn schießt ihn nicht. In einer Petition an das Abgeordnetenhaus bittet der Vorstand des Berliner Lehrervereins um Aufhebung der Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts über die Residenzpflicht der Beamten, als unzeitgemäß, und um die Einräumung des Rechtes an die Lehrer und Beamten, ihren Wohnsitz innerhalb der Orte zu nehmen, die mit dem Amtsort im Verkehr der Eisenbahn oder Straßenbahn stehen. In der Begründung knüpfen die Petenten an den Beschluß des Staatsausschusses der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom März 1910 an, durch den der Magistrat aufgefodert wird, das Auswärtswohnen der Beamten nur unter strenger Kontrolle der Verdienstsache zu gestatten; sie weisen darauf hin, daß die Anregung zu dieser Forderung von den Haus- und Grundbesitzervereinen ausgegangen sei, die in ihren Beschlüssen öfters ein völliges Verbot des Auswärtswohnens verlangt hätten. Diese Verbote liegen in ihrem Ursprunge deutlich erkennen, daß für sie nicht dienliche Interessen der Schule, sondern die materiellen Interessen einer einflussreichen Unternehmergruppe maßgebend wären. Wenn die Entscheidung darüber, wo die Lehrer und Gemeindevorstände ihren Wohnsitz zu nehmen hätten, von dem Einfluß der Haus- und Grundbesitzer abhängig gemacht werde, so wäre dies ein Zwang, der den Grundbesitzern von Recht und Willigkeit widerspreche. Der Zwang, in der dichtbesiedelten Millionenstadt Wohnung zu nehmen, führe zur Schädigung der Volksgesundheit. Es müsse als eine übergroße Härte empfunden werden, wenn Tausende von Gemeindevorständen und Lehrern gehindert würden, zur Natur zurückzukehren, die freie Zeit in der Natur zuzubringen und ihren Kindern die Wohlthaten des Landlebens zu verschaffen.

In der angeregten Diskussion, die damit endete, daß die Kommission beschloß, die Petitionen der Regierung als Material zu überweisen, erklärten die Vertreter der verschiedenen Ressortminister, daß eine gesetzliche anderweitige Regelung der Residenzpflicht der Beamten nicht in Aussicht stehe; es müsse nach wie vor ins Ermessen der Magistratsrat gestellt werden, ob es einem Beamten oder Lehrer gestattet sei, auswärts zu wohnen. Angeregt wurde auch eine Sondergesetzgebung für Groß-Berlin, da es sich hier um ein einheitliches Wirtschaftsgebiet handle. Sogar des Zweckerbandes werde es sein, hier eine Regelung zu finden. Demgegenüber mahnte der Vertreter des Justizministers zur Vorsicht. Wenn man etwa daran denken wolle, den ganzen Bereich des Zweckerbandes Groß-Berlin für einen einheitlichen Wohnbezirk zu erklären, so wäre der Fall möglich, daß ein Beamter oder Lehrer aus einem südlichen Berliner Vorort zum Beispiel in Panitzsch wohnen könnte. Ferner sei zu bedenken, daß man sich bei einer gesetzlichen Regelung der Wohnfrage für die Gemeindevorstände und Lehrer kaum dem dem Zweck nach ihrer Ausdehnung auch auf die Staatsbeamten entgegen können. Das führe dann aber zum Einbruch in das all-

gemein als notwendig anerkannte Genehmigungsrecht der Aufsichtsbehörde. Er fürchte, daß durch eine gesetzliche Regelung für die Lehrer und Beamten der Zweckerbandgemeinden ein gefährliches Präzedenz für die Staatsbeamten geschaffen werde.

Eingeborenen-Gesetz.

Wie aus Gibeon (Deutsch-Südwestafrika) gemeldet wird, förderte die Untersuchung gegen die kürzlich von der Schutztruppe an der Ostgrenze von Deutsch-Südwestafrika aufgegriffene elstöpfige Bande von Kopperleuten „schwer belastendes Material“ zutage. Das Gericht verurteilte daher fünf von ihnen wegen Aufzuges zum Tode, die übrigen sechs zu zehnjähriger Kettenhaft bei gleichzeitiger Deportation.

Der stellvertretende Gouverneur hat das Urteil wie folgt bestätigt:

1. Todesstrafe für die Hottentotten Dirk, Lich und David.
2. Zehn Jahre Kettenhaft für die fünf Hottentotten Simon Winstan, Hendrik Brenner, Simon Lich, Paul Pingenin, sowie den Kaiserhoford Lamitum.
3. Zwei Jahre Kettenhaft für die Balakahari Jawabaub und Komfel, sowie für den Hottentotten Nuhub.

Die fünf Hottentotten unter zwei sind außerdem zur Deportation nach Kamerun verurteilt.

Die Hinrichtung von Dirk, Lich und David ist am 14. Oktober, abends 9 Uhr, vollzogen worden.

Katholikentag in Metz.

Die nächste Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, wie das Zentrum seinen Parteitag bezeichnet, findet in der Zeit vom 17. bis 21. August 1918 in Metz statt. (Zu einem Teile der letzten Sonntagausgabe bereits mitgeteilt.)

Amerikanische Wahlmanöver.

In der Erfindung von Wahltricks sind die Zentrumsleute ebenso erfindereich als skrupellos. Bei den Gemeindevorwahlen in Gladbeck verteilten sie Stimmzettel mit der Aufschrift: „Wählt den Kandidaten der Sozialdemokratie Dr. Erdmann!“ Sie mußten aber erleben, daß kein Wähler in die Falle gegangen war.

In Hörtermark hatten sich die Stimmzettelverteiler des Zentrums rote Kellen in die Knopflöcher gesteckt, um die Wähler auf diese Weise zu täuschen.

Wenn die sozialdemokratischen Stimmzettelverteiler mit Rosenkränzen herumschlingert wären — was eigentlich die beste Antwort gewesen wäre —, dann hätte man das Geschrei hören sollen.

Die Zensur im „Vorwärts“.

Im Anschluß an einen Bericht über die württembergischen Landtagswahlen leistet sich die „Kreuzzeitung“ folgenden niedlichen Verguß:

„Kennzeichnend für die Ehrlichkeit der Berichterstattung des „Vorwärts“ ist der Umstand, daß er aus dem Telegramm des Wolffschen Bureaus über die württembergischen Landtagswahlen den Satz: „Die Sozialdemokraten verlieren Welsheim an die Nationalliberalen“ herausgelassen hat, während der Gewinn zweier Mandate für die Sozialdemokraten durch Sperrdruck hervorgehoben ist. Die „Genossen“ werden also über das richtig gemeldete Ergebnis infolge der Zensur des „Vorwärts“ getäuscht.“

Durch Vergleich mit anderen Blättern, welche ebenfalls das Wolffsche Telegramm brachten, haben wir festgestellt, daß tatsächlich in unserer Ausgabe der erwähnte Satz fehlt. Wir nehmen an, daß dies durch ein Versehen bei der Satzherstellung passiert ist. Wie wenig wir unsere Leser aber „getäuscht“ haben, beweist der Umstand, daß wir die Meldung des Wolffschen Bureaus in dem größten Teil unserer Auflage mit einem später eingelaufenen Selbsttelegramm vertauschten, welches nicht nur den Verlust von Welsheim mitteilt, sondern auch den von Heidenheim. Mit dem uns unterschobenen Motiv hat die „Kreuzzeitung“ alles Pech gehabt. Derartige absichtliche Täuschungen ihrer Leser müssen wir schon anderen Leuten überlassen. Dieses Privilegium wollen wir ihnen nicht streitig machen.

Oesterreich-Ungarn.

Politischer Prozeß gegen einen Krakauer Professor.

Als vor einigen Monaten der österreichische Erzherzog Karl Franz Joseph, der einmal Kaiser von Oesterreich werden wird, eine Reise nach Galizien unternommen, veröffentlichte der Professor an der Krakauer Universität, Dr. Augustin Problewski, verschiedene Flugschriften, welche unter der Aufschrift: „Die Verteidigung der Mitglieder des Kaiserhauses, der Störung der öffentlichen Ruhe und mehrere ähnlicher Verbrechen angeklagt wurde.“ Dr. Problewski nennt sich einen theoretischen Anarchisten. Da in Oesterreich die durch die Presse begangenen Verbrechen vor die Geschworenen gehören, fand am Sonnabend vor dem Krakauer Schwurgericht die Verhandlung gegen den Professor statt. Die Geschworenen sprachen ihn frei. Ein mitangeklagter Konditor, welcher wegen verdorbener Rükche — er ist Russe und aus Oesterreich ausgewiesen — zu 6 Wochen Arrest verurteilt; wegen der politischen Delikte wurde dieser Mitangeklagte ebenfalls freigesprochen. — Professor Problewski hat sich durch wissenschaftliche Forschungen und wissenschaftliche Arbeit, namentlich auf dem Gebiete der medizinischen Chemie, einen Namen gemacht und seine Schriften sind von der Krakauer Akademie und vom österreichischen Unterrichtsministerium herausgegeben. Aus seiner Stellung ist er natürlich längst ausgewiesen.

England.

Beflegung der Regierungskrise.

London, 18. November. Unterhaus. Als das Haus wieder zusammentrat, war von der erregten Stimmung, die die Verhandlungen vom Donnerstag charakterisierte, nichts mehr zu spüren. Premierminister Asquith erklärte, die Regierung habe dem Appell des Sprechers vom 14. November entsprochen. Sie glaube zwar immer noch, daß ihr ursprünglicher Vorschlag der einfachste und direkteste Weg war, die Angelegenheit zu erledigen; wenn die Regierung jetzt ein anderes Verfahren vorschläge, so tue sie es einerseits aus Willenswillen gegen eine Wiederkehr der Unruhen, andererseits weil sie fühle, daß sie den Appell des Sprechers nicht unbeachtet lassen könne. Die Regierung habe deshalb vorge schlagen, die Finanzresolution, die durch den Antrag Vanbury abgeändert wird, zu annullieren und eine neue Finanzresolution einzubringen. Der ursprüngliche Vorschlag der Regierung, die Annahme des Amendements Vanbury rückgängig zu machen, wurde infolgedessen zurückgezogen und die finanzielle Resolution ohne Debatte und ohne Abstimmung annulliert. Die neue Finanzresolution wird morgen eingebracht werden.

Hegypten.

Englische „Freiheit“.

Aix, 18. November. Der ägyptische Nationalist Ahmed Rukhfar, der hier am 28. August mit einem Handlanger voll aufrührerischer Pläne verhaftet worden war, ist zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Gewerkschaftliches.

München-Glabbacher.

Die München-Glabbacher deuteln und drehen an der antigewerkschaftlichen Enzyklika herum. Das war kaum anders zu erwarten. Die Herren wandeln damit ihnen vertraute Wege. Die Enzyklika *Rerum novarum* hatte dasselbe Schicksal, obwohl sie wahrlich den Arbeitern wenig genug Spielraum ließ, um im Kampfe mit den Unternehmern ihre Interessen zu vertreten! In der genannten Enzyklika vom 15. Mai 1891 heißt es wörtlich: „Illud verissimum est, non aliunde quam ex officio laboris gigni divitias civitatum.“ Das heißt auf Deutsch: „Das ist gewissste Wahrheit, daß der gesellschaftliche Reichtum nirgends anders herkommt (oder durch nichts anderes hervorgerufen wird), als durch die Arbeit der Arbeiter.“ Diese Uebersetzung machen sich der katholische Kleriker Wilhelm Hohoff und der ultramontanfreundliche evangelische Historiker Dr. Rudolf Meyer zu eigen. Den München-Glabbichern paßte sie nicht und sie gaben ihr eine Deutung, nach der auch das Kapital produktiv sei. Diefenhalb geht Hohoff in seinem Buche: „Die Bedeutung der Marx'schen Kapitalkritik“ mit den Ummündern wie folgt ins Gericht: „Ist es nun nicht hochkomisch und schwer verständlich, daß Gelehrte, die sonst dazu neigen, jede amtliche Aeußerung des kirchlichen Oberhauptes fast wie eine unfehlbare Entscheidung, „ex cathedra“ anzusehen, eben diese, vom Papst Leo so unumwunden und entschieden hingestellte Wahrheit als äußerst gefährlich und verderblichen Irrtum bekämpfen, wenn jemand anders sie ausspricht? Den Papst zu nennen, wagt man nicht! Man hat bis heute seine Worte fast allgemein gänzlich ignoriert und systematisch totgeschwiegen. Die deutsche Uebersetzung, die bei Herder in Freiburg erschienen und allgemein verbreitet ist, fälscht den Text. . . .“ In Uebereinstimmung mit Dr. R. Meyer schreibt Hohoff mit Bezug auf das obige Zitat weiter: „Der Uebersetzer unterdrückte auffallenderweise diese Hauptstelle. Die Herder'sche Uebersetzung, die allgemein gebraucht wird, verschweigt, daß Leo XIII. das Smith-Ricardol'sche Wertgesetz auch anerkennt, welches seine Ausleger in München-Glabbach bekämpfen. . . .“ Und an anderer Stelle sagt Hohoff: „Das Oeuvre ouvrieres catholique endlich, dessen Präsident der Marquis La-Tour-du-Pin und dessen Generalsekretär der Graf Mun ist, publizierte 1893 ein „Avis sur le salaire“. Hierin heißt es über den in Rede stehenden Passus der Enzyklika: „Die Arbeit ist die einzige Quelle des Nationalreichtums.“ Niemals vielleicht ist ein so glänzendes Zeugnis von der Macht und Würde der Arbeit abgelegt worden. Und unser Heiliger Vater wollte selbst diese Worte vor Arbeitern wiederholen, gleichsam um ihnen eine praktische Weihe zu geben (in der feierlichen Audienz am 18. Oktober 1891). . . .“ Dr. Rudolf Meyer fügt hinzu: „Diese französischen Katholiken haben also die wichtigste Lehre der Enzyklika von 1891 doch in ganz anderer Weise behandelt, als die Ausleger in München-Glabbach, das heißt Heinrich Besh und seine Nachbeter.“

Diese scharfe Anklage gegen die München-Glabbacher Umprägungen der ihnen nicht passenden Aussprüche aus autoritärem Munde ist bereits 1908 erschienen, aber von den München-Glabbichern geflissentlich totgeschwiegen worden. Der katholische Geistliche führt sogar bittere Klage darüber, daß er keinen katholischen Verleger für sein Buch finden könne. — Angst vor den München-Glabbichern! Der beste Beweis dafür, daß sie eine Auseinandersetzung scheuen, Hohoff für sie unangreifbar ist, darf man in der Tatsache sehen, daß man weder persönlich noch sachlich gegen ihn etwas zu unternehmen wagt. Aber gebessert hat er die München-Glabbacher nicht! Das zeugt ihre Mißhandlung der neuen Enzyklika.

Selbstverständlich schiebt die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ in der Durchführung der Leser den Vogel ab. Auf der ersten Seite veröffentlicht sie den Wortlaut der Enzyklika und anschließend das Anschreiben der zu Fulda Anfang November versammelten Bischöfe. Sie ist sicher, daß die meisten Leser den Wortlaut nicht studieren oder ihren Sinn nicht erfassen. Ganz ungeniert bringt das Blatt dann im zweiten Blatt der letzten Nummer folgende Notiz: „Die Enzyklika des Heiligen Vaters an die Bischöfe Deutschlands in Sachen der Arbeitervereinigungen liegt nun vor. Die Leser finden den Wortlaut an der Spitze dieser Nummer. Die katholischen Arbeitervereine des Kartellverbandes interessieren vor allem die Feststellung, daß in der Enzyklika die Zugehörigkeit katholischer Arbeiter zu den christlichen Gewerkschaften ausdrücklich gestattet wird. Für die Vereine des Kartellverbandes bleibt bei der bisherigen Haltung zu den christlichen Gewerkschaften.“

Daß der Papst die christlichen Gewerkschaften „ausdrücklich gestatte“, ist ein frecher Schwindel. Er „erlaubt“ sie ausdrücklich nur bedingt. Weiter unterstellt er sie in allen Fragen der Obhut und dem Entscheidungsrecht des Klerus. Demnach ist der Charakter der christlichen Gewerkschaften verändert. Ihre Haltung kann also nicht bleiben wie sie gewesen, sondern ist abhängig von dem Willen der katholischen Kirche. Daß Leute, die so, wie gezeigt, mit den Aussprüchen und Willensfindungen des „Stellvertreters Gottes“ umspringen, im Kampfe gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften die Wahrheit sagen, kann man nicht erwarten.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bildhauer! Seit dem 28. Oktober stehen 28 Holzbildhauer der Firma Kimmel u. Friedrichsen, Nordstr. 43, im Streik, da die schändliche Behandlung durch den Werkführer Gallasch ein weiteres Arbeiten unter dessen Leitung unmöglich machte. Auch führten einige ganz unmotiviert Entlassungen tüchtiger Leute mit zu der Weigerung, unter dem jetzigen Werkführer weiter zu arbeiten. Die Firma versucht nun, die Arbeiten mit Hilfe von meist allein arbeitenden Kleinmeistern herzustellen, denen gesagt wurde, daß die Bildhauerwerkstatt aufgelöst sei. Folgende Prinzipale sind infolgedessen von und gesperrt worden: Weyh, Hal, Bülowstr. 57; Dine, Brangelstr. 12; Meyer, Brangelstr. 110; Dreitschopf, Lausitzer Straße 19; Schippe, Drantensstr. 181; Fiedler, Warschauer Straße 18; Renner, Admiralstr. 18; Thiem, Wasserlorenzstr. 37; May, Porte, Steglitz, Zimmermannstr. 19. Außerdem die Gehilfen: Kofors, Fongler, Wittlen, Rodow, Lügenburger, Langner, Reichelt bei Westphal und Bennewitz und Glaser bei Renner. Gesperrt ist auch der Radweiser von Schlosser, Südstr. 25. Zentralverein der Bildhauer, Verwaltung Berlin.

Die Bau- und Arbeiterkassen (Schwerfahnerwerk) der Firma Wilhelm Buchwald, Mühlentstraße 30 und 57, waren durch das Verhalten des Arbeitgeberes gezwungen, am Montag, den 18. November 1912 die Arbeit niedersulegen. Der Grund zur Arbeitsniederlegung ist unberechtigte Entlassung eines organisierten Arbeiters. Verantw. Redakt.: Alfred Wietz, Neukölln. Inseratenteil verantw.:

Dem in Frage kommenden Arbeiter wurde befohlen, am Sonntag, den 17. d. M., nach 10 Uhr noch Arbeiten zu leisten. Der Arbeiter weigerte sich, und zwar aus folgendem Grunde: Der Beginn der Sonntagsruhe ist laut Verordnung um 10 Uhr festgesetzt, und weil der Arbeiter die beschriebenen Bestimmungen innegehalten hatte, um sich nicht wegen Uebertretung der Sonntagsruhe strafbar zu machen, erfolgte prompt die Entlassung.

Am Montag, den 18., wurde man eine Kommission der Arbeiter vorstellig. Dieselbe erhielt jedoch vom Arbeitgeber den Bescheid, daß er Herr im Hause sei und über sein Fuhrgeschäft selbst zu bestimmen hätte. Der Arbeiter wird nicht wieder eingestellt. „Ihr könnt alle gehen, eure Papiere sind fertig.“

Die unterzeichnete Organisation fordert alle organisierten Arbeiter auf, strenge Solidarität zu üben und jedes Arbeitsangebot der obengenannten Firma strikte zurückzuweisen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Deutsches Reich.

Von der Generalausperrung der christlichen Metallarbeiter in Renden i. B. wird berichtet: Nach achtmonatlichem Kampfe der Arbeiter bei der Firma Schmölle u. Co. in Renden in Westfalen und der seit 11. d. M. erfolgten Teilausperrung der christlichen Metallarbeiter haben die Unternehmer in einer Sitzung am 14. November, an der der Vorsitzende des Gesamtverbandes der Arbeitgeber teilnahm, beschlossen, eine Generalausperrung vorzunehmen. Dieser Beschluß ist bereits in den Betrieben durch Anschlag bekanntgegeben worden. Den nichtorganisierten Arbeitern soll eine Unterfertigung zuviel werden. Die Bemühungen der christlichen Gewerkschaftsführer und auch des Bürgermeisters, Verhandlungen mit der Firma Schmölle u. Co. herbeizuführen, führten zu keinem Resultat. Die einzigen Zugeständnisse, die die Unternehmer machten, waren folgende: Nach der Aufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen will die Firma die Höhe einiger Artikel einer Revision unterziehen. Auch soll es den Arbeitern freigestellt sein, wieder bei der Firma anzufangen oder nicht. Die Firma lehnte jede weitere Verhandlung strikte ab und zog selbst diese „Zugeständnisse“ zurück. Als weitere Antwort beschlossen die Unternehmer die Generalausperrung.

In Renden ein größeres Gendarmereieingebot unter dem Kommando eines Gendarmereie-Wachmeisters. O Jönne des Schiffsalt! Jene christlichen Gewerkschaftsführer, die im letzten Vergleichungskampfe im Ruhrgebiet nicht laut genug nach Gendarmereie und Militär rufen konnten, werden unter Umständen sehr bald den Schutzmannsdiener zu lösen bekommen. Und das in einer Hochburg der Christlichen. Und die Unternehmer sind strenge Zentrumslente. Wie sehen auch hier, daß die Unternehmer, wenn sie ihre Interessen gefährdet sehen, nicht halt machen vor christlichen oder freigeistlichen Arbeitern — Von der Generalausperrung werden ungefähr gegen 3000 Arbeiter betroffen.

Die „Unabhängigkeit“ der gelben Werkvereine.

Vor dem Schöffengericht in M.-Glabbach fand dieser Tage ein höchst interessanter Verleumdungsprozeß statt. Der Vorsitzende des Bundes deutscher Werkvereine, Rupp, hatte den Redakteur der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, Efens, wegen Verleumdung durch die Presse verklagt. Efens hatte in seinem Blatt die Rede des Reichstagsabg. Schiffer vom 14. März d. J. wiedergegeben, in der u. a. gesagt war: „Die Werkvereine ergötzen die Arbeiter zur Unselbständigkeit, zur Speichelkette und zum Schmarogertum.“ Diesen Worten hatte der Beklagte noch einige charakteristische Aeußerungen über die Werkvereine hinzugefügt.

In der Verhandlung behauptete der Privatkläger allen Ernstes, daß der Bund der Werkvereine mit den Unternehmern gar nichts zu tun habe, er lasse seine Entscheidungen völlig selbständig und habe noch keinen Feindnis von Unternehmerseite erhalten. Wichtig sei, daß einzelne Vereine von Unternehmern finanziell unterstützt werden (!), weil die Unternehmer die wirtschaftsfriedlichen Ziele der Werkvereine erkannt hätten. (sic!) Der Rechtsvorstand des Beklagten machte für dessen Auffassung über den verderblichen Einfluß der Werkvereine auf den Charakter der Arbeiter geltend, daß die Arbeiter durch die erzwungene Mitgliedschaft zu ganz anderer Ueberzeugung gedrängt würden, sofern sie sie nicht schon haben, und daß sie dann bei Wahlen sozialdemokratisch wählen. Eine Aufzählung, die der als Zeuge und Sachverständige vernommene Reichstagsabgeordnete Schiffer bezüglich der letzten Reichstagsabstimmung in Essen auf Grund eingehender Vernehmungen bezeugte. Der Zentrumstagsabgeordnete Hirsfelder aus Essen behauptete, daß bei der genannten Wahl in verschiedenen Bezirken, in denen vornehmlich Werkvereinsmitglieder wohnen, die liberalen Stimmen fast reiflos auf die Sozialdemokratie übergegangen seien.

Diese Behauptungen waren natürlich darauf berechnet, darzutun, wie viel zuverlässiger die christlichen Gewerkschaften seien und wie falsch es auch vom haatserhaltenden Standpunkt wäre, den gutgesinnten Christen die gelbe Konkurrenz auf den Hals zu schieben. Neugierig interessant war es auch, von Herrn Hirsfelder bezeugt zu hören, daß die Werkvereine in Essen die Arbeiterinteressen geschädigt hätten und daß er u. a. als Beweis dafür anführte, daß sie für einen verächtlichen Arbeitswillensschwund im Sinne einer neuen Zuchtshausvorlage die sich ausgesprochen hätten (!). Der Zeuge bemerkte weiter, daß der Werkverein ganz in Händen des Krupp'schen Beamten Halbach liege und daß elf der Vorstandsmitglieder überhaupt nichts zu sagen hätten.

Der als Sachverständige vernommene Redakteur der „Sozialen Praxis“, Privatdozent an der Berliner Universität Dr. J. M. e. r. m. a. n. u., sprach sich über die Werkvereine im Sinne des Beklagten aus. Herr Max Halbach erklärte, daß die Firma Krupp dem Verein anfänglich ferngeblieben habe. Er sei dann durch Zufall mit dem zweiten Vorsitzenden bekanntgeworden, habe sich für die Sache interessiert, seine Firma über die Sache unterrichtet und sei nun der eheliche Kolster zwischen der Firma und dem Verein. Nachdem er als Sachverständige vernommene Syndikus des Fördervereins des vaterländischen Arbeiterbewegung, Scheda, Berlin, die Werkvereine zu retten gesucht, kam das Gericht unter Verfügung des Saufes des § 193 zu einer Verurteilung. Es lautete auf 100 M. Geldstrafe und Publikationsbefugnis. Begründend wurde ausgeführt, daß der Beweis für die Unabhängigkeit der Werkvereine in keiner Weise erbracht sei.

Die Sache wird wahrscheinlich noch die Berufungsinstanz beschäftigen, da der Beklagte zu Eingang der Verhandlung dem Kläger die Anklagelegitimation bestritten und geltend gemacht hatte, daß die Ausführungen allgemein gegen die gelbe Bewegung und nicht gegen bestimmte Personen gerichtet seien. Aber auch ohne dies ist der Ausgang des Prozesses ein solcher, mit dem alle Welt, nur nicht die Gelben und ihre Gönner zufrieden sein können.

Vorzellanmaler! In allen bürgerlichen Zeitungen sucht die Vorzellanfabrik A.-G. Schönwald (Wagern) Mäler für ihren Betrieb. Seit der Ausperrung der Vorzellanarbeiter versucht die Direktion dieses Betriebes und mit ihr die Beamten, die Arbeiter und Arbeiterinnen in die Unternehmer-Unterstützungskasse zu zwingen. Ebenso wurden den Arbeitern aller Abteilungen bereits Lohnreduzierungen angeordnet. Durch weitere Entlassungen von jahrelang beschäftigten Mälern aus wichtigen Gründen, in welchen die Kollegen Mahregelungen erkannten, hat der Vorzellanarbeiterverband sich veranlaßt gesehen, die Vollsperrung über diesen Betrieb zu verhängen. Es ist dieserhalb Bezug nach diesem Betriebe strengstens fernzuhalten.

J. A.: Die Zahlstellenverwaltung Schönwald, Wagern.

Soziales.

Außergewöhnliche Hitze als Ursache eines Betriebsunfalls. Das Sächsische Landesversicherungsamt hat über Betriebsunfälle in Fabrikbetrieben u. d. eine interessante Entscheidung getroffen. Ein Brauereiarbeiter erlitt im Betriebe einen Hitzschlag.

an dessen Folgen er am gleichen Tage verstarb. Seine Witwe hat von der Berufsgenossenschaft Sterbegeld und Witwenrente gefordert. Die Berufsgenossenschaft hat dieses Verlangen abgelehnt. Die Verurteilung der Witwe ist durch die Entscheidung des Schiedsgerichts verworfen worden. Dem hiergegen eingelegten Rekurs hat das Landesversicherungsamt mit folgender Begründung stattgegeben: Daß es sich bei dem Hitzschlag des Arbeiters um eine Gesundheitschädigung infolge eines plötzlichen Ereignisses gehandelt habe, erscheine nicht zweifelhaft. Selbstverständlich würde eine andauernde allgemeine große Hitze auf das Körperbefinden der Menschen ungünstig ein und könne sie zu einem Hitzschlag immer mehr disponieren. Das ändere aber daran nichts, daß, wenn hohe Temperatur, Anstrengung bei solcher und körperliche Disposition zu einem Hitzschlag führen, der vielleicht nicht eingetreten wäre, hätte der Körper nicht vorher schon tagelang durch die Hitze gelitten, nicht die allmähliche Entzündung einer zum Tode führenden Krankheit, sondern der plötzliche Einfluß der Hitze auf einen schon vorher geschwächten Körper vorliege, wobei es völlig gleichgültig sei, ob diese Schwächung ihren Grund in der Ermattung infolge einer längeren Zeit hindurch herrschenden hohen Sommertemperatur oder in sonstigen Umständen gehabt habe. Ebenso wenig zweifelhaft könne es sein, daß der Hitzschlag mit der Leistung der Betriebsarbeit nicht außer Zusammenhang stand, daß er voraussichtlich nicht eingetreten wäre, wenn der Arbeiter wegen der herrschenden Hitze von der Leistung der Betriebsarbeit abgesehen hätte. Nach dem Ergebnisse der Sektion habe ein besonderes Weiden, das ihn der Gefahr des Hitzschlages auch bei einer gewöhnlichen Beschäftigung des täglichen Lebens in seiner Wohnung ausgesetzt hätte, nicht vorgelegen, wie denn auch der Verstorbene seit dem Frühjahr 1906 durch keine Krankheit an der Verriistung seiner Betriebsarbeit gehindert worden sei. Er hat nur infolge seines Alters, seiner vielleicht mangelhaften Beschaffenheit und des vorausgegangenen, wahrscheinlich auf die Sommerhitze zurückzuführenden Unwohlseins dem weiteren Einflusse der Hitze, unter der er seine Betriebsarbeit zu verrichten hatte, weniger Widerstand. Dieser Einfluß sei es, der den Hitzschlag und damit seinen Tod verursachte. Trete bei einem Arbeiter infolge der körperlichen Anstrengung in Verbindung mit der Hitze, die durch den Betrieb und die Betriebsbedingungen als unvermeidliche Begleitung der Berufsarbeit geschaffen werde, etwa der Kesselhitze, eine Gehirnblutung, ein Hitzschlag oder ein ähnliches, den bisherigen Gesundheitszustand plötzlich veränderndes Ereignis ein, so liege ein mit dem Betriebe in ursächlichem Zusammenhang stehender, bestimmter, zeitlich feststellbarer Vorgang mit körperbeschädigender Wirkung als seiner Folge, also ein Betriebsunfall vor. Im vorliegenden Falle (siehe die Frage darauf zu, ob der Umstand, daß die mit dem Betrieb verbundene Hitze durch die allgemein herrschende hohe Temperatur erheblich gesteigert war, und daß ohne diese Steigerung, was hier zutrafte, das schädigende Ereignis annehmbarerweise nicht eingetreten wäre, die Annahme eines Betriebsunfalls ausschließe. Als entscheidend sei anzusehen, ob die Art oder der Ort der Betriebsarbeit wesentlich dazu beigetragen habe, die natürliche große Hitze nach deren Einwirkung auf den Körper noch zu steigern. Daß das hier der Fall war, ergab sich schon aus der Feststellung der Tatsache, daß die natürliche Hitze allein das schädigende Ereignis nicht hervorgerufen haben würde. Beides, die Hitze durch die Betriebsbedingungen und die natürliche Hitze, waren ursächlich und wirkten zu dem Eintritt des Erfolges zusammen.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Der Balkankrieg.

Ausführung deutscher Matrosen.

Konstantinopel, 18. November. (B. Z. B.) Die Ausführung der deutschen Matrosen, die heute morgen um 5 Uhr erfolgte, verlief glatt. Es wurden etwa 450 Mann des Panzerkreuzers „Goeben“ mit Landungsgeschützen und Maschinengewehren an Land gesetzt. Unter dem Kommando des ersten Offiziers, Korvettenkapitän Berends, besetzten 11 Offiziere, 6 Jährliche und 285 Unteroffiziere und Matrosen die deutsche Flottille, 2 Offiziere, 8 Unteroffiziere und 53 Mann die belgische Gesandtschaft, 8 Offiziere, 1 Jährlich, 15 Unteroffiziere und 77 Mann das deutsche Krankenhaus. Die Matrosen anderer Nationen bestanden räumweise die anderen Stadtviertel. Der geschützte Kreuzer „Vineta“ wird vor San Stefano anker, zum Schutz der dortigen Europäer. Das Stationschiff „Coreley“, verläßt durch 1 Offizier und 50 Mann der „Goeben“, geht nach Haibar Pascha und besetzt den dortigen Bahnhof. Kleine Stationäre der verschiedenen Mächte anker vor den größeren Villenorten längs des Bosporus. Die Stadt ist vollkommen ruhig. Seit heute herrscht kalter Nordwind. Von früh 9 Uhr an ist von Tschataltscha her Kanonendonner hörbar.

Polenprotest und Kriegshetze in Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 18. November. (B. Z. B.) Oesterreichische Delegation. Der Obmann des Polenklubs, Leo, verwies auf den ungeheuren Einfluß, den die großen politischen Ereignisse im Süden des Reichs auf die Gemütsstimmung und die politischen Anschauungen des polnischen Volkes ausüben müßten. Desto unverständlicher müsse einem jeden die Polenpolitik des mit Oesterreich so eng verbundenen Deutschen Reichs erscheinen. Redner behauptete, daß es den Leitern der auswärtigen Politik bisher nicht gelungen sei, den engsten Bundesgenossen der Monarchie die Ueberzeugung einzufloßen, daß es im Interesse der Haltung dieses Bündnisses liege, diese gewalttätige Politik nicht weiter zu verfolgen. Als Bürger des österreichischen Staates, demnach als Bundesgenossen des Deutschen Reichs, erheben wir, sagte Leo, diese Warnungsrufe und verlangen, daß in Zukunft unser Bundesgenosse dem Gefühl der Räter, welche im Augenblick der größten Gefahr loyal mitkämpfen sollen, Rechnung trage. (Lebhafte Beifall bei den Polen.) — Der deutschrussische Delegierte Wolff begrüßte den energischen Einspruch des Außerer Amtes gegen die die legitimen Interessen Oesterreich-Ungarns verletzende Forderung der Serben nach einem Adria-Osten. Das Ministerium des Außerer werde es sicherlich nicht an Entschiedenheit fehlen lassen, wenn man versuchen sollte, sich über die klar und deutlich ausgesprochenen Ansprüche Oesterreichs hinwegzusetzen. Man sollte nicht erst warten, bis der letzte Rest der Türkei aus Europa verschwunden sei. Redner wolle damit nicht zum Kriege heben (?) und verweise auf die Friedensbedingungen des Dreibunds. Aber wo es sich um die legitimen Interessen handle, da dürfe es kein Abwarten der weiteren Entwidlung geben. Redner sprach die Hoffnung aus, daß die Deutschen und Magyaren in der Bekämpfung des Dualismus, in dem die Deutschen eine gegen den österreichischen Staat gerichtete Idee erblickten, zusammenstehen würden.

Bordringen der Griechen.

Athen, 18. November. (B. Z. B.) Amtliche Meldung. Der Major der Gendarmerie Epromili hat Chimara im Epirus besetzt. Der rechte Flügel der Armees des Kronprinzen rückt weiter gegen Konstantinopel.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Diergu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Friedensdemonstrationen im Auslande.

Frankreich.

Die Pariser Kundgebung gegen den Krieg.

Paris, 17. November. (Fig. Ver.) Eine Vollstaudgebung von gleicher Größe und Gewalt, wie die heutige, gemäß den Beschlüssen der Internationale von der sozialistischen Seine-Föderation einberufene Versammlung gegen den Krieg hat die jüngere Generation der Pariser noch nicht erlebt.

Der Versammlungsort lag im Norden von Paris, vor der Stadtwandlung. Das Terrain gehört zur Gemeinde von Pré-Saint-Gervais, einem Arbeiterort, der eine sozialistische Kommunalverwaltung hat.

Die Seine-Föderation hatte vortreffliche Organisationsarbeit geleistet. Eine Extratage der „Humanité“, eine Rundfahrt von Automobilen mit Plakaten und Anschläge in den Straßen riefen das Pariser Volk zur Kundgebung auf.

Vor der Versammlung eröffnet wurde, spielten sozialistische Musikvereine Marschlieder auf. Gutgesinnte Hörer scharten sich um die Tribünen und sangen Lieder vom Weiden und Sehnen der Proletarierjugend.

Besonders groß war die Menge, die sich um die Tribünen II und III drängte. Auf der ersten sprach Genosse Bernerstorfer. Er legte die besondere Situation Österreichs im jetzigen Konflikt dar und wies darauf hin, daß die österreichische Arbeiterchaft sich ihrer Pflicht von Anfang an bewußt gezeigt habe.

Kleines feuilleton

Die Cholera im Kriege. Dürres apokalyptisches Reiter schwingen jetzt ihre Menschheitsgeißeln über der Heeresmacht des Islam. Zum graufigen Skelett des Todes, zum grimmigen Dämon des Krieges, zum dräuenden Geistes des Hungers tritt eine vierte entsetzliche Dunkelverhäulste Gestalt: die Cholera.

Die Cholera im Kriege. Dürres apokalyptisches Reiter schwingen jetzt ihre Menschheitsgeißeln über der Heeresmacht des Islam. Zum graufigen Skelett des Todes, zum grimmigen Dämon des Krieges, zum dräuenden Geistes des Hungers tritt eine vierte entsetzliche Dunkelverhäulste Gestalt: die Cholera.

schon und kapitalistischen Krieg keineswegs ein weiches Vergichten auf heroische Ziele, sondern vielmehr den opferbereiten Kampf für eine höhere menschliche Befreiung bedeute.

Von der Tribüne III sprach Genosse Scheidemann, den die Masse als den ihr schon wohlbeliebtesten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie mit Applaus und Hochrufen auf das deutsche Proletariat begrüßte. Nachdem er die tapferere Haltung der Genossen der Balkanstaaten gewürdigt hatte, wandte er sich den deutsch-französischen Beziehungen zu.

Wir wissen nicht, ob es uns gelingen wird, die Regierungen durch unsere guten Gründe zu überzeugen; aber wir wissen, daß, wenn sie nicht hören und wenn es anders kommt, als wie sie selbst hoffentlich wollen, sie die Verantwortlichen wären für die Ruinen der Zerstörung und des verfohlenen Unates.

Der „L'Intransigeant“, ein Pariser Fog- und Boulevardblatt, hat diese Stelle falsch überlegt und legt Scheidemann die Worte in den Mund: „Sie werden nicht auf Euch schließen.“

Arrestanten einen ihrer Genossen. Dieser wurde auf sein Gesicht in einer besonderen Hülle untergebracht, schmiedete hier Nachpläne gegen seine Verleugner und bot hierauf der Verwaltung seine Dienste als Henker an.

Zwischen aber hatte er einen Reuebühler erhalten: da die Verwaltung nicht ohne Henker auskommen konnte, hatte sie sich eine Prast aus dem Westen verschrieben.

Zu diesen beiden, die in einer Hülle untergebracht waren, gesellte sich dann noch ein unwillkommener dritter als Konkurrent: ein junger, gewandter, verheimlichter Burche, der wie ein Kommissar oder Revisor ausah.

Wußt.

Im Theater des Riesenzwies und der Riesenverminkt, im Deutschen Opernhaus zu Charlottenburg, treten nun im Laufe des Alltags die Vorfälle und Nachteile immer stärker hervor.

kämpfen ausdrückt. Hunderttausend Arme streckten sich empor, Hülfe und Mitleid wurden geschrien, Hochrufe auf die Internationale brausten über das Gestrüß.

Italien.

Rom, 18. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Ein Ausweisungsbefehl vorschlagend, hat die Polizei Herbst verhaftet, der der Versammlung gegen den Krieg beizuwohnen sollte.

England.

London, 18. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Eine große Friedensdemonstration fand am Sonntagabend unter Vorsthr Keir Hardies im Londoner Opernhause statt.

Holland.

Amsterdam, 17. November. (Fig. Ver.) Im großen Saale von Het Palais voor Volksbiligt sprach Genosse Kollenbuck (Parteidonksch). Er verwies einleitend auf die Rolle, die die Türkei in der europäischen Politik gespielt hat.

Am nächsten Verlangsamung des Weltmarktes im Verhältnis zur Größe des Raumes; sie aber ohne weiteres auf ein bestimmtes Werk mit seinen ganz bestimmten Ansprüchen an die Tempel anzuwenden, geht auch nicht.

Im übrigen machten wieder die einzelnen Künstler mancherlei Freude; sie verstanden zum Teil auch das individuelle Leben ihrer „Kollen“. Der „historische Nime“, Julius Lieban, in lang-jährigem Wirken an unserer alten Oper ein Meister von Gesangs-kultur, ist von Charlottenburg übernommen und war als Bassist ganz der alte.

Notizen.

— Russikronik. Im Deutschen Opernhause gibt Dienstag eine Neubesetzung von „Figaros Hochzeit“ einigen weiteren Hauptrollen Gelegenheit, sich dem Berliner Publikum vorzustellen.

— Kaiserliche Wissenschaft von Industrie-gnaden. Die Industrialisierung der deutschen Wissenschaft, ihre immer größer werdende Abhängigkeit vom Kapital, das sie unterhält, wird gekennzeichnet durch einige Ziffern, die über die Subventionierung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlen-forschung bekannt werden.

Hälfte getroffen werden. Welch ein Blutbad würde es geben, wenn die Großstaaten mehr als 10 Millionen ins Feld schicken würden! Wir können heute nicht die Krüppel und Veteranen von 70/71 erhalten, wie können die Mittel aufgebracht werden, die Witwen, Waisen und Krüppel zu erhalten, die ein Weltkrieg bringen würde!

Die Ursachen größerer Kriege sind das Streben nach Ausbeutung und Unterdrückung. Erst wenn die Ausbeutung verschwindet und alle Menschen als freie Bürger einer höheren Kultur zu streben, werden die Kriege unmöglich sein. Die Sozialdemokratie hat sich diese Aufgabe gestellt. Die Sozialdemokraten aller Länder sind Gegner des Massenmordes. Mit dem Siege des Sozialismus wird der Zeitpunkt kommen, an dem die Völker sich die Hand zum großen Bruderbund reichen und gemeinsam arbeiten werden an dem Ausbau der Kultur.

Auch die Bremer Arbeiterchaft protestierte am Sonntag morgen in fünf Versammlungen gegen jede Einmischung in die Orientwirren. In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, wonach die Versammelten auf neue ihrem Verlangen nach Frieden Ausdruck gaben und gelobten, den Kauf- und Deutegeldern der Bourgeoisie unter Aufbietung all ihrer Macht die Spitze zu bieten. Nach Schluß der Versammlungen kam es zu einer impotenten Straßendemonstration. Die langen Pöge der Demonstranten trafen aus den verschiedenen Stadtteilen gleichzeitig auf dem Rolandmarkt im Mittelpunkt der Stadt ein und zogen dann über den Domschhof nach dem Bürgerpark, wo sie sich nach einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie auflösten. Das Verhalten der Polizei war mauerhaft, nur hier und da sah man während der ganzen Dauer der Demonstration einen Schutzmann.

Zu gleicher Stunde wie die Arbeiter und Friedensfreunde der Hauptorte Europas versammelte sich das Proletariat von Straßburg und Umgebung, um dem völkermörderischen Kriege den Krieg zu erklären. Eine Friedensdemonstration auf elsäss-lothringischem Boden hat eine tiefere Bedeutung; ist es doch ein Boden, der in den letzten Jahrhunderten oft mit dem Blut verschiedener Völker getränkt worden ist. So sah denn die Stadt Straßburg eine Kundgebung, wie sie hier bisher noch nicht verzeichnet werden konnte. Mangel eines geeigneten Lokals, das die zu erwartenden Demonstranten zu fassen vermochte, mußte die Versammlung in einer offenen Markthalle abgehalten werden. 10 000 Straßburger Bürger und Bürgerinnen folgten dem Rufe der sozialdemokratischen Parteileitung und behaupteten, daß sie nicht dumpf und stumm den furchtbaren Gefahren und entmenschten Schreden entgegengehen, die von der kapitalistischen Interessengruppe und der Kuppelgier der Diplomatie über die Völker Europas heraufbeschworen werden können. Es war eine impotente Kundgebung der brüderlichen Solidarität, als die Genossen Cahin-Péris und Nationalrat Frey-Wasel die Grüße und den festen Willen der Massengenossen ihres Landes der Kopf an Kopf gedrängten Masse übermittelten. Die Straßburger Arbeiterchaft hat als Wortführerin des elsäss-lothringischen Proletariats eine Kundgebung veranstaltet, die dem Ernst der gegenwärtigen Zeit entsprechend, nicht imponanter und großzügiger gedacht werden konnte.

In Wühlhausen in Thüringen sprach Genosse Dr. Breitfeld-Berlin vor über 1000 Personen. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Aus der Partei.

Der Internationale Kongress in Basel.

Das Internationale Sozialistische Bureau hat für die Kongreßtage folgende Zeiteinteilung in Aussicht genommen:

Sonnabend, den 23. November, 10 Uhr vormittag: Sitzung der Spezialkommission, welche beauftragt wurde, dem Kongress einen Resolutionsentwurf über die Kriegfrage zu unterbreiten.

Sonntag, den 24. November, 9 Uhr vormittag: Sitzung des Bureaus mit der Kommission.

Sonntag, 10 Uhr vormittag: Eröffnungssitzung in der Burgvogelstraße.

Begrüßungsrede im Namen der schweizerischen Organisationen.

Antwort des Vorsitzenden des Bureaus.

Konstituierung des Kongresses und der nationalen Sektionen.

Auswechslung der provisorischen gegen endgültige Karten.

Sonntag 8 Uhr nachmittag: Aufstellung des Demonstrationszuges der schweizerischen Arbeiterorganisationen und Kundgebung gegen Militarismus und Krieg.

Nach der Demonstration: Großes internationales Meeting im Münster. Ansprachen der Delegierten aller Länder.

Montag, den 25. November, um 9 Uhr vormittag: Sitzung des Bureaus.

Montag um 10 Uhr vormittag: Kongreß. Tagesordnung: Die internationale Lage und die Vereinbarungen für eine Aktion gegen den Krieg.

Montag, von 3 bis 6 Uhr nachmittag: Fortsetzung.

Dienstag, den 26. November: Fortsetzung und Schluß des Kongresses.

Totenliste der Partei.

Der Chefredakteur der „Frankfurter Tagespost“, Genosse Wilh. Herzberg, ist Sonnabendnacht in Nürnberg nach langer Krankheit an Herzlähmung gestorben. Herzberg ist 1869 in Arnim in Posen als Sohn eines Rechtsgelehrten geboren. Er studierte in Leipzig und Berlin Medizin. Schon als Student wandte er sich den sozialistischen Ideen zu und trat Ende der 90er Jahre als Redakteur in die Redaktion der „Rannheimer Volksstimme“ ein. Am 1. Juli 1901 übernahm er die Leitung des „Braunschweiger Volksfreund“. Dort wurde er auch von unserer Partei als Stadtverordneter gewählt. Mitte 1905 übernahm er die redaktionelle Leitung der „Pfälzischen Post“ in Ludwigshafen, von wo er am 11. Juli 1910 als Chefredakteur an die „Frankfurter Tagespost“ in Nürnberg berufen wurde. Auch in Ludwigshafen und Nürnberg gehörte er der Gemeindevorstellung an. Ende Juli wurde er plötzlich von einer schweren Krankheit ergriffen, von der er sich nicht wieder erholte. Nachdem er noch vor 14 Tagen eine Operation glücklich überstanden hatte, verstarb er nun unerwartet an Herzlähmung.

Ein langwieriger Kampf.

In dem Wahrsitzer Nachbarort Altenpöls war dreimal nacheinander bei der Wahl des zweiten Bürgermeisters der sozialdemokratische Kandidat gewählt worden. Jedemal aber wurde dem Gewählten wegen seiner politischen Gesinnung die Bestätigung verweigert. (Da in Bayern die für einen schon einmal nicht bestätigten Kandidaten abgegebenen Stimmen ungültig sind, mußte jedesmal ein neuer Kandidat aufgestellt werden.) Am Freitag fand nun zum vierten Male die Wahl statt und wieder siegte der von der Sozialdemokratie aufgestellte Kandidat. Genosse Hüpler. — Infolge ministerieller Anweisung werden in Bayern nun die Personen als Bürgermeister nicht bestätigt, die als „überzeugte Fortschrittler“ hervortreten für die Sozialdemokratie wirkten. Genosse Hüpler ist noch nicht öffentlich hervorgetreten, weshalb man mit Spannung die Begründung einer eventuellen abermaligen Nichtbestätigung erwarten darf.

Gemeindevorstand.

In der Ortschaft 2 d. L. e. m. b. e. r. g. (Westl.) erlangen unsere Genossen in der 3. Abteilung das zur Wahl stehende Mandat ohne Wahlkampf; auch fiel ihnen in der 1. Abteilung ein Mandat zu. Wir

besitzen nun die 2. und die 3. Abteilung ganz und in der 1. Abteilung ein Mandat. — In der Ortschaft Lichtenborn jagten die Gegner es ebenfalls vor, und die Mandate kampflös zu überlassen.

In Wilmersick (Kreis Hamme), einer völlig katholischen Ortschaft, erhielten wir nach heftigem Wahlkampf zwei Mandate.

Bei der Stadtverordnetenwahl im Stadtteil Süde der Stadt Jyehoe (Holstein) wurde der sozialdemokratische Kandidat gewählt, trotzdem erst vor kurzem die bürgerliche Mehrzahl aus Angst vor der Sozialdemokratie das Wahlrecht verschleiert hatte. Der Wahlsieg ist daher um so bedeutungsvoller.

Bei den Bürgerwahlen in Konstanz entfielen in der dritten Klasse auf die sozialdemokratische Liste acht Sitze; in der zweiten Klasse gelang es nicht, für unsere Partei Mandate zu erobern. Der alte Verfassung — ebenfalls acht Vertreter — ist damit getraut.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Langensalza (Thür.) eroberten unsere Genossen drei Mandate. Insgesamt besitzen wir dort nunmehr fünf Vertreter im Stadtparlament.

Einen glänzenden Wahlsieg erzielten unsere Stettiner Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen. Zum ersten Male fanden die Wahlen an einem Sonntag statt. Die Beteiligung war etwas stärker als sonst. Wir hatten drei Mandate zu verteidigen. Der Erfolg der Agitation war, daß diese Mandate mit Stimmengewinn behauptet und die Genossen Kopyal, Schuman und Borchardt neu gewählt wurden. Unsere Stimmengewinn betrug 1850, während die Liberalen nicht ganz 200 Stimmen gewonnen haben. Mit den drei neuen Mandaten haben wir jetzt 10 Sitze in der Stadtverordnetenversammlung.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Offiziersbeleidigung.

Nach wiederholter Nichterabklärung wurde am 18. November vor der Strafkammer des Dortmunder Landgerichts gegen den verantwortlichen Redakteur der „Dortmunder Arbeiterzeitung“, Genossen Henßler verhandelt, der beschuldigt war, durch den bekannten Artikel: „Osterode. Zur Psychologie der Kaserne“ alle Offiziere und Unteroffiziere der deutschen Armee beleidigt zu haben. Henßler brachte vor, daß, wenn er schon dieses Verbrechen begangen haben sollte, er dann auch alle Reserveoffiziere als Richter ablehnen müsse, da sie doch nicht in eigener Sache urteilen könnten und somit die Beförderung der Beförderung begründet sei. Der Vorsitzende meinte da in einer Sitzung, daß es wohl schwer halten werde, unter solchen Umständen eine Kammer zusammen zu bringen! In der Verhandlung vom 18. November wurde der Antrag abgelehnt mit der weisen Begründung, daß nicht die einzelnen Offiziere beleidigt seien, sondern das ganze Offizierskorps. — Gleich danach wurde der Eröffnungsbeschluss verlesen, in dem es hieß, daß sämtliche Personen, die bei der Armee im Vorgesetztenverhältnis ständen, beleidigt sein wollten. Der Angeklagte und sein Verteidiger machten umfangreiche Bemerksungen, die sämtlich abgelehnt wurden.

Vor der Urteilsverkündung verlangte der Verteidiger Protokollierung der Tatfrage, daß Urteilsabschriften der Gerichte in Dresden und Danzig, die wegen des gleichen Artikels gefällt wurden, von der Staatsanwaltschaft ohne Wissen des Verteidigers zu den Akten gegeben, bei der Beratung heringebracht und bei der Urteilsfindung mit benützt seien! Der Vorsitzende erklärte, eine solche Urteilsabschrift sei „nicht als Beweismittel“, sondern „nur bei der Stilisierung des Urteils benützt worden!“

Das Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt. Außerdem gab's die üblichen Nebenstrafen.

Aus Industrie und Handel.

Die Konzentration im Ruhrbergbau.

In der Essener Zeitschrift „Glückauf“ findet sich eine Zusammenstellung über die Konzentration des niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus seit 1850. Die Entwicklung zeigt sich vor allem in dem Wachstum der Betriebsgröße, d. h. der auf ein Werk entfallenden Fördermenge und Arbeiterzahl. Es bestanden:

Jahr	Zahl der Werke mit Produktion	Förderung		Belegschaft	
		insgesamt Tonnen	je Werk Tonnen	insgesamt	je Werk
1850	198	1 065 682	8 412	12 741	64
1860	281	4 365 824	15 537	29 820	104
1870	220	11 812 528	53 698	51 891	234
1880	197	22 495 204	114 189	80 152	407
1890	175	35 469 290	202 682	127 794	730
1900	164	59 618 900	363 580	226 902	1384
1911	157	91 387 716	581 769	352 745	2247

Danach hat sich die Zahl der Werke in den letzten 60 Jahren um 41 oder rund ein Fünftel vermindert, während die Förderung gleichzeitig um das 55fache gestiegen ist, so daß auf das einzelne Werk in 1911 eine rund 69mal so große Fördermenge und eine über 35mal so große Belegschaft entfällt wie in 1850. Die geringere Zunahme der Belegschaftsziffer weist auf die Steigerung der Leistung, d. h. des auf einen Mann der Belegschaft entfallenden Förderanteils in dem fraglichen Zeitraum hin. Während dieser 1850 nur 131 Tonne betrug, stellte er sich im letzten Jahr, wesentlich infolge der Fortschritte auf technischem Gebiet, auf 259 Tonne. In den vorstehenden Angaben ist jedoch nur erst die betriebstechnische Konzentration im Ruhrbergbau gekennzeichnet, viel weiter geht aber noch seine wirtschaftliche Zusammenfassung, denn in vielen Fällen ist wieder eine ganze Anzahl dieser betriebstechnischen Einheiten zu einer Gesellschaft vereinigt. Im einzelnen zeigt dies für das Jahr 1911, soweit es sich um Unternehmungen mit mehr als 1 Million Tonne Förderung handelt, die folgende Zusammenstellung:

Zechenvereinigungen	Zahl der Zechen	Förderung in 1911 Tonnen
Belsenkirchen	11	8 890 470
Harpen (einschl. Victoria-Bänen)	17	7 201 189
Haniel'sche Zechen	3	5 984 982
Sibermia	6	5 165 840
Phoenix	5	4 958 301
Deutsch-Luxemburg	17	4 870 017
Butehoffnungshütte	2	3 434 463
Stimmische Zechen	5	2 890 725
Kgl. Bergwerksdirektion	5	2 814 740
Krupp	3	2 600 298
Essener Steinkohlenbergwerke	8	2 116 494
Emvald	3	1 694 989
Mülheimer Bergwerksverein	5	1 628 079
Lothringers Hüttenverein	3	1 149 685
König Wilhelm	3	1 012 901

Im Jahre 1912 hat sich die Zahl der Zechenvereinigungen um zwei vermehrt; der Kölner Bergwerksverein und die Bergbau-A.-G. Neuen haben sich zum Köln-Neuesener Bergwerksverein zusammengeschlossen (die Förderung der beiden Gesellschaften betrug in 1911 zusammen 1 555 968 Tonne), sodann hat die Gemeinshaft „Constantin der Große“ die Gemeinshaften „Eintracht Tiefbau“ und „Deutschland“ in sich aufgenommen (diese drei Gesellschaften förderten 1911 2 185 155 Tonne).

Bei den 106 im letzten Jahr betriebenen Steinkohlenbergwerken im Oberbergamtsbezirk Dortmund handelt es sich über-

wiegend nicht um Einzelwerke, die meistens sich selbst als Einzelheiten wieder zu rechtlichen oder tatsächlichen (Familienzechen) Einheiten zusammengefaßt, denen bis zu 17 Einzelwerke angehören. So zählt die größte Gesellschaft des Bezirkes, die Belsenkirchener Bergwerks-A.-G., 11 Steinkohlenzechen, die Harpener Bergbau-A.-G. umfaßt bei geringerer Gesamtförderung sogar 17, die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G. ebensoviele, die Bergwerks-Gesellschaft „Sibermia“ 6, die A.-G. „Phoenix“ 5. An die Seite dieser großen Aktiengesellschaften treten die in den Händen einer Familie (Daniel, Stinnes, Krupp) vereinigten Zechen. Während die Statistik des Oberbergamts Dortmund 157 in Förderung stehende Werke zählt, hatte das Kohlen-Syndikat, dessen Förderung sich mit der des Bezirkes annähernd deckt, am 1. Januar 1912, einschließlich der im Oberbergamtsbezirk Bonn gelegenen Zeche „Rheinpreußen“, nur 67 Mitglieder; dabei sind die Familienzechen zum Teil als einzelne Mitglieder gezählt. Es entfiel bei einer Gesamtförderung der im Kohlen-Syndikat vereinigten Werke von 87,00 Millionen Tonne auf jedes Mitglied eine durchschnittliche Gewinnung von 1,30 Millionen Tonne. Soweit ist die Vereinigung der Ruhrzechen fortgeschritten. Im Jahre 1911 brachten die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten 11 größten Gesellschaften, deren jede mehr als 2 Millionen Tonne förderte, 54,23 Proz. der Gesamtgewinnung des Bergbaureviere auf.

Die den Ruhrbergbau beherrschende Konzentrationsbewegung ist jedoch bei der Vereinigung von Zechen mit Zechen nicht stehen geblieben. Schon früh finden sich Kohlenbergwerke mit Eisenhütten vereinigt. Diese Entwicklung hat im letzten Jahrzehnt solche Fortschritte gemacht, daß zurzeit 50 mit Eisenwerken verbundene Zechen gezählt werden. Diese waren an der Förderung des gesamten Bergbaubezirks mit 39,2 Proz. beteiligt. Die 13 Hüttenzechen-Gesellschaften im Sinne des Syndikatsvertrages besitzen 36 Steinkohlenbergwerke, die 1911 27 Millionen Tonne förderten.

Telefunken und Marconi.

Zwischen der Deutschen Gesellschaft für drahtlose Telegraphie („Telefunken“) und der englischen Marconigesellschaft schwebten seit mehreren Jahren Patentstreitigkeiten, die für die internationale Telegraphie außerordentlich störend waren. Die Marconigesellschaft weigerte sich lange Zeit hindurch, Telegramme deutscher Apparate aufzunehmen und weiter zu befördern, so daß z. B. unsere Dampfergesellschaften sich gezwungen sahen, Marconiapparate anzuschaffen. Um diesem Zustande, der auch für die beiden Gesellschaften nicht von Vorteil war, ein Ende zu machen, wurde bereits vor langer Zeit eine von den Telefunken abhängige deutsche Betriebsgesellschaft gegründet, deren Telegramme auch von der Marconigesellschaft übernommen wurden. Jetzt ist der Friede völlig hergestellt worden; beide Gesellschaften ziehen ihre Patentklagen zurück.

Soziales.

Der Bankrott der preussischen Eisenbahnverwaltung.

Das System des Herrn Dreierbach, der zwar ein großer Streiter vor dem Herrn im Kampfe gegen die moderne Arbeiterbewegung, aber zugleich auch ein schlechter Disponent ist, hat im verkehrstechnischer Hinsicht einen schmählischen Zusammenbruch erlitten. Der Wagenmangel im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ist zur Katastrophe geworden. Es fehlen nicht nur die Transportmittel, sondern auch Lokomotiven und Fahrbeamtete. Der Minister hat versichert, es werde alles gegeben, um den himmelschreienden Mißstand zu heben; es sind Beamte aus dem Osten zum Industriebezirk abkommandiert, aber die Kalamität nimmt stündlich zu.

Welchen Grad der Uebelstand erreicht hat, ergibt sich aus Angaben, die die Zeche „Neumühl“ der Presse macht. Auf dem Zechenbahnhof haben über den dritten Tag hinaus 313 beladene Kohlenwaggons gestanden, die trotz mehrfachen dringenden Ersuchens bei der Eisenbahndirektion in Essen nicht abgeholt wurden. Durch die beladenen Waggons wurden wiederum für die ganze Zeit die Gleise für die Zuführung von Revmaterial gesperrt, so daß die Störungen sich in doppelter Beziehung geltend machen. In einer Woche mühten im Ruhrbezirk auf 91 Zechen volle achtstündige Feiertage eingelegt werden, wovon 41 000 Arbeiter betroffen wurden, das macht allein für diese Woche einen Lohnausfall von 200 000 M.

Wie schwer die Belegschaften unter dem Wagenmangel zu leiden haben, dafür noch ein besonders krasses Beispiel: Auf Zeche „Alma“ hat die Morgenschicht am letzten Mittwoch und Freitag nur je ¼ Schicht verfahren können. Die Nachtschicht hat in dem halben Monat bereits drei Schichten feiern müssen. Am schlußmisten aber ist die Mittagschicht daran. Diese hat von Freitag, den 8. November, bis Mittwoch, den 13., nur je ¼ Schicht, am Donnerstag, den 14., ½ und am 15. November nur ¼ Schicht arbeiten können. Die Bergarbeiter müssen den Wagenmangel mit großen Lohnausfällen bezahlen, die für den einzelnen im laufenden Monat bis zu 50 M. betragen dürften. Inzwischen erheben die Unternehmer einen Preisaufschlag von 1 M. pro Tonne der infolge Wagenmangels aus den regulären Lieferverträgen gestrichenen Aufträge und heben auf diese Weise einige Millionen Extraprofit in die goldgefüllten Taschen.

Aus dem Siegerland und von der Bolla, den Gegenden der Kleinindustrie, kommen ernsthaftige Klagen über bedenklichen Kohlenmangel, der in den nächsten Tagen zu Betriebsstörungen führen wird. Auf der anderen Seite haben sich die Gesamtentnahmen (und mit ihnen der Profit) der preussischen Staatsbahn in den ersten sieben Monaten gegen das Vorjahr um 94,9 Millionen Mark gesteigert. Aber trotz dieses gesteigerten Verkehrs hat man an eine angemessene Vergrößerung des Wagenparks nicht gedacht. Herr Dreierbach hat wichtigeres zu tun, er muß die moderne Arbeiter- und Angelegenheitenbewegung bekämpfen.

Gerichts-Zeitung.

Koloniale Gründungen.

Die Verhandlung eines Nischenprozesses, bei dem die Gesellschaft mehrerer kolonialen Gründungen eingehend erörtert werden soll, begann gestern vor der 1. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt.

Die Anklage richtet sich gegen den Kaufmann Wilhelm Mertens in Jöhendorf. Dieser wird beschuldigt, in den Jahren 1905 und 1906 als Mitglied des Vorstandes der Samoa-Kaufhaus-Kompagnie A.-G. zum Zwecke der Eintragung dieser Gesellschaft in das Handelsregister falsche Angaben gemacht, als Bevollmächtigter der Safata-Samoa-Kolonialgesellschaft über Vermögensstücke der Auftragneberin absichtlich zum Nachteil derselben verfügt zu haben; ferner: als Vorstandsmitglied der genannten Gesellschaften und der Oskifranzösischen Pflanzungs-Aktiengesellschaft in seinen Darstellungen über den Vermögensstand der Gesellschaft und in den Generalversammlungen den Stand der Verhältnisse der Gesellschaft verfälscht zu haben. In Frage kommen die §§ 312, 313 I, 314 I des Handelsgesetzbuches und die §§ 266 und 74 Str.-G.-B.

Der Angeklagte gibt zu seinen persönlichen Verhältnissen unter anderem an, daß er die städtische Schule in Oranienburg bis zum 14. Lebensjahre besucht, dann Sondersunterricht genossen und als Lehrling in ein großes kaufmännisches Geschäft in Oranienburg eingetreten sei. Später war er jahrelang Buchhalter und Kassierer in einem großen Geschäft in Berlin, dann Privatsekretär des Professors von Kaufmann. Im Jahre 1887 kam er in die Deutsche Kolonialgesellschaft, wo er, wie er angibt, von Anfang an eine leitende Stellung bekleidete; er sei Vorsteher des Bureaus gewesen und habe die ganze Organisation nach kaufmännischen Grundsätzen neu geschaffen. Er habe unter dem Präsidium Fürsten von Hohenlohe-Langenburg und dem Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg 17 Jahre den Posten des ersten Beamten bekleidet und sich dann selbstständig gemacht. Er habe sich vorher vom Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft die Erlaubnis erbeten und auch erhalten, auch die Direktion von Kolonial-Handels-

gesellschaften zu führen. Er habe die meisten Kolonialgesellschaften entstehen sehen und habe gesehen, daß sie nicht auf der richtigen Grundlage sich entwickelten, denn häufig seien in ihnen Ruheplätze für alte Herren, für pensionierte Beamte geschaffen gewesen, die von kaufmännischen Sachen herzlich wenig verstanden. Dadurch sei er auf die Idee gebracht worden, solche koloniale Erwerbsgesellschaften auf die richtige und allein Erfolge verheißende kaufmännische Basis zu bringen, da der Patriotismus allein dazu nicht ausreichte. Es habe sich schon damals gezeigt, daß seine Tätigkeit an manchen Stellen Mißgunst hervorrief und deshalb habe er alle Verbindungen mit der Kolonialgesellschaft abgebrochen und am 1. Oktober 1904 die Firma Mertens u. Co. gegründet. Er sei unzufrieden mit der ganzen kolonialen Entwicklung gewesen. Die Gründungs-tätigkeit sei bis dahin etwa in der Art vor sich gegangen, daß einige Herren zusammentraten, einige hundert Mark zusammenbrachten, einige Schreier engagierten und sich dann mit Zuschriften an Herren wandten, die ihnen als Kolonial-Interessenten bekannt waren. Er sei dagegen der Ansicht gewesen, daß man sich an das deutsche Volk wenden müsse. Der Zweck der Firma Mertens u. Co. sei gewesen, eine Verwaltungsstelle für eine Reihe größerer kolonialer Unternehmungen zu schaffen, d. h. nach englischem Muster einen Zentralpunkt für eine Reihe von Verwaltungen herzustellen. Die Firma Mertens u. Co. sei nur das ausführende Organ von Syndikaten gewesen; sie war gewissermaßen die Bank für die verschiedenen Gesellschaften, sie beteiligte sich nicht an den Unternehmungen selbst, sondern bezog nur für ihre Verwaltungstätigkeit gewisse Provisionen. Alles, was von gegnerischer Seite über riesige Gründergewinne gesagt worden, sei absolut unzutreffend, niemand habe solche kolossalen Gründergewinne eingekauft, bare Gewinne überhaupt nicht, es lämen lediglich Aktien in Frage, die in ferner Zukunft realisierbar sein würden. Es kommen im wesentlichen folgende Gründungen in Betracht: 1. das Syndikat für Goldsundbaggerung, G. m. b. H., begründet am 1. November 1903; 2. die Samoa-Samoa-Kolonialgesellschaft, begründet am 5. Dezember 1903; 3. die Samoa-Kaufschiff-Kompagnie, G. m. b. H., begründet am 21. September 1904; 4. das Kaufschiff-Kultur-Syndikat; 5. die Samoa-Kaufschiff-Co., Akt.-Ges., begründet am 3. Juni 1905; 6. die Borneo-Kaufschiff-Co., Akt.-Ges., begründet am 3. Februar 1906; 7. die Kamerun-Kaufschiff-Co., Akt.-Ges., begründet am 6. Juni 1906; 8. das Ostafrikanische Pflanzungs-Syndikat, G. m. b. H., und 9. die Ostafrikanische Pflanzungs-Aktiengesellschaft, begründet am 8. März 1908. Als Gründer traten vielfach dieselben Leute auf, ebenso wurden die Ausschüßräte der verschiedenen Gesellschaften zumeist aus denselben Personen gebildet; dazu gehörten unter anderem Konsul Gaeberg-Lübeck, Rahnarz Birckfeld-Hamburg, Finanzrat von Müde-Niel, Fabrikant Troeger-Plauen, Admiral Thomsen-Niel, Dr. Forstner-Liegnitz, Professor Warburg-Berlin. — Der Angeklagte bekreuzt entschieden, sich im Sinne des Gründungsbeschlusses schuldig gemacht zu haben. Da die Verhältnisse jeder der in Frage kommenden Gesellschaften ab ovo zu erörtern sind, wird der Prozeß einen ungewöhnlichen Umfang annehmen. Für die Verhandlung ist vorläufig eine Dauer von drei Wochen in Aussicht genommen. Wir werden seinerzeit das Ergebnis der Verhandlung mitteilen.

Ein Irrenhausprozeß!

In zweitägiger Verhandlung befand sich die Strafkammer des Landgerichts Bonn mit einer Verleumdungsklage des Rechtsanwalts Fahr-Königswinter gegen den Kommerzienrat Ursprung-Barmen. Fahr ist Vormund der 30jährigen Gutsbesitzerin Witwe Beil-Römlinghofen a. Rh., die auf Verreiben ihrer Tochter, der Gattin des Generalmusikdirektors Prof. v. Schillings-Stuttgart, gewaltsam in eine Privatirrenanstalt gebracht, dort monatelang festgehalten und schließlich entmündigt worden ist. Kommerzienrat Ursprung, ein ergebener Freund der Familie Beil, nahm sich der Greisin in energischer Weise an. Er veröffentlichte Zeitungsartikel, worin er die Frau v. Schillings beschuldigte, die geistig völlig gesunde Greisin nur deshalb in die Irrenanstalt des Sanitätsrats Dr. v. Ehrenwall-Schweizer gebracht zu haben, weil sie verhindern wollte, daß die Frau in ihrem Testament hohe Stiftungen zu gemeinnützigen Zwecken mache. Der Vorkler der Irrenanstalt (der nämlich, in der der Kolonialmordbringer Arenberg „interniert“ war) und dessen Oberarzt, Dr. Mörchen, hätten die Greisin nur wegen der hohen Verpflegungskosten bei gesundem Verstande festgehalten. Der Vormund, Rechtsanwalt Fahr, habe sich, statt die Interessen seines Mündels zu wahren, aus materiellen Gründen auf die Seite der Frau v. Schillings gestellt.

Auf Antrag der drei genannten Herren eröffnete die Staatsanwaltschaft in Bonn gegen Ursprung die öffentliche Klage. Dr. v. Ehrenwall und sein Oberarzt zogen aber ihre Strafanträge nachher zurück, so daß die Aufhebung der von dem Bonner Kommerzienrat beschriebenen, in Ehrenwalls Anstalt herrschenden skandalösen Zustände nicht möglich war. Welche Schlussfolgerungen aus dieser Zurückziehung gezogen werden müssen, darüber können sich Dr. von Ehrenwall und sein Oberarzt nicht im Zweifel gewesen sein. Es blieb also nur noch die Klage des Rechtsanwalts Fahr.

In der Verhandlung erhob der Rechtsbeistand Ursprungs, Justizrat Weisbrunn-Elberfeld gegen die Ehrenwall'sche Irrenanstalt geradezu fürchterliche Anklagen. Er behauptete und stellte unter Beweis: bei Ehrenwall würden Kranke und Gesunde widerrechtlich festgehalten, andere zu hohen Ausgaben verleiht. In der Anstalt seien Trutzgelage und Orgien gefeiert worden und unerhörte Sittlichkeitsvergriffe vorgekommen. Leitende Aerzte hätten mit Pflegerinnen geschlechtliche Verhältnisse gehabt. Eine Anzahl Pflegerinnen hätten die Anstalt verlassen müssen, weil sie durch den Verkehr mit den Kranken guter Hoffnung wurden. Sanitätsrat v. Ehrenwall selber habe mit der Pflegerin S. drei außereheliche Kinder. (Ehrenwall ist ein hochliteraler Mann!) Weiter hätten in der Anstalt homosexuelle Verhältnisse bestanden.

Das Gericht lehnte die Vernehmung der von der Verteidigung geladenen Zeugen ab, da die Zustände in der Irrenanstalt nicht mit der Verleumdung des Vormundes zu tun hätten. In der weiteren Verhandlung bekundeten sämtliche Zeugen, darunter zwei Diakonissen und eine Oberin, die Frau Beil gepflegt haben, daß sie stets geistesklar gewesen sei. Der Oberarzt der Irrenanstalt von Ehrenwall gibt zu, sein „Gutachten“ auf die Angaben der Tochter und des Schwiegerohnes gestützt zu haben. Die Anschuldigungen, die Ursprung gegen den Vormund erhob, hält jedoch der Staatsanwalt nicht für erwiesen. Er beantragt 1000 Mark Geldstrafe. Die Weiterverhandlung wurde auf Montag verlagt.

Ein auf dem Postamt verübter Raubankfall

lag einer Anklage zugrunde, mit welcher gestern eine neue Schwurgerichtsperiode vor dem Landgericht I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Neuenfeldt begann. Aus der Untersuchungshaft wurde der Raschmendenauer Max Kluge vorgeführt, um sich wegen schweren Raubes zu verantworten. — Der schon vorbestrafte Angeklagte hatte im Juli dieses Jahres seine Arbeit verloren und konnte, nach seiner Behauptung, auch keine neue Arbeit finden. Nachdem er auf alle mögliche Weise versucht hatte, sich in den Besitz von Geldmitteln zu setzen, ließ er sich am 31. August dieses Jahres zu einer recht gefährlichen Tat verleiten. An diesem Tage hatte der bei einer Firma Eschmann angestellte Lehrling Paul Freitag den Auftrag erhalten, bei dem Postamt in der Ritterstraße die Summe von 1200 M. einzuzahlen. In dem Augenblick als er die 12 Hundertmarkscheine hervorholte, stürzte der Angeklagte auf ihn zu und riß dem völlig überraschten jungen Menschen die Scheine aus der Hand. Der Täter ergriff die Flucht, wurde jedoch auf die Rufe der ihn verfolgenden Augenzeugen von Passanten gestellt und der Polizei übergeben. — Vor Gericht machte Rechtsanwalt Kappes für den Angeklagten geltend, daß nicht Raub, sondern nur Diebstahl angenommen werden könne, da die Gewaltanwendung nur eine äußerst geringfügige gewesen sei. Die Geschworenen bejahen auch nur die Schuldfrage nach Diebstahl. Staatsanwalt Dr. Vernaun beantragte eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren und 3 Jahre Ehrverlust, da es sich doch immerhin um eine an Raub grenzende Tat handele, die im Interesse der öffentlichen Sicherheit empfindlich zu fügen sei. Das Urteil lautete diesem Antrage gemäß.

„Ist das Leben eines Arbeiters so wenig wert, daß Polizeibeamte es ungestraft vernichten dürfen?“

Im Winter, zu Beginn dieses Jahres, wurde in Wattenscheid bei Bochum an einem Sonntagabend ein junger Bergmann durch Säbelhiebe von einem Polizeibeamten Schaaf auf der Stelle getötet. Mit diesem Vorgang, oder doch mit seinen Folgen, hatte sich am Sonntagabend die Strafkammer in Bochum zu befassen. Es sah aber nicht etwa der Polizeibeamte auf der Anklagebank, sondern ein Bruder des Getöteten, der Bergmann Albert Malul aus Höntrup. Der Angeklagte hatte sich wegen Verleumdung der Polizeijerganten Schaaf und Kamlage zu verantworten.

Sofort nach den Vorgängen, die zum Tode seines Bruders führten, erstattete der Angeklagte Anzeige gegen die genannten Polizeibeamten beim ersten Staatsanwalt. Er erhielt von der Staatsanwaltschaft dann Bescheid, daß die Beamten in Notwehr gehandelt hätten und ein Einschreiten deshalb abgelehnt werde. Auf den Bescheid hin erhob Malul dann Beschwerde beim Oberstaatsanwalt. Der Oberstaatsanwalt wies die Beschwerde ab. Darauf wandte sich Malul an den Justizminister mit einer eingehenden Beschwerde, die er mit der Frage schloß, die wir als Ueberschrift über diese Ausführungen setzten. Der Justizminister fand keinen Grund zur Abänderung des Bescheids des Oberstaatsanwalts. Jetzt wandte sich der dauernd Abgewiesene an den Bürgermeister von Wattenscheid.

Anstatt die Eingabe zu prüfen, stellte der Bürgermeister Straf-antrag gegen Malul. Das Schöffengericht in Wattenscheid verurteilte darauf Malul wegen Verleumdung der Polizeibeamten zu einem Monat Gefängnis. Der Schutz des § 193 Str.-G.-B. wurde dem Angeklagten verweigert, weil er nicht Wattenscheider Bürger sei und die Anzeige gegen die Beamten (die seinen Bruder zugegenemachen erschlagen hatten) nur aus Nachsicht und niedriger Gefinnung erstattet habe! Die Ladung der vom Angeklagten zur Führung des Wahrheitsbeweises benannten Zeugen lehnte der Schöffengericht ab.

Dieses Urteil schien selbst dem Staatsanwalt der ersten Instanz so ungeheuerlich, daß er erklärte, die Aufhebung sei schon wegen formaler Mängel geboten, auch habe der Angeklagte das eivische Recht, die von ihm erstatteten Anzeigen zu machen. Die Bochumer Strafkammer hob das Urteil glatt auf und sprach den Angeklagten aus § 193 Str.-G.-B. frei, indem sie den ruhigen und sachlichen Ton der Eingaben ausdrücklich betonte. Da die Strafkammer die Verhandlung nur auf den § 193 erstreckte, wurden die Zeugen des Angeklagten, die das Gericht förmlich geladen hatte, nicht vernommen. Der Angeklagte erklärte zu Beginn der Verhandlung wieder, den Wahrheitsbeweis führen zu wollen.

Kinderschutzkommission von Groß-Berlin.

Die Zentralstelle für alle Kinderschutzangelegenheiten befindet sich Stralauer Platz 1/2 II. Das Bureau ist geöffnet vormittags von 9—2 und nachmittags von 5—8 Uhr. Vorsitzende sind H. Sarentzin, Stralauer Platz 1/2 und Martha Demming, Vorklagener Str. 29. Beschwerden über Verhältnisse gegen das Kinderschutzgesetz sowie über Kindermißhandlungen werden von nachstehenden Kontrollen und Kontrolleuren entgegengenommen.

Erster Kreis.

Frau Emilie Richter, NW. 6, Karlsruh. 11 II

Zweiter Kreis.

Frau Elfe Seyfarth, SW. 47, Wartenburgstr. 9, Seitenflügel IV.

Frau Margarete Heintz, S. Schönleinstr. 18, 1. Luergeb. IV.

Dritter Kreis.

Frau Schröder, Ritterstr. 56.

Vierter Kreis.

Frau Emma Döhl, Leiterin, SO. 36, Forster Str. 44.

Frau Martha Kohl, Cuvrystr. 8.

Frau Elfe Bongart, Bismarckstr. 29.

Frau Reitzschlag, Plettenloferstr. 9.

Frau E. Gurkner, Elbinger Str. 8.

Frau Dora Schmidt, Königsberger Str. 33.

Fünfter Kreis.

Frau Rosa Wolfstein, Leiterin, Vierzmannstr. 5, Hof links I. Sprechstunden: 6—7 Uhr abends.

Frau Remig, Chodowidistr. 15 II.

Frau Walter, Raugarder Str. 38.

Sechster Kreis.

Frau Minna Lohse, Leiterin, Oberberger Str. 30. Sprechstunden: Dienstag und Mittwoch von 3—6 Uhr nachmittags.

Frau Emilie Schramm, Ludener Str. 25, Luergeb. IV. Sprechstunden: 4—8 Uhr abends.

Frau Seelbach, Brimmenstr. 161.

Frau Minna Adler, Zionskirchstr. 30 IV. Sprechstunden: Dienstag und Mittwoch von 5—8 Uhr abends.
Paul Feldner, Oberberger Str. 28, Laden. Sprechstunden: Dienstag und Donnerstag 4—6 Uhr nachmittags.
Ludwig Funke, Dänenstr. 3.
Frau Minna Weide, Ramlersstr. 5 III. Sprechstunden: täglich von 6—7 Uhr abends.
Frau Anna Schubert, Soldiner Str. 10 IV. Sprechstunden: täglich von 7—8 Uhr abends.
Frau Helene Kottita, Müllerstr. 133a, Hof geradezu part. Sprechstunden: täglich von 7—8 Uhr abends.
Frau Gruniger, Aderstr. 68, Laden.
Frau Waldauer, Liebenwalder Str. 16.
Frau Marie Klotz, Kolonialstr. 25.
Frau Marie Gräbe, Hochstr. 32b, 1. Seitenfl. IV. Sprechstunden: täglich von 3—5 Uhr nachm.
Frau Josef, Gohlswaldstr. 2 I.
Frau Lüdke, Stephanstr. 28.
Frau Anna Dorn, Rostocker Str. 46.
Frau Doratt, Pfugstr. 11.

Nieder-Barnim.

Frau Johanna Schulze, Leiterin, Rummelsburg, Alt-Bozthagen 1a.
Frau Auguste Vogdan, Bernau i. M., Einbergstr. 57a.
Frau Martha Langer, Vorklagwalde, Erntestr. 22.
Frau Martha Steuer, Ernter, Scharnweberstr. 12.
Frau Wanda Schmidt, Friedrichshagen, Berliner Str. 47.
Frau Selma Schwarz, Friedrichshagen, Viktorstr. 22.
Frau Frieda Rinke, Hohenhühnen, Berliner Str. 120.
Frau Ch. Küter, Karlsdorf, Ködelsstr. 9.
Frau Maria Buchmann, Karlsruh-Döbhu, Bredersstr. 19.
Frau Emilie Schilling, Lichtenberg, Rainiger Str. 25.
Frau Mathilde Reich, Walsdorf-Döbhu, Bahnhofstr. 41.
Frau A. Steinborn, Niederhühnen, Treßdowstr. 52.
Frau A. Grohmann, Oranienburg, Mühlensstr. 31.
Frau Schaum, Panlow, Wrethmstr. 58.
Frau Martha Ehler, Reinickendorf-West, Berliner Str. 109.
Frau Frieda Ritter, Rummelsburg, Großener Str. 35.
Frau Luise Klotz, Richtenau, Wollkestr. 5.
Frau M. Daberkow, Stralau, Friedrichs-Jungstr. 5.
Frau Berta Domaschka, Ziegel-Berlin, Am Bahnhofspr. 1.
Frau Minna Dreßler, Weihensee, Lebersstr. 27.
Frau Elise Haeste, Wilhelmstr. 27, Edelweißstr. 27.
Frau Clara Kurth, Repenick (Post Röntgenstr.), Siemensstr. 2.
Frau Vera Ruche, Ober-Schönebr., Wilhelmstr. 18.
Frau Margarete Chemnitz, Reinickendorf-Ost, Provinzstr. 102.

Teltow-Beechlow.

Frau Elfriede Ahmed, Leiterin, Baumjöhulenweg, Kieffolzstr. 130.
Frau Toni Schumann, Charlottenburg, Berliner Straße 130.
Frau Helene Geyner, Charlottenburg, Liebenburger Straße 89.
Frau Adelheid Körner, Adlershof, Waldstr. 56.
Frau Lehmann, Alt-Glienide, Am Falkenberg 69.
Frau Anna Schüge, Orig, Kockowstr. 2.
Frau Marie Gachbarth, Köpenick, Kemmingerstr. 18/19.
Frau Marie Böbbede, Bismarckstr. 10.
Frau Grünberg, Friedenau, Albeistr. 28.
Frau Marie Konz, Gr.-Lichterfelde, Hochstr. 16.
Frau Lantow, Grünau, Jägerstr. 20.
Frau Agnes Radumke, Johannisthal, Moonstr. 4.
Frau Anna Kroll, Königs-Wusterhausen, Lindenwalder Straße 4.
Frau Rosa Rodrad, Lankwitz, Charlottenstr. 47.
Frau Weiß, Mariendorf, Chausseestr. 292.
Frau Cohen, Treptow, Bouchestr. 15.
Frau Luise Grentlich, Mariensfelde, Kaiser-Allee 20.
Frau Dietrich, Reuthaus, Widenbruchstr. 86.
Frau Anna Scheidlich, Nieder-Schönebr., Sedanstr. 3.
Frau Martha Hüntke, Rosenthal, Wälowstr. 21.
Frau Anna Heide, Schöneberg, Tempelhofer Str. 21.
Frau Anna Höter, Steglitz, Sackhenwaldstr. 29.
Frau Apelt, Tempelhof, Berliner Str. 41/42.
Frau Emma Dircke, Wannsee, Chausseestr. 15.
Frau Bahr, Wilmersdorf, Pfalzburger Str. 74.
Frau Gertrud Simon, Zehlendorf, Heidesstr. 25.

Wir bitten, alle Fälle ungesetlicher Erwerbsarbeit der Kinder, Mißhandlungen, fittliche Gefährdung und dergleichen an diese Genossinnen und Genossen zu melden. Die Namen der Beschuldigten werden diskret behandelt, können also ohne Besorgnis obigen Personen gemeldet werden.

Witterungsübersicht vom 18. November 1912.

Stationen	Vormittags- Temperat. Wind	Abend- Temperat. Wind	Stationen	Vormittags- Temperat. Wind	Abend- Temperat. Wind
Wilmersdorf	7,0	3,0	Hahnenberg	7,4	4,0
Hahnenberg	7,3	3,0	Wilmersdorf	7,3	3,0
Berlin	7,0	3,0	Schilow	7,4	3,0
Rantau a. M.	7,0	3,0	Aberdeen	7,2	3,0
Wilmersdorf	7,7	3,0	Paris	7,5	3,0
Wien	7,0	3,0			

Wetterprognose für Dienstag, den 19. November 1912.

Ein wenig kühler, ziemlich trübe und neblig mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 17.11.		am 16.11.	
	am	seit	am	seit
Remel, Müst	353	+7	354	+7
Vregel, Unterburg	27	-1	28	-1
Weichsel, Thorn	212	+12	212	+12
Oder, Ratibor	292	-23	292	-23
„ Krossen	221	+20	221	+20
„ Frankfurt	202	+2	202	+2
Wärthe, Eßtrum	94	+10	94	+10
„ Landsberg	42	+1	42	+1
Rehe, Borsdamm	26	+4	26	+4
Elbe, Leitmeritz	120	-21	120	-21
„ Dresden	18	-22	18	-22
„ Elbe	354	+10	354	+10
„ Magdeburg	234	+14	234	+14

+) + bedeutet Hoch, — Fall. *) Unterpegel.

MAGGI'S

Blumentohl-Suppe



1 Würfel 10 Pfg.

ist wirklich delikat!

Briefkasten der Redaktion.

S. 30. 1. Reim. 2. Na. unter Innehaltung der Kündigungsfrist. — **S. 100.** Zunächst müssen Sie beim Schiedsmann einen Schlichtermin, sodann beim Armenvorsteher Ihres Bezirks ein Armenratstest beantragen. Demnach können Sie beim Schöffengericht Privatklage erheben, falls Sie Ihre Behauptung beweisen können. — **M. 54.** Das Einkommen der Frau wird, falls sie es weiter bezieht, Ihrem Einkommen zugerechnet. Es erfolgt alsdann eine neue Veranlagung. Der veranlagte Satz entspricht Ihrem

und Ihrer Frau Einkommen. — **S. 40.** Ihre Frau kann Rückzahlung eines verhältnismäßigen Anteils des Verurteilten und außerdem, wenn ein Schaden nachweisbar ist, Schadenersatz verlangen. — **S. 10.** Ein Zurückbehaltungs- oder Aufrechnungsrecht haben Sie nach den in Berlin üblichen Mietverträgen nicht. Sie können aber den Vermieter unter Setzung einer Frist zur Beilegung der Mängel auffordern unter der Androhung, daß Sie nach Ablauf der Frist die Arbeiten selber ausführen lassen und die Kosten vom Vermieter erstattet verlangen werden. Dies können Sie dann auch tun. — **S. 54.** Die Pfändung ist möglich,

Sie können alsdann intervenieren. — **M. 58. Na.** die Erklärung ist am zweckmäßigsten beim Standesamt, wo der Geburtsfall gemeldet ist, abzugeben. — **M. 36.** Wenn das Testament der Frau nach gültig ist, so löst sich dagegen nichts tun, da die Frau nach Ihrer eigenen Darstellung mehrere Stunden später verstorben ist. — **G. M. 712.** 1. Das ist unzulässig. 2. Strafbare nicht. Sie können aber Rückgabe fordern. Ein solches Ersuchen würde wahrscheinlich ohne Erfolg sein. — **S. 182.** 1. und 2. Es besteht keine Gefahr. 3. Befragen Sie einen Redakteur. Wir halten nicht viel davon. — **G. 97.** Reim

Kauft Kleider bei der H. K. G. Dann bleibt gefüllt das Portemonnaie!

Herren-Bekleidung zum **Jünglings-Bekleidung** zum **Knaben-Bekleidung**

Selbstkostenpreis + 10%

Unser Selbstkostenpreis besteht nur aus den **baren Auslagen** für Ware und Unkosten. Wir erheben als **einzigsten Gewinn** eine Umsatzprovision von nur 10%.

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H.

Neue Schönhauser Str. 1
Ecke Weinmeister- und Münzstraße.

Sonntags von
12—2 Uhr geöffnet.

Moabit, Turmstraße 73
vis-à-vis der Emdener Straße.



Köpenick.
Unserem werten Genossen, dem hiesigen **Hugo Gehrmann** (ein schönsten Mann von Köpenick) nebst lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Funktionäre der Köllnischen Vorstadt.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter **Karl Selmke** Richardstr. 22 (9. Bezirk) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Ferner verstarb unser Genosse **Fritz Olschöfski** Brunsdorferstr. 2 (11. Bezirk).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Ferner verstarb unser Genosse **Fritz Lowski** Steinwegstr. 66 (11. Bezirk).
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Müllfischer **Fritz Lowski** am 14. November im Alter von 36 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 19. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Nachruf.
Ferner den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsenführer **Karl Bethke** am 15. d. Mts. im Alter von 73 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken.
68/16 Die Bezirksverwaltung.

Dankfagung.
Für die Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen wir dem Deutschen Holzarbeiterverband sowie den Kollegen der Firma Wackerbarth und allen Bekannten unseren herzlichsten Dank.
13155
Witwe Gehrmann nebst Töchtern.

Am Sonntag verstarb nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Gastwirt **Karl Saalman** Ordfeltr. 72.
Dies geht tiefbetrubt an die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch (Buhstag), nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis. Bezirk 134.
Am Sonntag, den 17. November, verstarb unser Mitglied, der Gastwirt **Karl Saalman** Ordfeltr. 72.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher **Karl Hollenkamp** am 16. d. Mts. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. November, nachmittags 3 Uhr, vom Krausenhaus, Mariendorfer Chausseestr. 236, aus statt.

Ferner starb am 15. d. Mts. an Lungenentzündung unser Mitglied, der Schmied **Friedrich Olschewski** Brunsdorfer Str. 4.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 19. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
133/8 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend. Bezirk 5.
Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Karl Kupplich** am 15. November verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 19. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
255/1 Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die rege Beteiligung und die vielen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Formiers **Emil Hühnel** spreche ich allen herzlichsten Dank aus.
424
Im Namen der Hinterbliebenen:
Wwe. Emilie Hühnel.

Nach kurzem Krankentage verstarb plötzlich am Sonnabend, den 16. November, nachm. 2—3 Uhr, meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Schwiegermutter **Wilhelmine Deterling** geb. Becker im 54. Lebensjahre.
Dies geht, um stille Teilnahme bittend an 13195
August Deterling nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Südlichen Friedhofes, Rixdörferberg, Rixstraße, aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung unseres lieben Bruders und Schwagers **Adam Hartmann** lagen wie allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Wahlverein Rixdörferberg, dem Deutschen Holzarbeiterverband, den Kollegen der Firma Melch u. Co., den Sängern für den erhabenen Gesang und dem Genossen S. Schulze für seine trostreichen Worte am Sarge des Entschlafenen unseren herzlichsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen **Ernst Hartmann nebst Familie.**

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Meritzplatz
10—2 5—7. Sonntags 10—12 2—4
Kranzspenden
sowie sämtliche **Blumenarrangements**
liefert schnell und billig **Paul Gross**, Lindenstr. 60, Tel. Npl. 7203.

Die neue 83 Cigarre

No 208

Ingraban
milde und doch gehaltvoll

I. Neumann
Berlin-Hamburg

Über 200 Niederlagen in Deutschland

Wald-Idyll Schmöckwitz.
Zum Wurstessen am Bußtage
lade ich die geehrten Vereine und Gesellschaften, Freunde und Bekannte höflichst ein.
Ernst Noack.
Empfehle den geehrten Vereinen, Kaufleuten, Freunden, Bekannten und Parteigenossen zum Bußtag mein Lokal.
13226
Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
K. Kienzler
Ziegel, Schillerstr. 61.

Tabberts Waldschlößchen
Ober-Schöneweide
Zah.: Rob. Schulz
Bringt sich zum Bußtag in empfehlende Erinnerung.
13246

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 50.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden.
Aenderungen sofort.

Blumen- und Krautbinderei
von Robert Meyer,
Zah.: P. Golletz
am Mariannen-Straße 2.
Telephon: Marienplatz 346.

Spezialarzt
i. Haut-, Gyn., Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintraube jeder Art, Ehrlich's Gata-Ruten in u. Co. fong. Laborat. i. Stut.
Friedrichstr. 81, Panoptikum
Sp. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Elegant
Herren-Moden
fertig u. nach Mass
von 1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiter Straße

Kaiser's Kakao
das Pfund von 1.00 Mk. an
empfehlen wir bei den hohen Kaffeepreisen als billig, nahrhaft, bekömmlich wohlschmeckend. // // // // //
Kaiser's Kaffee-Geschäft
G. m. b. H. / Europas größter Kaffee-Rösterei-Betrieb / Über 1000 Filialen

Eisenbahner und preußischer Landtag.

Das „Wohllollen“, das die gesetzgebenden Körperschaften Preußens den Eisenbahnern entgegenbringen, spiegelt sich in den Berichten der Budgetkommission über verschiedene Petitionen wider. In Gegenwart des Ministers hat die Kommission über die Petition des Arbeiterausschusses des Westfälischen Landes in Osnabrück, betr. Lohn- und Akkordhöhung für die Eisenbahnarbeiter, Verhandlungen in bezug auf Wohlfahrtspflege und Freifahrtwesen, Beurlaubungen mit Lohnbezug und Bewegungsfreiheit des Arbeiterausschusses verhandelt. Ueber die Forderung einer Lohnhöhung ist die Kommission mit Rücksicht darauf, daß man erst einmal die Wirkung der neuen Lohnordnung abwarten möge, zur Tagesordnung übergegangen. Das gleiche Schicksal hatte der gewiß bescheidene Wunsch, daß den Arbeitern bei Umzügen in andere Wohnungen nicht nur, wie bisher, 5, 7 oder 9 Stunden vergütet werden mögen, sondern mindestens der Lohn für einen Tag. Ebenfalls will die Kommission im Einverständnis mit dem Minister davon etwas wissen, daß den Arbeiterausschüssen eine größere Bewegungsfreiheit eingeräumt wird, daß die Mitglieder der Ausschüsse untereinander verkehren dürfen, daß die Entlassung der Mitglieder nur im Disziplinarwege erfolgen darf, daß bei den Eisenbahndirektionen Arbeiterausschüsse gebildet werden, die von den Arbeitern zu wählen sind und mindestens zweimal im Jahre zusammenkommen müssen, und daß aus diesen ein Zentralausschuß zu wählen ist, der jährlich einmal unter Leitung eines Deputierten aus dem Ministerium zusammenkommen soll. Einzig und allein die Petition auf Gewährung eines zwölf-tägigen Urlaubs mit Lohnbezug nach einer Wjährigen Dienstzeit wurde der Regierung als Material überwiesen.

In einer anderen Sitzung beschäftigte sich die Budgetkommission mit einer Petition des Verbandes deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter in Berlin um Verbesserung der Einkommens- und Dienstverhältnisse der Eisenbahnhandwerker und -arbeiter. Uebergang zur Tagesordnung beschloß die Kommission über die Bitte um Abschaffung des Akkordes für Reparaturarbeiten und Veseitigung der vielfach vorgenommenen Herabsetzung der Akkordpreise durch die Vorgesetzten. Durch die „wohlwollende Erklärung der Regierung“ für erledigt erklärt wurde die Bitte der Handwerker und Arbeiter der Betriebswerkstätten um Gleichstellung bezüglich der Arbeitszeit und des Einkommens mit ihren Kollegen in den Haupt- und Nebenwerkstätten. Und worin bestand die „wohlwollende“ Erklärung der Regierung? Ein Kommissar erklärte, die Regierung beabsichtige, diesen Punkt einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, die in wohlwollender Weise dem berechtigten Kern, der in dem Wunsche liege, Rechnung tragen solle, mit der Mahgabe jedoch, daß einer Festlegung der Arbeitszeit in den Betriebswerkstätten auf die in den Hauptwerkstätten bestehenden Grenzen, nicht näher getreten werden könne. Im Betriebe sei die Festlegung bestimmter Arbeitszeiten nicht angängig, denn das gesamte Personal müsse sich den Erfordernissen des Betriebes anpassen.

Weiter boten die Wohnunterhaltungsarbeiter um Veseitigung der Verdienstunterschiede, die durch Aussetzen der Arbeit an Regentagen entstehen, und um Veseitigung der vielfach an einem Orte bestehenden Lohnverschiedenheiten. Auch hier Erledigung durch eine Erklärung der Regierung, es sei nicht bekannt geworden, daß Arbeitern, die dienstbereit seien, aber wegen Regenwetters zur Arbeit nicht zugelassen würden, der Lohn vorenthalten sei. In der Praxis scheint es doch wohl etwas anders zu sein, als es sich am grünen Tisch ausnimmt. Wie sollten sonst die Arbeiter auf den Gedanken kommen, um Veseitigung der Mißstände zu petitionieren. Die Bitte um Veseitigung der Lohnverschiedenheiten wurde der Regierung zur Erwägung überwiesen. Eine Reihe anderer Wünsche wurde für erledigt erklärt. Uebergang zur Tagesordnung beschloß die Kommission über die Wünsche auf eine weitere Ausgestaltung der Arbeiterausschüsse dergestalt, daß jedem Arbeiter die Vertretung seiner Wünsche durch den Arbeiterausschuß ermöglicht wird, sowie auf Festlegung einer neunstündigen Arbeitszeit und Gewährung einer Ruhezeit von 30 bis 36 Stunden nach sieben-tägigem Nachtdienst. Einzig und allein die Petition um Gewährung eines Erholungsurlaubs an alle im Lohnverhältnis stehenden Eisenbahnbediensteten nach fünfjähriger Dienstzeit, um regelmäßige Einstellung außerordentlicher Zuschüsse für die Pensionskasse in den Etat zwecks Erhöhung der Renten, um Veseitigung der dreitägigen Karenzzeit bei den Krankenkassen und um Einführung der beschränkten freien Arztwahl wurden der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Wie genüßig die Eisenbahner sind, beweist folgende Bitte: „Der hygienische Schutz möge eine weitere Fürsorge der Verwaltung erfahren; insbesondere bitten wir, allen im Freien beschäftigten Arbeitern Schutzkleider zu gewähren und für angemessene Unterkunftsräume zu sorgen. In den Werkstätten möge allenthalben für Rauchabzug und gute Ventilation gesorgt werden, auch ist die möglichste Einschränkung der Verwendung von Pechluffthämmern erwünscht.“ Natürlich ist dieser Wunsch nach Ansicht der Verwaltung höchst überflüssig. Soweit die Wünsche berechtigt sind, erklärte ein Regierungsvertreter, würden sie ganz von selbst befriedigt; die Betenten — so fügte er hinzu — hätten sie vielleicht richtiger im Dienstwege zur Sprache gebracht. Er halte sie zur Erörterung nicht für geeignet. Auf den gleichen Standpunkt stellte sich die Kommission, sie erklärte den Wunsch für erledigt.

Endlich boten die Arbeiter noch um Anerkennung ihres Verbandes als Berufsvereinigung. In der Begründung wurde geltend gemacht, daß die Arbeitervertreter vielfach zu wenig geschult seien, um sich über Wirtschaftskonjunktur zu äußern und auch zu wenig beraten, um das zu leisten, was man von ihnen fordern müsse. Mit der Anerkennung des Verbandes als Berufsorganisation werde den Funktionären des Verbandes Gelegenheit gegeben, mit der Verwaltung direkt zu verhandeln. Dieser Wunsch ging der Kommission am meisten wider den Strich. Anerkennung von Arbeitervereinen als Berufsvereinigungen gibt es in Preußen nicht. Deshalb spruzte der Budgetkommission, in der leider die Sozialdemokratie nicht vertreten ist, mit den Wünschen der Arbeiter um. Wenn auch kaum zu erwarten ist, daß das Plenum eine andere Haltung einnimmt, so werden doch die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Pflicht erfüllen und der Mehrheit und der Regierung nachweisen, wie berechtigt die Forderungen der Arbeiter sind.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Diskonterhöhung der Reichsbank.

Am Donnerstag erhöhte die Reichsbank den Wechselzinsfuß von 5 auf 6 Prozent. Begründet wurde diese Maßnahme vom Reichsbankpräsidenten mit der allgemeinen Verteuerung am internationalen Geldmarkt und mit der Gefahr, die dem Goldvorrat der Reichsbank drohe. Der Goldvorrat eines Landes hat den Zweck, als Rückhalt für das im Umlauf befindliche Kreditgeld zu dienen, so daß jederzeit Papier in wirkliches Gold eingelöst werden kann. Genügt auch für den Umlauf und Austausch der Waren im gleichen Maße bloßes Papier als Zeichen der Eigentumsübertragung, so tritt das blanke Gold in seine Erstgeburtrechte für die Lohnzahlung und die Begleichung der Zahlungsdifferenzen in nationalen und internationalen Warenaustausch. In großkapitalistischen Staaten dienen die Kassen einer Zentralnotenbank zur Aufspeicherung eines Goldschates, aus dem die nötig werdenden Darzahlungen für den Verkehr bestritten werden. Während diese Bank gewöhnlich durch Ausfstellung von Papiernoten Kredit gewährt, muß sie für besondere Zwecke Gold hergeben. Goldvorrat und Kredit brauchen jedoch nur in einem solchen Verhältnis zu stehen, daß die Bank allen Anforderungen an Darzahlung gewachsen bleibt. Bei allen Zentralinstituten verfolgt man daher genau die Spannung zwischen der Höhe der Notenausgabe und den Vorräten. Allwöchentlich veröffentlicht die Staatsbanken Ausweise über ihren gegenwärtigen Status. Um den Kredit nicht zu sehr anzuheben zu lassen, ist bei der Deutschen Reichsbank die Einrichtung getroffen, daß Noten über den Vorrat und einen gewissen Betrag an Noten (Kontingent) hinaus versteuert werden müssen. In Deutschland bildet so die Summe der ungedeckten, versteuerten Noten ein Maß der Kreditanpannung. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 9. d. M. stand der Betrag der ungedeckten Noten um 100 Millionen Mark höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Kredit gewähren die Zentralbanken gegen Leihgabe von Wechseln oder als Lombarddarlehen für die Verpfändung von Effekten. Wechsel werden diskontiert, heißt es mit einem banktechnischen Ausdruck, wenn eine Bank gegen Zins Wechsel übernimmt, um sie am Verfalltage selbst von dem Schuldner einzutreiben oder sie weiter zu verkaufen. Am 7. d. M. fanden sich in den Depots der Reichsbank 1,4 Millionen Mark Wechsel (gegen 1,2 Millionen zu Anfang November des Vorjahres). Um nun den Goldvorrat im Verhältnis zum Notenumlauf nicht allzu sehr sinken zu lassen und weiter allen Ansprüchen an Einlösung der Noten in Hartgeld genügen zu können, greifen die Zentralbanken zur Erhöhung des Zinsfußes. So hat die Reichsbank am Donnerstag ihren Wechselzinsfuß auf 6 Prozent und den Lombardzinsfuß auf 7 Prozent erhöht.

Eine Erhöhung des Diskonts kann weiter dadurch begründet sein, den Abfluß von Gold nach dem Ausland zu verhindern. Neben den Metallvorräten in den Kassen der Reichsbank und der weniger bedeutenden Notenbanken einiger Bundesstaaten befindet sich ein erheblicher Teil von Hartgeld als Zahlungsmittel und Zirkulationsmittel im Umlauf. Steht der Zinsfuß in Deutschland verhältnismäßig niedrig, im Ausland relativ hoch, so wird es rentabler, Zahlungen nach dem Ausland in Gold zu leisten, statt in Papier (Wechseln) zu begleichen. Die Transportkosten für Gold stellen sich dann nicht so hoch, als die Zinsen für Wechsel. Wechsel, die in ausländischer Währung zahlbar sind, heißen Devisen. Devisen werden ebenfalls an der Börse gehandelt wie inländische Wechsel. Devisen können daher ebenso im Kurs steigen oder fallen, wie sonst börsengängige Wertpapiere. Hat Deutschland aus England sehr viel Waren bezogen, so hat es viel an England zu zahlen und in Berlin werden die Kurse für Wechsel zahlbar in London steigen. Meist ist es billiger, in Berlin Wechsel zu kaufen, die in London von dortigen Banken beglichen werden. Sind dagegen die Wechselkurse auf London sehr hoch gestiegen, so ist es rentabler, Waren nach London zu senden. In dem Falle, daß beide Wege für den Zahlungspflichtigen gleich teuer kommen, spricht man von der Goldparität beider Länder. Bewegt sich der Kurs für Devisen stark nach oben, wird es billiger, Goldmünzen ins Ausland zu senden. In diesem Zustand befand sich Deutschland gegenüber Paris, London und Amsterdam. Nach Holland hatte sich bereits ein positiver Goldabfluß eingestellt. Durch Erhöhung des Zinsfußes, d. h. durch Verteuerung des Geldes, kann dieser Prozeß aufgehalten werden. Der Ankauf von Devisen wird wieder (relativ) billiger, als der Versand von Goldmünzen oder Barren.

Für die Reichsbank kam bei der Erhöhung des Diskonts als dritter Grund hinzu, daß der Geldmarkt infolge des Balkankrieges wenig belebt ist. Der Zahlungsvkehr mit den Balkanländern stößt. Die Industrien für den Absatz auf dem Balkan müssen sich Einschränkungen auferlegen, die auch auf den heimischen Geldmarkt zurückwirken. Die Erwartungen von Kapitalanlagen auf dem Balkan und die Furcht vor größeren Verlusten im Falle eines Krieges zwischen europäischen Großmächten veranlassen das Publikum zur Zurückhaltung. Einige Angestellte holen ihr Bargeld von den Banken ab, steden es wieder in den Strumpf oder ins Bett und entziehen es damit dem Verkehr. Der Mann, der sich von seiner Bank für 100 000 M. Wertpapiere in Gold umwechselließ, hat sicher zahlreiche mehr oder minder begüterte Gesinnungsgenossen gefunden. Kleinere Bankfirmen haben bereits infolge von Kursoverlusten und starken Anforderungen des unruhigen Publikums ihre Zahlungen einstellen müssen. Selbst den Sparbanken — wenigstens für die französischen wurde das bezeugt — sind große Kapitalien entzogen worden. Der Krieg stellt außerdem neue Ansprüche an den Geldmarkt. Die kriegführenden Staaten brauchen Geld, das sie zum Teil bereits als Voransch auf genommen haben, zum größeren Teil als Staatsanleihen aufnehmen werden. Wer jetzt Geld hergibt, will als Sicherung gegen Verluste eine besonders hohe „Risikoprämie“.

Die Anforderungen an den Geldmarkt sind schließlich durch den Entersand gestiegen. Jedesmal in der Herbstzeit absorbiert der Verkauf und Ankauf von Getreide ganz beträchtliche Summen auf dem Kreditwege. So muß Deutschland für Rußland und Amerika, von denen es Getreide bezieht, bedeutende Mittel aufwenden. Jährlich in den Herbstmonaten erfolgt deshalb eine Heraufziehung des Diskonts.

Schließlich darf nicht vergessen werden, daß wir uns seit mehr als einem Jahr in einer ständig ansteigenden Weltkonjunktur befinden. Die Industrie mit ihren größeren Ansprüchen hat bereits alles flüssige Kapital aufgenommen und es fällt schwer, außergewöhnliche Erfordernisse zu befriedigen. Die Erhöhung des Diskonts ist der Ausdruck für diesen Mangel an verfügbarem Kapital, der in den kommenden Monaten noch steigen wird. Infolge des Krieges haben zahlreiche Gesellschaften es vermieden, für notwendig gewordene Kapitalerhöhungen jetzt den Markt in Anspruch zu nehmen. Andere, die bereits solche Erweiterungen beschlossen hatten, schoben die öffentliche Auflegung zur Zeichnung durch das Privatpublikum auf. Auch die Städte werden bald an den Kapitalmarkt mit Anleihen heranzuziehen. Ebenso ist es nicht ausgeschlossen, daß das Reich und Preußen von neuem einen Rump aufnehmen. Hat doch in dieser Woche wenigstens das Bankensortium, das die Staatsanleihen übernimmt, eine Neuverteilung der Quoten bei der Uebernahme unter sich vorgenommen. Zwar wurde sofort beteuert, neue Anleihen seien nicht beabsichtigt. Aber die Erfahrung hat gelehrt, wie oft plötzlich doch die Notwendigkeit neuer Schulden begründet wurde.

Das Geschäft der Wechseldiskontierung wird nicht nur von der Reichsbank, sondern auch von den Privatbanken untereinander betrieben. Neben dem offiziellen Reichsbankdiskont steht daher der Privatdiskont, d. h. der Diskont für Wechsel, die zwischen

Privatbanken gehandelt werden. Als die Reichsbank ihren Diskont in den letzten Wochen relativ niedrig hielt, näherte sich der Privatdiskont fast dem Reichsbankdiskont und erreichte ihn zuweilen. Als am Donnerstag der offizielle Diskont erhöht wurde, stieg auch der Privatdiskont an der Berliner Börse von 5 auf 5 1/2 Prozent. Die Zentralnotenbank hat durch ihre Kreditgewährung maßgebenden Einfluß auf den Geldmarkt; ihre Diskontpolitik wirkt zurück auf den Preis des Kreditgeldes überhaupt. Eine Erhöhung des Bankdiskonts bedeutet daher für den Geschäftsmann eine wesentliche Belastung aller seiner Finanzoperationen. Zu der Schwierigkeit, überhaupt Geld zu erlangen, tritt für ihn durch die Diskonterhöhung noch eine starke Verteuerung; denn Geldknappheit und hoher Diskont gehen stets zusammen. Die Firmen, die durch den Krieg und die Kursverluste schon gelitten haben, sind dadurch in weitere Schwierigkeiten geraten. Mühte man sich zu Anfang dieses Monats, daß die „deutsche Volkswirtschaft“ die politische Situation glatt überstanden habe, so sind seit jenen Tagen etwa ein Dutzend Banken in Konkurs geraten. Die Diskonterhöhung wird die Zahl der Bankinsolvenzen erhöhen und auch Industrieunternehmen, denen nun der Kredit bei den fallierenden Banken gänzlich versperert, bei weiteren Banken erschwert ist, mit hineinziehen. So haben bereits in Schlesien, wo es am meisten trübselig, aus diesen Gründen ein Kaufhaus und eine Färberei Konkurs anmelden müssen. Die nächste Zeit wird neue Verluste infolge der Diskonterhöhung bringen.

Die zweite Konferenz der Musikinstrumentenmacher Deutschlands.

Am Sonntag morgen um 10 Uhr wurde im großen Saale des Gewerkschaftshauses die zweite Konferenz der Musikinstrumentenmacher Deutschlands eröffnet. Die Tagung wurde eingeleitet durch Vorträge des Gefangenenvereins „Südost“, worauf der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Leipzig, die Anwesenden begrüßte und seiner Befriedigung Ausdruck gab, daß es immer mehr gelungen sei, die Musikinstrumentenmacher zur Organisation heranzuziehen. Den anwesenden Vertretern der dänischen Kollegen, R. u. S., hieß er willkommen und erteilte dann das Wort an Glöckle als Vertreter der Berliner Verwaltung des Verbandes. Glöckle begrüßte die Versammelten und wünschte ihren Beratungen den besten Erfolg. Er erinnerte daran, wie hartnäckig er in der Klavierindustrie das Unternehmertum ist und wie notwendig hier der feste Zusammenschluß der Arbeiter ist, um vorwärts zu kommen.

Zur Leitung der Konferenz wurden gewählt: Reinhold-Hamburg und Leopold-Berlin als Vorsitzende, Schuberz-Leipzig und Schwanz-Stuttgart als Schriftführer. Der dänische Vertreter R. u. S. aus Kopenhagen überbringt die Grüße der dortigen Kollegen und dankt für den freundlichen Empfang. — Zum ersten Punkt der Tagesordnung, den

Tätigkeitsbericht der Zentralkommission, nimmt Reinhold das Wort. Die Errichtung der Kommission, mit dem Sitz in Hamburg, wurde auf der ersten Konferenz, im Jahre 1905 von Klavierarbeitern in Reich abgehalten, beschlossen. Die jetzige Konferenz, zu einer Zusammenkunft der Musikinstrumentenarbeiter erweitert, ist auf Anregung der Zentralkommission einberufen worden. In den vergangenen sieben Jahren ist ein Wechsel in der Zusammensetzung der Kommission vor sich gegangen und die jetzige Kommission lehnt es ab, für die gesamte Tätigkeit oder auch den Wangel an Tätigkeit in den ersten Jahren verantwortlich gemacht zu werden. Der Redner beklagte lebhaft die geringe Unternehmung der Zentralkommission durch die Mitgliedschaft in den einzelnen Orten. Immerhin hat die Kommission getan, was sie nach Lage der Dinge vermochte. In dem Streit bei der Firma Steinway u. Söhne hat sie eine reiche Tätigkeit entfaltet. Sie hat versucht, aus den einzelnen Orten Berichte zu erhalten und durch Zirkulare dazu anzuhalten. Zur Förderung der Organisation wurde ein Flugblatt herausgegeben. Durch eine Umfrage in 800 Musikinstrumentenbesitzern wurde versucht, sie festzustellen, wo eine Musikinstrumentenindustrie besteht; zuerst wurden 88 Orte gezählt; jetzt hat man schon über 100 Orte festgestellt. Erhebungen über die Zahl der Sektionen der Musikinstrumentenarbeiter ergaben, daß 20 Sektionen vorhanden sind. Der Aufforderung, Sektionen zu bilden, sind die Arbeiter an manchen Orten gar nicht nachgekommen, an anderen Orten, wo nämlich nur ein Betrieb besteht, in unangenehmer Weise. Fragebogen wurden ausgesandt, um die Verhältnisse im Verzug festzustellen. Mit amerikanischen und englischen Berufs-kollegen trat die Kommission in eine Korrespondenz, um über den Pianotrast in den Vereinigten Staaten, der auch in Deutschland einige Firmen beherrscht, unterrichtet zu sein und eventuell Maßnahmen zugunsten der Arbeiter ergreifen zu können. Redner weist zum Schluß den Vorwurf zurück, daß die Kommission nichts Erprobliches geleistet habe, wovon er auch zugeben müsse, daß noch sehr viel für die Organisation der Arbeiter zu tun nötig ist. Er hoffe, daß die Mitgliedschaft in Zukunft besser wie bisher mit der Kommission zusammenarbeiten werde. (Beifall.)

Vor Eintritt in die Diskussion berichtet die Mandatprüfungskommission, daß 39 Orte mit 55 Delegierten auf der Konferenz vertreten sind. Vom Verbandsvorstand sind Leipzig, Doering und der Redakteur Kaiser von der „Holzarbeiter-Zeitung“ anwesend.

In der Diskussion wird an der Tätigkeit der Zentralkommission innerlich abspredende Kritik geübt, soweit die letzten Jahre in Betracht kommen. Dagegen werden mancherlei Vorschläge gemacht, um die Tätigkeit der Kommission zu fördern. Mehr Unterstützung durch die einzelnen Ortsvereinigungen, die Material einsenden könnten, sei wünschenswert. Doering legt an die „Holzarbeiter-Zeitung“ in Fragen der Verunsicherung und der Organisation mehr zu betonen. Buff-Hamburg gibt zu bedenken, ob man nicht lieber den Sitz der Kommission nach einem günstigeren Ort verlegen sollte. Reinhold wendet sich gegen diesen Vorschlag und bestrittet den Vorwurf einer Verlegung.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die gegenwärtige Lage der Musikinstrumentenarbeiter und -arbeiterinnen.

Das einleitende Referat hielt Reinhold-Hamburg, der ein trübes Bild von der Lage im Beruf entwarf. Die Musikinstrumentenindustrie in Deutschland ist auf dem Wege zur Großindustrie und beherrscht den Weltmarkt. Die Zahl der Arbeiter hat sich stark vermehrt, aber ihre Lage ist immer schlechter geworden. Das Organisationsverhältnis läßt viel zu wünschen übrig. 42,7 Proz. der gesamten Arbeiter sind unorganisiert. Von den Pianofortearbeitern sind 34,5 Proz., von den Orgelbauern 64,2, von den Geigenbauern 93,2 Proz. unorganisiert. Der Konferenz lagen Erhebungen über die Industrie vor, herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband, unter Mitwirkung einer von der Zentralkommission Ende 1911 veranstalteten Umfrage. Ueber die Löhne wurde festgestellt, daß in der Piano- und Fiedelindustrie in manchen Orten bis 30 M., in anderen Orten 20 bis 25 M., 25 bis 30 M., in Berlin und einigen anderen Städten 30 bis 35 M. und auch darüber als durchschnittlicher Wochenverdienst erzielt werden. In Berlin betrug der Gesamtdurchschnitt nach der Lohnstatistik von 1909 nur 28,72 M. für männliche und 18,82 M. für weibliche Arbeiter. In den anderen Branchen liegen die Lohnverhältnisse ähnlich, in der Harmonika-, Geigen- und Fiedelindustrie ist die Heimarbeit vorherrschend und Hungerlöhne werden bezahlt. Die Arbeitszeit ist in der Regel länger als in Tischlereien und beträgt 52 bis 60 Stunden und darüber pro Woche. Die Lehrlingszählerei drückt ebenfalls auf die allgemeinen Verhältnisse. Der Referent schloß auf der einen Seite ein probierendes Unternehmertum, auf der anderen Seite einen zum großen Teil kaufmännischen Arbeiterstand, setzte aber seine Hoffnung auf die Fort-

schritte der Organisation, die schon manche Veränderung zugunsten der Arbeiter durchgeföhrt hat und weiter durchgeföhrt wird.

In der Diskussion berichteten die einzelnen Redner von den Verhältnissen in den verschiedenen Orten und mancher wachte von erheblichen Verbesserungen durch das Wirken der Organisation zu erzählen, wenn auch die Ausführungen des Referenten im allgemeinen nur Bestätigung fanden, manchmal aber noch übertroffen wurden, unter anderem durch die Schilderung des Glens der Arbeiter im Boislande, die besondere Aufmerksamkeit erregte. Die Diskussion fand am Sonntag nicht ihren Abschluß und wurde am Montag morgen, dem zweiten Tage der Konferenz, fortgesetzt. Zwei Anträge aus Stuttgart gelangten schließlich zur Annahme. Die Anträge lauten:

1. Der Hauptvorstand wird im Verein mit der Zentral-Kommission beauftragt, Erhebungen über Beschäftigungszahl, Heimarbeit und Zwischenschichtsystem in der Musikinstrumentenindustrie zu veranstalten und durch geeignete Maßnahmen diesen Schädlingen, welche den Fortschritt in sämtlichen Berufen hemmen, entgegenzuwirken.
2. Der Vorstand ist beauftragt, eine Statistik über die Durchschnittsverdienste sämtlicher Branchen, festgestellt durch die Lohnbüchsen, zu veranstalten.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung, die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge und Arbeitsnachteile

beizutragen, referierte A. Doering, Berlin. Der Redner besprach den Wert und die Bedeutung der Tarifverträge im allgemeinen und an der Hand des aufgestellten Muster-Tarifvertrages des Verbandes, mit Rücksicht auf die Verhältnisse in der Musikinstrumentenindustrie. Die Verträge, die aus der Praxis herausgewachsen sind, haben die Arbeitsbedingungen wenig verbessert. Besondere Wert ist der Verkürzung der Arbeitszeit beigemessen worden, deren höher kultureller Wert für die Arbeiter nicht zu verkennen ist. Gerade in dieser Branche ist die Verkürzung der Arbeitszeit unbedingt notwendig. Die Einrichtung von Tarifverträgen kann der Branche nur förderlich sein, sobald die Grundlagen dafür in den einzelnen Orten gegeben sind, denn ohne feste Grundlagen ist keine Garantie für Erfüllung der Verträge gegeben. In 32 Orten sind für 110 Betriebe mit 8900 Beschäftigten die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Musikinstrumentenarbeiter tariflich geregelt. Die Frage der Arbeitsvermittlung berührte der Redner nur kurz in seinen Darlegungen und verwies auf die eingehenden Verhandlungen darüber auf dem Berliner Verbandstag. Er gab dann einen geschichtlichen Überblick der Vertragspolitik des Verbandes und nahm Stellung zu verschiedenen Anträgen zu dem dritten Punkt der Tagesordnung.

Vor Eintritt in die Diskussion wurde der Konferenz eine Ueberraschung zuteil. O'Grady, der Kopf der sozialdemokratischen Partei bei der Friedendemonstration am Sonntag, war erschienen und wurde den Delegierten von Leipzig als Vertreter der englischen Holzarbeiter, Berufskollege und Angestellter des englischen Möbelarbeiterverbandes vorgestellt. O'Grady hielt eine kurze Ansprache, in der er zuerst darauf hinwies, daß ihm am Sonntag zum erstenmal in seinem Leben verwehrt wurde, in seiner Sprache in einer Volksversammlung zu reden, und er habe doch schon viele Länder bereist und zu den verschiedensten Gelegenheiten Reden gehalten. Er übertrug die Grüße der englischen Arbeiter und ging dann auf die Verhältnisse in der englischen Musikinstrumentenindustrie ein, die er als sehr verbesserungsbedürftig bezeichnete. Die Organisation sei schlecht, und das Resultat sei, daß zum Beispiel ungelernete Fabrikarbeiter mit ihrer guten Organisation in London bessere Arbeitsbedingungen haben als die Klavierarbeiter. Die Unternehmer behaupten, an den schlechten Verhältnissen seien die Deutschen mit ihren billigen Waren schuld, aber die Unternehmer jedes Landes haben immer ihre Gründe, die Arbeitsbedingungen niederzuhalten. Für die Arbeiter ergibt sich daraus die Lehre, nicht nur im eigenen Lande sich gute Organisationen zu verschaffen, sondern auch international gute Beziehungen zu pflegen, sich zu verbinden, wirtschaftlich und politisch, um die gemeinsamen Interessen zu wahren. Nach wirtschaftlicher und politischer Emanzipation müßten die Arbeiter aller Länder streben, und die Probleme, die sich aus diesen Bestrebungen ergeben, müßten sie selbst und aus eigener Kraft lösen.

Die Rede wurde durch einen Dolmetscher übersetzt und fand den vollen Beifall der Versammelten. Der Vorsitzende Weinhold dankte O'Grady für sein Erscheinen und trug ihm die Grüße der deutschen Kollegen an den Bruderverband in England auf.

Die Diskussion über das Referat von Doering und die vorliegenden Anträge war sehr eingehend; die Möglichkeit einer wirksamen Regelung der Arbeitsverhältnisse wurde von allen Seiten beleuchtet. Ein blinder Klavierstimmer trat dafür ein, daß die Interessen seiner Berufskollegen mehr als bisher Berücksichtigung finden. Der Verband sollte die Klanten besser schützen, denn sie würden oft ihrer Blindheit wegen schlechter entlohnt, obgleich ihre Leistungen nicht geringer seien.

Die gestellten Anträge zum dritten Punkt der Tagesordnung wurden an eine Kommission verwiesen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung:

Mittel und Wege zur Stärkung der Organisation

referierte Leopold Berlin. Die Organisationsverhältnisse liegen sehr ungünstig bei den Musikinstrumentenarbeitern. Von rund 30 000 organisationsfähigen Personen waren am 1. Januar 1912 nur 11 716 im Deutschen Holzarbeiterverband organisiert und 2415 in anderen nicht freigewerkschaftlichen Verbänden. Als Ursachen der mangelhaften Organisation nannte der Redner den Berufsunkel, den Kostengeist, die Aussicht auf eine „Lebensstellung“ in vielen Betrieben, den Zustrom ungekennelter Arbeiter und dann die Grenzzeitigkeiten mit anderen Verbänden und die Organisationszersplitterung überhaupt. Dagegen gilt es nun den Kampf aufzunehmen. Die Organisation ist einheitlich zu gestalten, die persönliche Einwirkung auf die indifferenten Arbeiter ist nicht zu unterschätzen, die Hausagitation ist oft nützlich, der moralische Zwang muß auf die fernstehenden Mitarbeiter nachdrücklich ausgeübt werden, man muß ihnen zeigen, was auch sie dem Verbandsverbanden. Pflicht aller Organisationsleiter aber ist es, für den Verband unabhängig zu agitieren. An gutem Agitationsmaterial darf es niemals fehlen. Wenn dann jeder seine Pflicht tut, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Auch den jungen Leuten, den Lehrlingen im Gewerbe, ist die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Der Redner empfahl dann noch die Herausgabe von Flugblättern und jährliche Agitationstouren zur Förderung der Organisation.

Nach kurzer Diskussion, die sich im allgemeinen im Sinne des Referats bewegte, fanden folgende Anträge die Zustimmung der Konferenz:

Dresden: Die Zentralkommission wird beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Vorstand in gewissen Zeiträumen Agitationsveranstaltungen mit Berufskollegen zu veranstalten.

Stuttgart: Im Anschluß an die Konferenz soll eine allgemeine Agitationstour für die Musikinstrumentenarbeiter stattfinden. Als Referenten sind möglichst Berufskollegen zu verwenden.

Gaffel: Um die Agitation wirksamer zu gestalten, möge der Vorstand des öfteren Broschüren und dergleichen speziell für die Branche unentgeltlich herausgeben, ferner durch branchenfunde Redner an den Orten Beiträge usw. halten lassen auf Kosten der Gau- oder Hauptkasse.

Die eingeleitete Kommission für die Erledigung der gesamten acht Anträge zum dritten Punkt der Tagesordnung ersparte denn ihren Bericht und empfahl die Annahme der folgenden Resolution:

„Die Konferenz spricht aus, daß der Abschluß korporativer Tarifverträge unter Zugrundelegung und Anlehnung an die Vertragspolitik des Verbandes auch in der Musikinstrumentenindustrie als erstrebenswertes Ziel angesehen ist. Beim Abschluß von Tarifverträgen in der Musikindustrie ist besonders darauf zu achten, daß die ständigen Veränderungen der Arbeitsmethoden und Arbeitsstellungen und die dadurch bedingten Anpassungsänderungen nicht zu einer Schädigung der Lebensverhältnisse der Arbeiter benutzt werden. Insbesondere sind Festlegungen zu treffen, welche es verhindern, daß tarifliche Arbeiten von Hilfsarbeitern oder Arbeiterinnen zu niederen Arbeitslohn oder im Stundenlohn ausgeführt werden.“

Ferner sollte nach den Empfehlungen der Kommission die Konferenz sich dafür erklären, daß bei dem Abschluß von Verträgen möglichst dafür gesorgt wird, daß den Blinden Klavierstimmern der Tariflohn garantiert wird. — Die Berufskollegen sollten ferner gehalten sein, gegen Lehrlingszählererei und gegen die Ueberstunden und alle daraus erwachsenden Schäden anzukämpfen. Die Resolution und die anderen Empfehlungen wurden von der Konferenz angenommen, die, nachdem sie einige „Ueberstunden“ gearbeitet hatte, nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden Weinhold als beendet erklärt wurde.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen im Dienste der Gemeinde.

Die Tätigkeit der Frauen auf kommunalem Gebiete findet von Jahr zu Jahr mehr Anerkennung. So wurden in Breslau, nachdem sich die Mitarbeit der Frauen in der Armen- und Waisenfürsorge bewährt hatte, schon vor einem Jahre Frauen als vollberechtigte Mitglieder in die Armenkommission gewählt. Jetzt hat nun auf Vorschlag der Armenkommission die Breslauer Stadtverordnetenversammlung zwei Frauen in den Vorstand des Kinderhortes und des Säuglingsheimes, also eines Kinderkrankenhauses, gewählt und damit Frauen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Kuratoriums eines jüdischen Krankenhauses gemacht. Bei der Einführung der Frauen in den Vorstand wies der Vorsitzende darauf hin, daß gerade in der Verwaltung der Krankenhäuser und insbesondere der Säuglings- und Kinderkrankenhäuser, sich für die Frauen ein weites und segensreiches Tätigkeitsfeld öffne. Die Frau, die ihr eigenes Haus gut zu verwalten verstehe, sei befähigt und berechtigt, an der Verwaltung großer öffentlicher Anstalten wirtschaftlich mitzuwirken, und auch vom humanitären Standpunkte sei die liebevolle und freundliche Anteilnahme der Frau oft förderlicher, als die zuweilen rauhe, für Kranke und Kinder doppelt empfindliche Mannesart.

Wir erinnern daran, wie weit zurück man noch in Berlin in diesen Fragen ist. Wohl hat Berlin 157 Armenpflegerinnen und weit über 500 Waisenhelferinnen, die sich die Anerkennung der Kommunalpolitiker erworben haben, doch weder in der Armen- noch in der Waisendeputation sind bisher Frauen zur Mitarbeit herangezogen. In letzter Zeit wurde auf Anregung unserer Genossen der Beschluß gefaßt, Frauen auch hier die Möglichkeit zur Vertretung zu geben. Vorläufig müssen sich die Frauen aber noch gedulden. Erst wenn der Sitz eines Bürgerdeputierten in der Armenkommission erledigt ist, will man vielleicht darauf gehen, eine Frau hineinzuwählen. Immer langsam voran!

Lesende.

Groß-Wiesenthaler. Heute Dienstag bei Wahrensdorf, Bäckstr. 7. Referat des Genossen Demming über die sozialistische Erziehung des Kindes im Hause.

Rieder-Schönhäuser-Nordend. Heute Dienstag, 8 1/2 Uhr, im Lokale Schwarzer Adler, Vortrag des Genossen Sieze: Kommunale Feuerungsmaßnahmen.

Aus aller Welt.

Das erfrischende Gewitter.

Als der Balkankrieg ausbrach, schrieb „Oesterreichs katholisches Sonntagsblatt“ in seiner Nummer vom 27. Oktober: „Ein gründliches Gewitter erfrischt und reinigt die drückende Atmosphäre und wir halten dafür, daß, wenn es zum Schlugen kommt, der stillste und wirtschaftliche Gewinn Europas schließlich groß sein wird.“ Inzwischen sah das Blut bei den Kriegerblutigen, bei den Bulgaren, bei Rumänien. Von dem Blutbade bei Rischkoffe berichtete bekanntlich ein deutscher Krankenpfleger vom Roten Kreuz: „Meistens waren den armen Opfern die Augen ausgehöhlt, Nase und Ohren abgeschnitten, vielen der Leib aufgeschlitzt!... Totags, Handhaken, Messer und Gewehrrohre, Latarenbeile, selbst die bloße Faust und die Zähne benutzten die Verteidiger. Wir haben später mehr als einen Bulgaren gefunden, dem die Gurgel durchgebissen war. Viele gefangene bulgarische Soldaten waren auch von den Kurden geplündert worden.“ Bei Rischkoffe fielen vierzigtausend Türken tödlich und verblieben in den Boden. „Eine zerlegte und zusammengeworfene Masse“, berichtet ein Zeuge der furchtbaren Vorgänge. Tausende schleppten sich selbst mit offenen Geschwunden im Kopfe oder im Unterleibe zu Tode, die meisten hatten Schrapnellwunden. Und dann die Szenen aus der Schlacht bei Rumanowo! Sechstausend Bulgaren wurden in die Lazarette gebracht. Als ein Berichterstatter das Schlachtfeld betrat, sah er nebeneinander hausenweise Kadaver gefallener Pferde. „Soweit das Auge reicht, bis zu den Hügel, erblickt man immer wieder diese Pferdeleichen; dazwischen hocken die Raben auf dem Boden

und kreischen in dunklem Gefüge...“ Ja, der Krieg ist ein äußerst erfrischendes Gewitter und sein firtlicher Gewinn ist offenkundig!

Schwere Grubenunfälle.

Die Gefahren des Bergbaues und die Notwendigkeit vermehrter Arbeiterschutzes illustrieren zwei schwere Grubenunfälle, die der Telegraph aus Benthien und Hünigsen (Hannover) meldet. Auf dem Gottward-Schachte der Paulusgrube in Benthien — den Schaffgotschen Werken gehörig — sind in der Nacht zum Montag drei Grubenarbeiter von Grubengasen erstickt worden. Die Leichen konnten geborgen werden. Der Schanplatz des zweiten Unfalls war das Bergwerk der Gewerkschaft Riedel in Hünigsen. Dort wurden Sprengarbeiten vorgenommen, dabei wurden durch einen zu früh losgegangenen Schuß zwei Arbeiter getötet und einer schwer verletzt.

Der Schuhmann als Taschendieb.

In einer Schaustafel im Leipziger Vororte Möckern sah am vergangenen Sonntag ein Reisender bei einem Fräulein, als der Schuhmann Böhm, mit Uniform und Helm besetzt, in das Lokal trat. Der Reisende lud den Schuhmann zu einigen Glas Bier ein, was dieser auch annahm. Nach einiger Zeit schielte der Reisende, den Kopf in die Hand gefaßt, am Tische ein. Als er erwachte, mußte er zu seinem Schreck bemerken, daß seine goldene Taschenuhr im Werte von 160 Mark verschwunden war. Die Uhr war von der Kette abgelaßt, und die Kette war wieder in die Westentasche gefaßt. Der Verdacht, die Uhr gestohlen zu haben, lenkte sich auf den Schuhmann, der aber die Tat bestritt und abendhin noch grob wurde. Darauf wurde veranlaßt, daß von der nahen Polizeiwache ein Wachtmeister erboten, der den Fall untersuchte und auch den Schuhmann verhörte. Schließlich wurde der Schuhmann nach der Wache gebracht, wo das Verhör fortgesetzt wurde; die Uhr war freilich nicht bei ihm gefunden worden. In dem stundenlangen Verhör häuften sich der Verdacht durch das merkwürdige Verhalten des Schuhmanns immer mehr, und abends gegen 8 Uhr gestand er schließlich den Diebstahl auch ein. Er gab an, er habe die Uhr in einen Hut gesteckt, der in der Gastwirtschaft hing, wo sie denn auch gefunden wurde. Die Polizei scheint die Angelegenheit allerdings anders aufgefaßt zu haben, denn der Beamte, der dem Verstorbenen die Uhr zurückgab, hat dabei die Bemerkung gemacht, der Schuhmann habe sich einen Schwergeländert.

Die die „Leipziger Volkszeitung“ erzählt, soll der diebische Schuhmann nach wie vor seinen Dienst tun; er soll damit bestraft worden sein, daß er von einer Wache zur anderen verlegt wurde. Man erlebt es täglich, daß selbst Kinder, die wegen Hunger hiehlen, vor Gericht gelockt werden, da nur das mit dem Schuhmann beliebte Verfahren im höchsten Grade verwundern.

Das hintere Plägel.

Wir lesen in der Wiener „Arbeiterzeitung“: „Sie loben ohnehin schon die Brust voller Orden und keinen Platz mehr für neue!“ rief der Herr Gemeinderat Roßl dem Herrn Vizebürgermeister Hierhammer während einer Sitzung zu. Da lächelte der Herr Vize, macht im Bewußtsein seiner Würde eine bekannte Handbewegung und meint: „Ro, i häit' no an' Platz da hinten für sie!“ Einige behaupten, der Herr Vize habe gesagt: „Ro, i häit' no an' Platz da hinten für Jhno!“ Aber das kann nicht stimmen, weil die Urkunde sonst nicht so nett wäre. Herr Roßl nämlich, der diese Plagenweisung jedenfalls auf sich bezog, lächelte sich selbst und sagte: „Da kam unser Herr Vize auf eine löbliche Ausrede: er hat ja gar nicht das gesagt, was man ihm vorwirft. Herr Hierhammer will ganz was anderes, was viel Höflicheres gesagt haben, nämlich: „I häit' no an' Platz da hinten für sie!“ Wagt für Sie, Herr Roßl, sondern für sie — die Orden! Ein kleines a, nicht ein großes! Aber Herr Roßls Rechtsgefühl ist durchaus bürgerlich, durchaus nüchtern; er beachtete diese Verteidigung nicht und ließ den armen Hierhammer zu einer richtigen Geldstrafe von hundert Kronen verurteilen. Schade! Eine Weisheit, die so prächtig beginnt, muß so plump schließen. Hätte doch Herr Roßl etwas Dichtersches in sich! Hätte er doch Hierhammers Worten Glauben geschenkt! Ein unerbittlicher Vergeltung ist an dem unantastbaren Rechtsgefühl der Allgütigkeit gescheitert! Schade, daß ich nicht für eine Viertelstunde der Herr Roßl war. Ja hätte dem Herrn Vizebürgermeister öffentlich erklären lassen, daß er von nun an alle Orden, die er noch erhalten wird, zur Dekoration seines hinteren Plägels verwenden werde. Ja hätte ihn least Rechtsens zur Verhöhmung seiner eigenen Sehnsüchten gezwungen. Welch ein Bild geht der Welt verloren: Herr Hierhammer mit dem roten Adlerorden auf dem Popo!

Kleine Notizen.

Wortat an zwei Kindern. In der Nähe der englischen Ortschaft Rotherham wurden zwei Kinder von sieben und neun Jahren, als sie sich von einer Schulfestung nach ihrem Dorf zurückbegeben wollten, ermordet. Die Leichen wurden auf einem Felde verstreut aufgefunden.

Folgeschwere Explosion. Im russischen Grenzort Sapianice explodierte in einer Möbelfabrik ein neuer Dampfessel. Der Sohn des Fabrikanten wurde getötet, mehrere Arbeiter erlitten tödliche, einige leichtere Verletzungen.

Todessturz eines bulgarischen Militärfliegers. Die aus Sofia gemeldet wird, geriet bei einem Erkundungsfluge ein bulgarischer Militärflieger in beträchtlicher Höhe in Brand und stürzte mit dem Offiziersflieger in das bulgarische Lager hinab. Der Apparat war zertrümmert, der Flieger war vollkommen verloscht.

Einwurf eines Leuchtturms. In der Nacht zum Montag rannie an der australischen Küste das Segelschiff „Dinsdale“, das seinen Vorposten an Bord hatte, bei der Einfahrt in den Ankerplatz von Semophore an den Leuchtturm von Wonga School an; das 80 Fuß hohe Bauwerk stürzte ein, und die beiden Wächter des Turmes ertranken.

Marktbericht von Berlin am 16. November 1912, nach Ermittlung des kgl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30.00—50.00. Speisebohnen, weiße, 35.00—50.00. Bohnen 30.00—50.00. Kartoffeln (Reinhandl.) 5.00—7.00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1.70—2.40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1.50—1.80. Schweinefleisch 1.60—2.30. Kalbfleisch 1.40—2.40. Hammelfleisch 1.40—2.40. Butter, 2.40—3.00. 60 Stück Eier 4.20—6.50. 1 Kilogramm Karpfen 1.20—2.40. Kalle 1.60—3.20. Bander 1.40—3.60. Hechte 1.40—2.80. Barische 0.80—2.40. Schiwe 1.80—3.20. Heise 0.80—1.40. 60 Stück Aechje 3.00—30.00.



Sunlicht Seife



wird aus streng geprüfem, edelstem Rohmaterial hergestellt! Ihre Qualität ist daher immer zuverlässig die beste! Da sie für alle Zwecke, wo es sich um einwandfreie Reinlichkeit handelt, geeignet ist, verwenden nur diese Seife Millionen Hausfrauen jeden Standes!

Roggen ist bekanntlich unser kräftiges Brotkorn. Ein Kaffeegetränk aus Roggen, der einem ganz eigenen, neuartigen Mälzungs- und Röstverfahren unterworfen wurde, muss etwas Besonderes sein. Und das ist „Kornfranck“! Sie sollten ihn auch verwenden!

**Tadellos
1 M.**

wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante

Herrn-Moden

fertig und nach Mass.
Garantie für tadellosen Sitz
und feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg
Mass-Schneiderei

Rosenthaler Strasse 36, 1, am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104, part., Ecke Friedenstrasse
Reinickendorfer Strasse 4, am Weddingplatz



Servus
mit Dosenöffner

Capstan Pilsbier

Überall zu haben in großen Dosen à 20 Pf.
Fabrikanten: Lubzyski & Co., G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.



Eile zu Weile

Spezialhaus für Pelzwaren
Berlin S. 119 Dresdener Str. 119
am Oranienplatz, Hochbahn Kottbuser Tor.

1000 Pelzstolas

Schals, Collers, Muffen nur prima
Felle — offeriere ich infolge günstiger Ab-
schlüsse zu hervorr. billig. Preisen.

Echt Skunks-Stola von 35 M. an.
Nerzmurmel-Stola von 13,50 M. an

mit Köpfen und Schweifen.
Alaska-Fuchs-Imitation 7,50 M.

Marder, Nerz, Persianer,
Opposum, Biber, Iltis etc.
in allen modernen Formen stets
am Lager.

Bitte Eile zu Weile
genau auf die Firma

Dresdener Str. 119 zu achten!
Jedermann erhält die im Fenster
ausgestellten Gegenstände sofort
— für den bezeichneten Preis.

Sonntags 12—2 geöffnet.

Eigene Kürschnerei.

Reparaturen
gut, schnell, billigst.

Theater.

Dienstag, 19. November 1912

Anfang 8 Uhr.

Urania. Gervais - Courtellemont-
Paris: Bilder aus dem Orient.
(System Lumière).

Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Die lustigen Weiber
von Windsor.

Königl. Schauspielhaus. Der große
König.

Deutsches. König Heinrich IV.
2. Teil.

Sirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Kuß Hatterhorn.

Deutsches. Professor Dr. B.
Donath: Additive und subtraktive
Farbenmischung.

Hammerwerke. Maria Magdalena.
König. Gabriel Schillings Blut.

Deutsches Opernhaus. Figaro's
Wedding.

Kleines. Magdalena.
Königgrätzer Straße. Die fünf
Frankfurter.

Schiller-Theater. Die Kinder der
Exzellenz.

Berliner Theater. 8 Uhr:
Filmzauber.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der guttische Prad.

Theater am Rollendorferplatz
(Neues Schauspielhaus).
Täglich abends 8 Uhr: Gastspiel des
Münchener Künstlertheaters.
Orpheus in der Unterwelt.
Jeden Mittwoch u. Sonnabend 8 1/2 Uhr:
Schaerwittchen.

Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Prinzenerziehung.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
Abends 8 Uhr:
Der Frauenfresser.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Die Macht der Töne.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Grieg.
Süßwittchen. Wein aller Herr.
Volles Cabrice. Der kausche Joseph.
Der Kebab.
Königshof-Kaffee. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Lore. Die
Spieler. Der Kammerjäger.

Anfang 10 Uhr.

Admiralpalast. Gisbalotti: Poenne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.

Wittmoos. abends 8 Uhr:
König Lear.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzähler.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Im weißen Rössl.

Wittmoos. abends 8 Uhr:
Im weißen Rössl.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Geschwister. Elga.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Filmzauber.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der guttische Prad.

Theater am Rollendorferplatz
(Neues Schauspielhaus).
Täglich abends 8 Uhr: Gastspiel des
Münchener Künstlertheaters.
Orpheus in der Unterwelt.
Jeden Mittwoch u. Sonnabend 8 1/2 Uhr:
Schaerwittchen.

Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Prinzenerziehung.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
Abends 8 Uhr:
Der Frauenfresser.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Die Macht der Töne.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Grieg.
Süßwittchen. Wein aller Herr.
Volles Cabrice. Der kausche Joseph.
Der Kebab.
Königshof-Kaffee. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Lore. Die
Spieler. Der Kammerjäger.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Die Macht der Töne.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Grieg.
Süßwittchen. Wein aller Herr.
Volles Cabrice. Der kausche Joseph.
Der Kebab.
Königshof-Kaffee. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Lore. Die
Spieler. Der Kammerjäger.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Die Macht der Töne.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Grieg.
Süßwittchen. Wein aller Herr.
Volles Cabrice. Der kausche Joseph.
Der Kebab.
Königshof-Kaffee. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Lore. Die
Spieler. Der Kammerjäger.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Die Macht der Töne.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Grieg.
Süßwittchen. Wein aller Herr.
Volles Cabrice. Der kausche Joseph.
Der Kebab.
Königshof-Kaffee. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Lore. Die
Spieler. Der Kammerjäger.

Luisen-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Die gelbe Gefahr.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 192.
Anfang 8 Uhr. Zum 1. Male:
Die Sünden der
oberen Gehirnteile.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauschen gehalten.
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern von J. Freund.
Musik u. Ausw. von J. Lange arrang.
von Will. Bishop. In Szene gesetzt
vom Direktor H. Schulz.

Apollo Theater
Vorletzte Woche. Ab 8 Uhr.
Nie dagewesener Erfolg
des neuen Programms!
12 große Attraktionen!
Ganz Berlin spricht von
M. Bendix und E. Schnabel
als Droschkenkutscher u. Flaker.

Theater Königstadt-Casino.
Hohmarktstraße 74.
1 Min. d. Bahnh. Himmelsbrücke.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Das jr. Spezialitätenprogramm
und „Im Jahre 2000“.
Ein Zukunftsbild in einem Akt.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Liebesbarometer.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Die Macht der Töne.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Grieg.
Süßwittchen. Wein aller Herr.
Volles Cabrice. Der kausche Joseph.
Der Kebab.
Königshof-Kaffee. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Lore. Die
Spieler. Der Kammerjäger.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Die Macht der Töne.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Grieg.
Süßwittchen. Wein aller Herr.
Volles Cabrice. Der kausche Joseph.
Der Kebab.
Königshof-Kaffee. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Lore. Die
Spieler. Der Kammerjäger.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Die Macht der Töne.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Grieg.
Süßwittchen. Wein aller Herr.
Volles Cabrice. Der kausche Joseph.
Der Kebab.
Königshof-Kaffee. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Lore. Die
Spieler. Der Kammerjäger.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Die Macht der Töne.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Grieg.
Süßwittchen. Wein aller Herr.
Volles Cabrice. Der kausche Joseph.
Der Kebab.
Königshof-Kaffee. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Lore. Die
Spieler. Der Kammerjäger.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Die Macht der Töne.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Grieg.
Süßwittchen. Wein aller Herr.
Volles Cabrice. Der kausche Joseph.
Der Kebab.
Königshof-Kaffee. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Lore. Die
Spieler. Der Kammerjäger.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Die Macht der Töne.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Grieg.
Süßwittchen. Wein aller Herr.
Volles Cabrice. Der kausche Joseph.
Der Kebab.
Königshof-Kaffee. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Lore. Die
Spieler. Der Kammerjäger.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Die Macht der Töne.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Grieg.
Süßwittchen. Wein aller Herr.
Volles Cabrice. Der kausche Joseph.
Der Kebab.
Königshof-Kaffee. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Lore. Die
Spieler. Der Kammerjäger.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Die Macht der Töne.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Grieg.
Süßwittchen. Wein aller Herr.
Volles Cabrice. Der kausche Joseph.
Der Kebab.
Königshof-Kaffee. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Lore. Die
Spieler. Der Kammerjäger.

Urania

Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Gervais-Courtellemont (Paris):
Bilder aus dem Orient.
(System Lumière.)

8 Uhr: **Aufs Hatterhorn!**
Hörsaal 8 Uhr: Professor Dr. B.
Donath: Additive und subtraktive
Farbenmischung.

Herrnfeld
Theater
8 Uhr:
Die mit beispiellosem Lacherfolge
aufgenommene Novität

Die Alpenbrüder.
10 Uhr:
Endlich allein!

Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Vorverkauf 11—2 (Theaterkasse).

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
**HEILIGE
WEISSE
NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

**„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus**
Heute: **Doppel-Konzert!**
Berliner Konzerthausorchester. Dir. Frz. v. Blon, Komponist.
Musik. Kaiser-Franz-Regiments. Dirig. Oberm. Becker.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Morgen Bußtag bleibt das Etablissement geschlossen!
Die am Bußtag geplante Veranstaltung des deutschen Wander-
Ruder-Verbandes ist auf Freitag, den 29. Nov., abends 8 Uhr, verlegt.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
**HEILIGE
WEISSE
NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
**HEILIGE
WEISSE
NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
**HEILIGE
WEISSE
NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
**HEILIGE
WEISSE
NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
**HEILIGE
WEISSE
NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
**HEILIGE
WEISSE
NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
**HEILIGE
WEISSE
NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
**HEILIGE
WEISSE
NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
**HEILIGE
WEISSE
NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
**HEILIGE
WEISSE
NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
**HEILIGE
WEISSE
NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
**HEILIGE
WEISSE
NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
**HEILIGE
WEISSE
NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
**HEILIGE
WEISSE
NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
**HEILIGE
WEISSE
NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
**HEILIGE
WEISSE
NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Boigt-Theater.

Dienstag, den 19. November 1912:
Schnitzspiel in der „Neuen Welt“:
Gefenfelde 108—114.

Was Gott zusammenfügt...
Schnitzspiel in 5 Akten von G. Ritterfeld.
Nach d. gleichn. Rom. I. d. „Morgens.“
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

TGB

THEATER CROSS-BERLIN
AM ZOO.

Eröffnungs-Vorstellung
am Donnerstag, den 21. Nov.,
7 1/2 Uhr.

So hummeln wir!
Bunte Bilder mit Gesang
und Tanz v. Gustav Kadelburg,
Leo Leipziger und Jean Gilbert
mit: Fritz Massary,
Max Pallenberg,
Karl Bachmann.

Vorher: **Gr. Variété-Teil.**

Rauchen in allen Räumen des
Theaters gestattet.

Freitag, den 22. November,
und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.

Vorverkauf ab Montag,
den 18. November, an
der Theaterkasse 10—2 Uhr,
im Warenhaus Tietz und
Invalidendank.

Preise & Plätze: Orchester-
u. Prozenium-Loge 10 M.,
Klubstempel 10 M., Rang-Loge
8 M., Promenoir-Loge 7 M.,
Orchester-Fauteuil 6,50 M.,
Rang Mitte 6 M., Rang Seite
1. Reihe 5 M., 2. u. 3. Reihe
3 M., 4. bis 6. Reihe 2 M.,
Parkett-Fauteuil 4,50 M.,
Parkett 1. bis 6. Reihe 3 M.,
7. bis 12. Reihe 2 M., Pro-
menoir 1,50 M.
Keine Vorverkaufsgelöhr.

Zirkus

Albert Schumann.
Heute Dienstag, 19. November,
abends 7 1/2 Uhr:

Große Gala-Vorstellung.
Auftreten sämtlicher
neu engagierter
Attraktionen.

Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
Die Hauptattraktion von Berlin!

Morgen, Mittwoch, den 20. No-
vember (Bußtag), findet keine
Vorstellung statt.

Zirkus Buseh.
Heute Dienstag, 19. November,
abends 7 1/2 Uhr.

Nur noch wenige Tage
die gr. Pantomimen-Burlesko
Unter Gorillas
in 4 glänzenden Bildern.
6 Damen Tourbillons 1 Herr
die unvergl. Kunstradfahrer.
Kapt. Spaulding.
Schein oder Wirklichkeit?
Altes Kapl-Grabselbstmord.
Hr. Burekhardt-Footit,
Schulmeister auf dem Vollblüter
Donald, u. das gr. Galaprogr.
Morgen keine Vorstellung.

Folies Caprice.
Zum 80. Male
Die drei Schläger:
Der kausche Joseph.
Der Kebab.
Der Einbrecher.

Passage-Theater
Unter den Linden 22/23.
Ki-Ko
Lichtspiele.
Anfang 4 Uhr, Sonntags 8 Uhr.

Casino-Theater
Kottbuser Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Das sensation. November-Programm
Robert Neesemann.
Berlins Lieblingsschmaritz mit neuen
Schlagern. Riesen-Radertag des
lustigen
Fisches
Sonntag 8 Uhr: Die verkaufte Frau.

Deutscher Bauarbeiter - Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Stukkateure.

Zahl Tarifvertrag beträgt die Arbeitszeit der Stukkateure vom 16. November 1912 bis 15. Januar 1913: sieben Stunden. Anfang früh 8 Uhr, Feierabend um 4 Uhr. Frühstück von 9-9 1/2 Uhr, Mittag von 12-12 1/2 Uhr. Im Interesse der Allgemeinheit ersuchen wir alle Kollegen, die vertragliche Arbeitszeit einzuhalten.

Die Sektionsleitung.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Mittwoch, den 20. November (Bußtag), vorm. 10 Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum 1. Verhandlungstag des Bauarbeiterverbandes.
2. Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl.
3. Sektionsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Bahrscheinlich Besuch aller im Gips- und Betonbaugewerbe beschäftigten Mitglieder erwartet. Der Sektionsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen.

Achtung! Bodenleger. Achtung!

Heute Dienstag, den 19. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14, Zimmer 4 (Arbeitsloftsaal).

Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Branchenangelegenheiten.

Einseger.

Mittwoch, den 20. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14, Zimmer 4.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Stellungnahme zum Vertrag.

Tischler, Bezirk Südwesten.

Donnerstag, den 21. November, abends 8 Uhr, bei Habel, Bergmannstr. 5/7.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Stellungnahme zum Vertrag.

Bürsten- und Pinselmacher.

Donnerstag, den 21. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Breuh, Holzmarktstraße 66.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Bürgerliche und proletarische Jugendbewegung“. Referent: Kollege Langhammer. 2. Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Töpfer!

Freitag, den 22. November 1912, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Oeffentliche Versammlung

aller bei Innungsmeistern beschäftigten Töpfer.

Tagesordnung:

Wahl des Gesellenausschusses und der Ersahmänner.

Um 7 1/2 Uhr:

Zweite Versammlung.

Tagesordnung:

Wahl der Innungsschiedsgerichtsbeisitzer und der Ersahmänner.

H. Thiele, Obermeister der Tischlerzunft zu Berlin.

Paul Obiglio's Festsäle, Schwedter Str. 23/24

Telephon: Amt Norden 33.

3 Säle mit Bühne für Hochzeiten und Gesellschaften noch einige Sonnabende und Sonntage frei.

3 Vereinszimmer für Sport-, Gesang- und andere Vereine.

2 Kegelbahnen für Winter und Sommer. 4790L*

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.

Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.

Amt IV, 3014.

Kios

Cigaretten



Kurprinz 3 Pfg
Fürsten 4
Welt-Macht 5
Auto-Klub 6
Aero-Klub 10

Kios-B.Z.
Cigarette
Stück 4 Pfennig.

Sie sind im Irrtum liebe Frau!

Ich kenn' die Sache ganz genau:
Palmona sie ersetzt fürwahr
Die beste Butter ganz und gar,
Dafür ist sie in Stadt und Land
Bei Arm und Reich bereits bekannt
Und selbst der allerschwächste Magen
Er kann Palmona wohl vertragen
Drum ich als Arzt, ich sage frei:
Palmona oder Butter? - Einrei!

H. Schlinck & Co. A.G.
Hamburg
Alleinige Produzenten von
Palmin-Planzensfett
Palmona-Planzens-Butter-Margarine

INO RUMONNY

Gemeinsame Ortskrankenkasse

1. Berlin-Wilmersdorf u. Umgegend.

Einladung zu einer allgemeinen Arbeitgeber- und Mitgliederversammlung, in welcher ein gemeinsamer, ständlicher Vortrag über den Wert einer geordneten Zahn- und Mundpflege gehalten wird, am Donnerstag, den 28. November 1912, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112.

Hieran anschließend findet die Ordentliche Generalversammlung der Vertreter der Arbeitgeber und Kassennmitglieder statt.

- Tagesordnung:
1. Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung.
 2. Erstwahl für das ausgetretene Vorstandsmitglied Herrn Wilhelm Holle für die Amtsdauer bis 30. September 1913.
 3. Wahl der Rechnungsprüfungskommission gemäß § 52 der Satzungen.
 4. Statutenänderungen, §§ 11, 13, 21, 22, 30, 31, 32, 34, 36, 68, Familienfürsorge betreffend.
 5. Bewilligung von Mitteln zur Errichtung eines zahnärztlichen Instituts.
 6. Verschiedenes.
- Berlin-Wilmersdorf, den 18. November 1912.
Der Vorstand. 283/7
J. H.:
Lübbers, Tuckermann,
Schriftführer.

Ortskrankenkasse f. d. Gewerbe der Tischler und Pianofortearbeiter zu Berlin.

Donnerstag, den 28. November 1912, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

der Vertreter der Kassennmitglieder und der Arbeitgeber im Gewerkschaftshaus (Saal 1), Engelauer 15.

- Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
 2. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern der Arbeitgeber.
 3. Wahl von 5 Vorstandsmitgliedern der Arbeitnehmer.
 4. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung.
 5. Bericht vom Krankentage in Köln und Frankfurt.
 6. Beschlussfassung über Erweiterung der am 29. 11. 08 beschlossenen Ruhegehaltsleistungen, zwecks Befreiung von der angestellten-Versicherung.
 7. Beschlussfassung über den Antrag des Vorstandes auf Zulassung als besondere Ortskrankenkasse nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.
- 15185 Der Vorstand.

Achtung! Orts-Krankenkasse der Handwerker Spandau.

Am Dienstag, den 26. Nov., findet im Hotel zum Stern, Potsdamer Str. 35, die

Mitgliederversammlung

zur Wahl der Delegierten für das Jahr 1913 statt.

Zu wählen sind in getrennter Wahlerversammlung 20 Arbeitgeber-Delegierte und 20 Stellvertreter, sowie 40 Arbeitnehmer-Delegierte und 40 Stellvertreter.

Es wählen die Arbeitgeber unter Vorzeigung der letzten Quittung über bezahlte Beiträge, die Arbeitnehmer unter Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte in der Zeit von 7-8 Uhr abends.

Generalversammlung

statt. 283/19

- Tagesordnung:
1. Neuwahl des Vorstandes (ein Arbeitgeber, zwei Arbeitnehmer).
 2. Erstwahl des Vorstandes (ein Arbeitnehmer).
 3. Wahl einer Rechnungsprüfungskommission.
 4. Verschiedenes.
- Der Vorstand.
A. Ludwig, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse der Klempner.

Am Dienstag, den 26. November, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal I, die

General-Versammlung

der Vertreter der Kassennmitglieder und Arbeitgeber unserer Kasse statt.

- Tagesordnung:
1. Verlesung der Protokolle.
 2. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern, 1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer.
 3. Wahl des Rechnungsausschusses.
 4. Antrag auf Zulassung beim Weiterbestehen unserer Kasse nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung.
 5. Kassennangelegenheiten.
- 12448 Der Vorstand.

Josefelli

JUNO

QUALITÄTS- CIGARETTE

2

PFG.

Stoffe

für elegante Maßanzüge, Ulster, Paletots, Mtr. 4.-, 6.-, 8.- M. etc. Velour du Nord, Persischer, Imit. Seal-Püsch, Seiden-Seal Mtr. 5.50, 6.50, 9.50, 13.- M. Püschfutter, Fell imit. für eleg. Damen-Paletots Mtr. 4.50 M. Damenkostüm- und Ulsterstoffe, Mtr. 3.-, 4.-, 5.- M. etc. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Genossenschaft Berliner Bandagisten

Köpenicker Str. 95b gegr. 1907 von organ. Bandagisten. Anfertigung sämtlicher Bandagen, Binden usw. in eigener Werkstatt. Lieferung sämtl. Krankenkassen u. 6er Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend. 107/14* Für Damen weibliche Bedienung. **220 000 Mark** sind von 4 Proz. an auf Hypothek bei langjähriger Beschreibung auszuliefern. Anfragen sind unter „H. 2“ an die Expedition dieses Blattes zu richten. 208/15

Pollmanns Bandagen

Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc. Berlin N., Rothbringer Str. 60. Lieferant für Krankenkassen Eigene Werkstatt.

Pelzwaren,

Stolas, Wuffen, in eigener Werkstatt angefertigt, solide Ausführung, billige Preise. Choriner Str. 49, II.*

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten. Woll- Reste! Nooquetta, Püsch- Reste! Satteltaschen. Muster bei näherer Angabe franko. Berlin SO4, 158. Emil Letèvre, Oranienstr.

Der Berliner Arbeiter-Schachklub

veranstaltet am Mittwoch, den 20. November (Bußtag), nachmittags 2 Uhr, in den „Königs-Sälen“, Neue Königsstraße Nr. 26, Ecke Wadzeckstraße, einen

Großen Massenwettkampf

„Rot“ gegen „Schwarz“. - Nach dem Wettkampf hält der Leiter unserer Schachspalte, Schachmeister S: Alapin, einen

Schach-Vortrag am Demonstrationsbrett.

Eintritt 30 Pf. Anfang 2 Uhr. Garderobe frei. Alle schachspielenden Arbeiter sind hierzu freundlichst eingeladen. [208/20*] Der Vorstand.

Das Ergebnis der Gewerbegerichtswahlen der Arbeitnehmer nach Einzelbezirken

stellt sich wie folgt:

Table with 9 columns: Wahlstelle, Liste V, Liste I, Liste II, Liste III, Liste IV, Liste VI, Per-spitt., Ins-gesamt. Rows 1-48 showing election results for various districts.

Die Liste V der freien Gewerkschaften hat gegen die Wahl von 1910 über 11 000 Stimmen gewonnen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Die Genossen und Auswähler werden ersucht, sich bei den Parteien genau nach der Lokalliste zu richten; besonders weisen wir auf das Bahnhofsrestaurant in Eichwalde (Znh. G. Friedrich) hin.

In Zeuthen sind die Lokale Karl Fischers Gesellschaftshaus und Münzels Restaurant am Zeuthener See streng zu meiden.

Erklärung.

Genosse G. Stähler ersucht um Aufnahme folgender Verächtigung:

Nach dem Bericht im „Vorwärts“ über die Versammlung der Konsumgenossenschaft am Donnerstag, den 14. November, soll ich gesagt haben, in Hamburg seien die Gewerkschaften und Partei bei der Gründung der „Produktion“ Hand in Hand gegangen.

Gegenüber der Erklärung des geschäftsführenden Ausschusses der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung habe ich zu bemerken, daß mir von mehreren Genossen berichtet worden war, die von Stadträtigen empfohlene Kandidatenliste sei das Resultat einer Sitzung des Aktionsausschusses.

Oberschnewide. Heute abend 8 Uhr findet im „Wilhelmshof“ eine öffentliche Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: Wie stellt sich die Einwohnerschaft zu den Vorgängen bei dem amtlichen Fleischverkauf der Gemeinde?

Schwargendorf. Morgen Mittwoch, früh 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung von Förstler, Spandauer Str. 40, aus.

Friedrichsfelde. Morgen Mittwoch, vormittags 8 Uhr, von den Zahlstellen aus wichtige Flugblattverbreitung.

Zegei. Am heutigen Dienstag, 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. „Die internationale Lage“. Referent: Genosse Emil Dittmer. 2. Berichterstattung von der Verbandsgeneralversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten.

Nieder-Schnewide-Nordend. Die Genossen, die an der „Kadett“- und Kalenderverbreitung am Montag sich beteiligten, treffen sich früh 7 Uhr bei Dratvogel, Nordend.

Bernau. Heute Dienstag, abends 1/9 Uhr, findet bei Richard Wänke die Fortsetzung der Genossenschaftsvorträge des Genossen Zimmermann statt.

Berliner Nachrichten.

Fleischverkauf durch die Konsumgenossenschaft.

Der Magistrat teilt mit: Der Verkauf russischen Fleisches, der besonders am letzten Sonnabend sehr flott war, erfährt, wie wir bereits ankündigten, von Dienstag ab eine Erweiterung.

Aus der Arbeiter-Krankenversicherung Berlins

macht der jetzt vorliegende neueste Jahresbericht der Gewerbe-Deputation des Magistrats wieder einige statistische Angaben. Sie betreffen die Orts-, die Betriebs- und die Innungskrankenkassen sowie die Gemeinde-Krankenversicherung und erstrecken sich auf das Statjahr 1911 (1. April 1911 bis 31. März 1912).

Auffallend ist diesmal das außerordentlich große Plus an Erkrankungsfällen, das in keinem Verhältnis zu dem gleichzeitigen Zuwachs an Kassemitgliedern steht. Erkrankungsfälle, die mit Erwerbsunfähigkeit verbunden waren, wurden diesmal überhaupt 988 681 gezählt, gegenüber 830 607 Fällen im Vorjahr.

„Das Schwert“ nennt sich bombastisch ein Wisch, der als periodisches Flugblatt das Leiborgan des Heilmagnetiseurs Josef Weihenberg aus der Gleimstraße 42 ist und „zur Rechtfertigung derjenigen Personen, welche durch böswillige Verleumdungen in öffentlichen Blättern angegriffen werden und an Hand genügenden Attematerials den Gegenbeweis antreten können, dient“.

„Das Opfer eines entsetzlichen Unglücksfalles wurde gestern abend der 26 Jahre alte Schloffer Max Spenth, Kolonnenstr. 34 wohnhaft. Er sollte auf der Bahnweiserlei des Bahnhofs Giesendbrunn eine Reparatur an einem Schornstein ausführen.

Das Opfer eines entsetzlichen Unglücksfalles wurde gestern abend der 26 Jahre alte Schloffer Max Spenth, Kolonnenstr. 34 wohnhaft. Er sollte auf der Bahnweiserlei des Bahnhofs Giesendbrunn eine Reparatur an einem Schornstein ausführen.

Der Ausschuss des Zweckverbandes tagte gestern vormittag im Magistratsgebäude. Anwesend waren unter anderem auch Oberpräsident v. Conrad und Oberpräsidialrat Graf v. Roedern.

Das Opfer eines entsetzlichen Unglücksfalles wurde gestern abend der 26 Jahre alte Schloffer Max Spenth, Kolonnenstr. 34 wohnhaft. Er sollte auf der Bahnweiserlei des Bahnhofs Giesendbrunn eine Reparatur an einem Schornstein ausführen.

Spandau wünschte einen Verzicht des Zweckverbandes auf die weitere Umgebung, auf das Einspruchsrecht betreffend das ganze Spandauer Stadtgebiet. Damit würde der Zweckverband auf einen wichtigen Teil des öffentlichen Rechts verzichten, was natürlich unter allen Umständen abgelehnt wurde.

Ferner beschäftigte sich der Ausschuss mit der geplanten Autostraße im Grunewald. Er hat in der Voraussetzung, daß die begehnten Erwartungen betr. Entlastung der übrigen Straßen eintreffen, grundsätzliche Bedenken nicht erhoben.

Das Postamt 58 in der Danziger Straße, haulich wohl das schlechteste in ganz Berlin, hat endlich eine Verbesserung erfahren. Im Schalterraum, der oft das Publikum kaum fassen konnte, ist die Schalterwand erheblich zurückgesetzt und dadurch ein Flächenraum von etwa 24 Quadratmetern sowie ein fünftes Schalterfenster gewonnen worden.

Handschellen im Kampfe gegen die Arbeiterjugend.

Unvergleichliche Lorbeeren im Kampfe gegen die Arbeiterjugend hat sich am Sonntag die Reutköppler Polizei verdient. Die arbeitende Jugend Berlins und Reutköpfs hielt in den Hofentausen eine öffentliche Jugendversammlung ab, in welcher Adolf Hoffmann über „Wohin gehört die arbeitende Jugend?“ referierte.

Die Polizei nahm mehrere Eistierungen vor. Einige Jugendliche unter 18 Jahren wurden mit Handschellen versehen und unter starker Bewachung zur Wache geschleppt, was lebhaft empört unter den Jugendlichen hervorrief.

Todesurz aus dem vierten Stockwerk. Der 45 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Klett war gestern damit beschäftigt, das Küchenfenster seiner im vierten Stockwerk des Hauses Föpffe, 1 befindlichen Wohnung zu putzen.

Ein schweres Brandunglück ereignete sich Sonnabendmorgen in der Kastigstraße 51 im Südwesten Berlins. Als dort die 24 Jahre alte Emma Krakow mit einem Spiritusofen hantierte, um ihrem Bräutigam Essen zu kochen, fing plötzlich ihre Kleider Feuer.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Montag an der Ecke der Müller- und Schulstraße. Dort wollte der 23jährige Kaufmann Gottfried Dehn den Motorwagen 1913 der Linie 81 während der Fahrt besteigen, kam jedoch zu Fall und erlitt starke Kopf- und Rippenverletzungen.

Die Verweilungszeit einer jugendlichen Selbstmörderin tief gestern abend in der neunten Stunde in der Vornholmer Straße aufsehen hervor. Die neunjährige Schülerin Charlotte Klumpfuß stürzte sich aus der Höhe der dritten Etage aus dem Fenster auf den Hof hinab.

Das Opfer eines entsetzlichen Unglücksfalles wurde gestern abend der 26 Jahre alte Schloffer Max Spenth, Kolonnenstr. 34 wohnhaft. Er sollte auf der Bahnweiserlei des Bahnhofs Giesendbrunn eine Reparatur an einem Schornstein ausführen.

Das Opfer eines entsetzlichen Unglücksfalles wurde gestern abend der 26 Jahre alte Schloffer Max Spenth, Kolonnenstr. 34 wohnhaft. Er sollte auf der Bahnweiserlei des Bahnhofs Giesendbrunn eine Reparatur an einem Schornstein ausführen.

und Hans Büchner, zwei der eigenschöpferischen Komponisten unserer Tage. Das waren Genüsse vornehmlicher Art, die in weitaus größerem Maße als die gewöhnlichen Konzerte die Regitationen Ludwig Garsis, dessen intime Kunst erst noch in einem kleineren Räume so recht eindringlich zu wirken vermag. Eigentlich hatte ja nur Andersens etwas gefürztes Märchen von der Erdens-Prinzessin eine feine satirische Färbung. Gleichwohl sprach namentlich zwei Stücke von Gustav Wied (Ein fahrender Geißel) und Deibel u. Liliencron (Betrunkene) sehr an, weil hierin die ganz auf sich selbst gestellte Sprechkunst des Vortragenden offenbar wurde. Den instrumentalen Teil des Programms vollführte das unter der sicheren Leitung des Herrn Kapellmeisters Ivan Kröbe stehende Neue Tonkünstlerinnen-Orchester, dem, wenn ihm noch einige Bläserinnen einverleibt werden könnten, ein gutes Prognostikum für seine künstlerische Zukunft gestellt werden darf.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Kurse des Genossen Grunwald in Nationalökonomie und Redekunst werden fortgesetzt: morgen (Dinstag) nachmittags 3 Uhr bezw. 5 Uhr.

Der Gesangsverein „Neu Erwacht“ (Chormeister Heinz Weil) veranstaltet am 20. November (Dinstag) ein Konzert in der Brauerei am Friedrichshain unter Mitwirkung der Herren G. Hartmann (Tenor), G. Franz (Bariton), R. Roders (Violine), R. Weder (Cello), am Flügel die Herren L. Leonhardt und Heinz Weil. Der Eintrittspreis inklusive Programm und Liedertexte beträgt 75 Pf.

Der Sängerkorps Wedding (M. d. L.-S.-V., Chormeister Emil Thilo) veranstaltet am Mittwoch, 20. November, in den Germania-Prachtzügen, Chausseestr. 110, ein Instrumental- und Solofestkonzert unter Mitwirkung des Berliner Konzerthaus-Orchesters (40 Musiker), Dir. Fr. v. Blon, und des Konzertmeisters van Laar (Geige). Programm und Liedertexte 60 Pf. Saalöffnung 8 Uhr, Beginn des Konzerts präz. 7 Uhr. Kinder unter 6 Jahren haben freien Zutritt.

Der „Berliner Arbeiter-Schachklub“ veranstaltet am Dinstag einen großen „Rassenwettkampf“ in den gesamten Räumen der „Königsäle“, Neue Königstraße 26, Ecke Wabergstraße. Der Schachmeister S. Alapin ist für einen am großen Wandbrett abzuwartenden Schachpartie gewonnen worden. Da der Verein aber erhebliche Unkosten hat, so ist zur Deckung derselben ein Eintrittsgeld von 30 Pf. pro Person vorgesehen. Garderobe ist frei.

Bei der **Gewerbegerichtswahl** am Sonntag ist im Wahllokal Georgenkirchstraße 2 ein Hut veräußert worden. Es wird erlucht, denselben beim Genossen E. Klein, Georgenkirchstraße 12, Hof IV, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine recht seltsame Bekanntmachung hat der städtische Bauamt auf dem Pumpwerk I der städtischen Wasserwerke anbringen lassen. Derselbe lautet:

„Die in neuerer Zeit wieder vermehrte Zahl der eingetretenen Unfälle auf unseren Baustellen waren zum Teil auf eigene Unvorsichtigkeit oder Ungehilfslichkeit der Betroffenen zurückzuführen, wie in besonders augenfälliger Weise die in letzter Zeit kurz hintereinander eingetretenen Unfälle auf der Brücke in der Kaiserin-Augusta-Allee über den Verbindungskanal und auf der Königsbrücke gezeigt haben, von denen der letztere inzwischen den Tod des Betroffenen zur Folge gehabt. Diese Erfahrung lehrt, daß strengere Maßnahmen gegen diejenigen, die sich leichtfertig einem Unfall auf der Baustelle aussetzen, ergriffen werden müssen, um nach Möglichkeit vorzubeugen. Es soll daher in Zukunft jeder Bauwächter, Stadtarbeiter und sonstige von uns beschäftigte Arbeiter, der infolge eigenen Verschuldens einen Unfall erleidet, nach seiner Wiederherstellung in der Regel sofort entlassen und nicht wieder in der Tiefbauverwaltung beschäftigt werden. Dies ist allen von uns beschäftigten Arbeitern in nachdrücklicher Weise bekanntzugeben, auch sind sie immer wieder zur Vorsicht und zur genaueren Beachtung der gegebenen Unfallverhütungsvorschriften anzuhalten.“

Das scheint, als ob dieser Mass seinen eigentlichen Zweck nicht recht erfüllen wird. Sowit die Bauverwaltung Anordnungen getroffen, die Arbeiter auf strenge Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften aufmerksam zu machen, wird sie der Zustimmung aller Einseitigen sicher sein. Die weitest größte Zahl der Unfälle ist heute aber leider noch entweder auf das Fehlen genügender Schutzvorrichtungen oder aber auf die lange Arbeitszeit sowie die Hast, in der mitunter Arbeiten ausgeführt werden müssen, zurückzuführen. Denn daß ein Arbeiter aus Tollkühnheit oder Vergnügen die Schutzvorrichtungen außer acht lassend, sich Unfallverletzungen zuzieht, ist nicht anzunehmen. Die Frage nach dem eigenen Verschulden eines Verunglückten ist zum mindesten recht heikel und wir befürchten, daß so mancher Arbeiter unter einer solchen vom Bauamt veröffentlichten Bekanntmachung neben seinen Verletzungen noch zu Unrecht die Entlassung erhalten könnte. Zugunsten der Bauverwaltung nehmen wir an, daß dieselbe vorher nicht reiflich genug erwogen hat, welche Härte die profunde Durchführung für manch einen der armen Verunglückten bringen kann, denn sonst könnte sie unmöglich ungewolltem Unglück noch Verstoßmachung hinzufügen.

Der Verkauf des russischen Fleisches an die Schlächter in Charlottenburg wird in Zukunft regelmäßig Dienstags und Donnerstags, nachmittags 5 Uhr, im Fleischschauamt, Spreerstr. 30, stattfinden.

Neukölln.

Ein bedauerlicher Straßenbahnunfall hat sich am Sonntagabend an der Ecke der Berliner und Redarstraße zugetragen. Gegen 10 Uhr abends verfuhr dort der 81-jährige frühere Dienstmann Karl Krause kurz vor einem Straßenbahnwagen der Linie 30 das Gleis zu überqueren. Obwohl der Führer des Bahnwagens mit aller Kraft bremsete, konnte er doch nicht mehr verhindern, daß der alte Mann umgestoßen wurde und unter den Vorderperson geriet. Er erlitt eine schwere klaffende Kopfwunde und mußte, nachdem ihm auf der Unfallstation in der Steinwehstraße ein Notverband angelegt worden war, nach dem Krankenhaus in Budow geschafft werden.

Zu **Menschenansammlungen** kam es in den letzten Tagen vor dem Laden des Schlächtermeisters Paul Hilbrich, Hermannstraße 114. Den Anstimmungen lag ein Gerücht zugrunde, wonach das Dienstmädchen Fräulein Lisa R. von ihrer Herrschaft mißhandelt worden sei. Es wird behauptet, daß Frau S., eine anscheinend nervöse Person, ihr Personal mitunter in einer Weise behandelt, die schon des öfteren zu lebhaften Klagen Veranlassung gegeben hat. Vor etwa Jahresfrist ist bereits berichtet worden, daß Frau S. in ihrem damals an der Plettenbergstraße gelegenen Geschäftslokal ein Dienstmädchen geschlagen hatte. Auch seinerzeit kam es zu erregten Auftritten vor dem Hilbrichschen Geschäftslokal. Seit April befindet sich das Geschäft der Hilbrichschen Eheleute am Bahnhof Hermannstraße. Das jetzige, seit etwa sechs Monaten bei H. in Stellung gewesene Dienstmädchen hatte zum 15. November gekündigt. In der vergangenen Woche soll nun infolge eines Konflikts zwischen dem Mädchen und Frau S. die letztere die 17-jährige A. gefesselt haben. Am Donnerstag hat alsdann das Mädchen den Dienst verlassen. Kurz darauf haben anscheinend die Bewohner der dortigen Gegend von dem Vorgang Kenntnis erhalten, worauf sich ihre eine erregte Stimmung bemächtigt hat, die durch aufreizende Worte aus dem Fleischladen noch gesteigert worden sein soll. Am Sonnabend soll sogar Wasser aus dem Laden auf das Publikum geschüttet worden sein. Darauf ist es zu stürmischen

Austritten vor dem Hilbrichschen Laden gekommen, in dessen Verlauf die beiden großen Schaufensterscheiben eingeworfen wurden. Ein inzwischen herbeigerufenes Polizeigebot gerietente die Menge. Sonntagnachmittag kam es wieder zu einem größeren Menschenauflauf vor dem Laden. Hierbei soll Herr S. die Versammelten dadurch gereizt haben, daß er mit einem Wurststück die zahlreiche Menschenmenge wegzuging verführte. Anschließend ist H. dann ins Gedränge gekommen und in die zerbrochene Fensterscheibe gefallen, wodurch er sich einige leichte Schnittwunden zugezogen hat. Der Laden wurde auch am gestrigen Tage durch die Polizei bewacht. Die von einigen Zeitungen gebrachte Meldung, daß das Dienstmädchen jetzt in einem Krankenhaus befindet, trifft, wie uns mitgeteilt wird, nicht zu.

Lichtenberg.

Die **Stadtverordnetenwahlen** in Lichtenberg. Bei den gestrigen Wahlen in der zweiten Wählerabteilung gelang es unseren Genossen, sieben Mandate zu erobern; vier Genossen gelang außerdem in die Stichwahl. Mit den 23 Mandaten der dritten Abteilung besitzgen unsere Lichtenberger Genossen also jetzt 29 von den 66 Mandaten.

Stralau.

Eine **Gemeindevertreterwahl** in der dritten Klasse findet am Freitag, den 22. November, nachmittags von 5—8 Uhr statt. Das Wahllokal befindet sich bei Steinide, Alt-Stralau 5. Mit dieser Wahl wird sich eine am Donnerstagabend in der Allen-Taverne, Alt-Stralau 25, stattfindende öffentliche Versammlung beschäftigen. Zum Besuch derselben ladet ein Flugblatt ein, das die Genossen heute Dienstagabend von den bekannten Lokalen aus verbreiten wollen.

Ober-Schöneweide.

In einem **Skandal** hat sich der von der Gemeinde eingerichtete Fleischverkauf ausgewachsen. Einige von der Schlächterinnung zum Verkauf bestellten Reiter pflegten mittlerweile Kanieren anzunehmen, die eine direkte Beleidigung des Publikums darstellten. Aufgehoben von der unangenehmen Aufstellung des Fleisches und der Langsamkeit in der Abfertigung werden die laufenden Frauen mit Redensarten bedacht, welche deren berechtigte Entrüstung hervorriefen. Die Zustände haben sich infolge der wirksamen an Ort und Stelle vollzogenen Zurückweisung dieser Ungehörigkeiten so zugespitzt, daß am Freitag die Schlächter einfach das Publikum nicht abfertigten. Auf Beschwerde griff dann die Gemeindeverwaltung ein. Die Folge dieser Vorgänge war jedoch, daß ein Teil des Fleisches liegen blieb, welches die Gemeinde am Sonnabend durch eine andere Person verkaufen ließ. Unsere Parteimitteilung am Orte hat sich dieser Vorgänge angenommen und zu diesem Zweck für heute abend 8 Uhr eine öffentliche Versammlung nach dem „Wilhelminenhof“ anberaumt.

Mariendorf.

Der **Verkauf des russischen Fleisches** findet in dieser Woche Dienstags und Donnerstag von 8—12 Uhr vormittags und 4 bis 6 Uhr nachmittags, außerdem auch am Dinstag von 1/2—9 Uhr vormittags statt.

Grünau.

Wir und der **Balkankrieg** lautete das Thema, über das Genosse Reichscheid in einer öffentlichen, gutbesuchten Versammlung referierte. In lauten und scharfen Worten schilderte der Redner die Ursachen des Balkankrieges, die Ohnmacht und lächerliche Rolle der Diplomatie und die gegenwärtige Stellung der Großmächte. Das beste Mittel zur Verhütung des Ausbruchs eines Weltkrieges sei der schärfste Protest des internationalen Proletariats. Anhaltender Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen.

Johannisthal.

In der **Gemeindevertretung** wurde zunächst beschlossen, sich an der in Gründung begriffenen Deutschen Kommunalbank mit einer Einlage von 5000 M. zu beteiligen. Als Ausschussmitglied zum Kanalisationszweckverband wurde an Stelle des verstorbenen Schöffen Ansope Herr Frommelt gewählt. Zu Bezirksvorstehern wurden gewählt für den 5. Bezirk Herr Meyer, für den 6. Bezirk Herr Seid. Längere Zeit nahm der Punkt: Maßregeln gegen die Lebensmittelvergiftung in Anspruch. Vom Gemeindevorsteher Busch wurde dazu betont, daß von der Gemeinde die Beteiligung am Vertrieb russischen Fleisches in die Wege geleitet und die am Ort befindlichen Fleischmeister zu gleichen Teilen mit dem Verkauf betraut sind. Die auf Johannisthal entfallende Menge russischen Fleisches betrage entsprechend seiner Einwohnerzahl 3 1/2 Zentner pro Woche. Von unseren Genossen wurden in der Hauptsache die hiesigen, anderen Orten gegenüber höheren Fleischpreise kritisiert. Auch das Verbot des Fleischmeisters, dem Publikum das Fleisch zu verkaufen, wurde heftigst beklagt. Wenn sich solche Fälle wiederholen, soll der Fleischverkauf in eigene Regie übernommen werden.

Bei dem **Verlangen** unserer Parteigenossen, den nicht zur Ausführung gebrachten Teil der Resolution, soweit sich dieselbe auf die Forderungen an die Gesetzgebung beziehen, noch zu erledigen, kam es zwischen unserem Genossen Döring und Herrn v. Trübschler zu einem Rencontre. Letzterer konnte seinen bekannten Haß gegen die Sozialdemokratie wieder einmal nicht bannen und nannte diese die Partei des Klassenhasses. Durch die hierauf erfolgte Entgegnung des Genossen Döring schloß sich Herr v. Trübschler beleidigt und forderte die Zurücknahme der Äußerung. Genosse Döring erklärte sich dazu bereit, wenn Herr v. Trübschler die Worte: „Partei des Klassenhasses“ zurücknehme, dieses jedoch nicht; und so nun abgewartet werden, ob Herr v. Trübschler seine Drohung, Klage zu erheben, wahr macht. Beschlossen wurde ferner mit sieben gegen drei Stimmen, den Bockenmarkt auf Mittwoch auszubehalten. Seitens der Ladeninhaber und Geschäftleute war zur Verhütung des Mittwoch- und der eventuellen Aufhebung des ganzen Bockenmarktes eine längere mit circa 50 Unterschriften versehene Eingabe an die Gemeindevertretung gerichtet, die ihren Zweck somit verscheit.

Röpenitz.

Bei den **Stadtverordnetenwahlen** in der 2. Abteilung haben, wie unsere Genossen feststellen konnten, von den hiesigen Wählerbeisitzern nur wenige gewählt. Von 124 Wählern übten 67 ihr Wahlrecht nicht aus. Von den übrigen wählten 29 bürgerlich und 8 sozialdemokratisch. Am 28. November findet zwischen unserem Kandidaten Kiehl und dem Gegner Friedrichs Stichwahl statt. Wollen die Wählerbeisitzer ihre des öfteren zur Schau getragene Arbeiterfreundlichkeit beweisen, so haben sie am Tage der Stichwahl Gelegenheit, ihre Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten zu geben. Unsere Genossen wollen bis zum Tage der Wahl noch eine lebhafteste Propaganda entfalten.

Bei der **Wahl zur Anstaltensversicherung** wurden insgesamt 333 Stimmen abgegeben. Auf die verbundene Liste des Hauptauschusses entfielen 182, auf die Liste der Freien Vereinigung 139 Stimmen. Der Hauptauschuss erhält 2 Vertrauensleute und 3 Erbkämmerer, die Freie Vereinigung 1 Vertrauensmann und 3 Erbkämmerer.

Kaulsdorf.

In der **Mitgliederversammlung** des Wahlvereins gab Genosse Seyfert den **Kassenbericht** vom letzten Quartal. Derselbe weist eine Einnahme von 377,51 M. und eine Ausgabe von 349,41 M. auf.

Genosse Arnold machte auf die am Sonntag, den 1. Dezember, in Mahlsdorf stattfindende **Jugendchriften-Ausstellung** aufmerksam und erludete um regen Besuch derselben. Der anwesende Kreissekretär Genosse Krahl beleuchtete sodann unsere nächsten Aufgaben; vor allem wies er auf die Erregung hin, in der die deutsche Bevölkerung ständig durch die drohende Kriegsgefahr gehalten werde. Gerade diese Erregung müsse ausgenützt werden. Da selbst bis in bürgerliche Kreise die Abneigung gegen den Krieg sich bemerkbar mache, so werde unsere Agitation wesentlich erleichtert. Besonders sei unser Augenmerk auf die Landbevölkerung zu richten. Die die Gemüter am meisten beschäftigende Heberg-Angelegenheit ist nunmehr durch die Aufhebung des von der Kreislichungskommission gefällten Urteils erledigt. Genosse Wrühl erwähnte die Genossen, den Blick auf das Ganze zu richten und bei der kommenden Landtagswahl alle Kraft einzusetzen, damit der Erfolg nicht ausbleibe. Die hierauf einsetzende Diskussion trug viel zur Klärung der Verhältnisse bei und es ist zu erwarten, daß nunmehr eine regere Beteiligung an den Parteiarbeiten eintritt. Hierauf beschloß die Versammlung die Veranstaltung eines **Reichsnachtsbergnitzens**, das hauptsächlich den Bedürfnissen der Jugend Rechnung tragen soll. Diese Bewegung macht erfreulicherweise gute Fortschritte, trotzdem auch hier ein jogen. nationaler Jugendverein unter Leitung von Lehrern gegründet wurde.

Adlershof.

Aus der **Gemeindevertretung**. Der neugetählte Schöffe Hofmann wurde in sein Amt eingeführt und der Schöffe Müller an Stelle des Schöffen Rindelsohn in den Verkehrs- und Bauausschuss und den Neubautenausschuss gewählt. Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts soll das Verhältnis, nach welchem die bebauten zu den ungebauten Grundstücken zur Grundwertsteuer herangezogen, in der Steuerordnung zahlenmäßig festgelegt werden. Diese Entscheidung machte eine genauere Fassung des § 3, Absatz 2 unserer Steuerordnung notwendig. Vom Ausschuss war vorgeschlagen, die Sätze 3,6 Proz. für bebauten und 5,6 Proz. für unbebauten Grundstücke festzusetzen. Herr Ruge, Vertreter der 2. Abteilung, wollte partout die „unbebaute“ Grundbesitzer schätzen und verlangte, daß die Sätze nur auf 3 und 5 Proz. festgelegt werden sollen. Unsere Genossen erklärten, eine derartige Politik nicht mitzumachen, da dann sofort durch den Steueranfall die Zuschläge zur Einkommensteuer erhöht werden müßten, wodurch gerade die Arbeiterklasse getroffen würde. Genosse Jabel wies darauf hin, daß eine Erhöhung der Steuerzuschläge rückwirkend auf die Entwicklung des Ortes einwirke; trotzdem wollten einige Redner lieber letzteres heraufbeschwören, als den „armen“ unbebauten Grundbesitz auf Kosten des bebauten um ein Sechstel Prozent mehr zu belassen. Der Antrag der Kommission fand am Schluß der oft recht lebhaften Debatte eine Mehrheit. Die Abnahme des in diesem Jahre neu gepflasterten beziehungsweise asphaltierten Teiles der Bismarckstraße wurde ebenfalls beschlossen. Bei der Postverwaltung sollen Schritte unternommen werden, um eine bessere Briefbestellung mit Köpenick herbeizuführen. Des weiteren soll mit den Nachbargemeinden in Verbindung getreten werden, damit in die Eisenbahnbrücke bei Reptunshain ein Fußgängersteig eingebaut wird. Eine lebhafteste Debatte fand beim Punkt „Speisung bedürftiger Schulkinder“ statt. Herr L. stand zwar dieser sozialen Aufgabe der Gemeinde sympathisch gegenüber, die Wohlthat sollen jedoch nur diejenigen genießen, die auf einem Fragebogen ihre Not schriftlich bestätigt haben. Unsere Genossen bekämpften die Einführung der Fragebogen, da der gewollte Zweck, keinen „Unwürdigen“ Schrippen und Milch zu verabfolgen, nicht erreicht wird. Der Antrag, den bedürftigen Kindern diese Fürsorge zuteil werden zu lassen, wurde von den Gegnern auch damit bekämpft, daß die Nachbargemeinden Nieder-Schöneweide und Alt-Glienide an eine Speisung der Kinder nicht denken. Mit nur knapper Majorität wurde der Antrag auf Einführung von Fragebogen abgelehnt und dann die Speisung der Kinder auf dieselbe Art wie im Vorjahr beschlossen. Für den Verkauf von russischem Fleisch wurden zunächst 1000 M. bereitgestellt; der Verkauf wird voraussichtlich in dieser Woche beginnen und soll an zwei Tagen in einem besonders zu diesem Zweck gemieteten Laden Hadenbergstr. 25 erfolgen. Der Armenarzt Dr. Ehrmann hat sein Amt vertretender Vorkommisse wegen niedergelegt, es sollte daher eine Neuwahl stattfinden. Die Angelegenheit wurde zurückgestellt, da noch Erhebungen angestellt werden sollen. Zum Schluß besprach Genosse Jabel den ablehnenden Bescheid, welchen der Bürgermeister dem Arbeiterturnverein auf dessen Gesuch, ihm die Gemeindegaststätte ebenfalls an Turnabenden zur Verfügung zu stellen, erteilt hat. Ohne erst die Gemeindevertretung zu fragen, habe der Bürgermeister abgelehnt. Unter Redner bezeichnete das Vorgehen des Dorfsobershauptes als noch päpstlicher wie das des Papstes selbst und erklärte, die Angelegenheit bei der nächsten Gelegenheit nochmals zur Sprache zu bringen.

Trebbin (Kreis Teltow).

In der **letzten Stadtverordnetenversammlung** wurde der Stadlverordnete Tenger mit 9 gegen 6 Stimmen, welche auf Herrn C. Binge entfielen, zum Ratmann gewählt. Die Holzauktion am 21. Oktober hat einen Erlös von 556,50 M. gebracht. Der öffentlichen folgte noch eine geheime Sitzung.

Pankow.

Ein **Ausstellung von Jugendbüchern, Künstlerzeichnungen** und anderem künstlerischen Wandschmuck veranstaltet der Kreis-Bildungsausschuss Niederbarnim vom heutigen 19.—22. November täglich nachmittags von 5—8 Uhr im Türkischenzelt, Breitestraße 14. Genossinnen und Genossen, welche es in der Ausstellungzeit ermöglichen können, werden gebeten, sich dem Bildungsausschuss zur Verfügung zu stellen. Außerdem sei auf den am 20. November im Lokal von Nozidi, Kreuzstraße 3/4, stattfindenden Lichtbildvortrag aufmerksam gemacht. Die Arbeiterkassen wird erlucht, beide Veranstaltungen durch regen Besuch zu unterstützen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Lichtenberg. Donnerstags, den 21. November, nachmittags 6 Uhr, in der Aula des Geistes-Asyls an der Rathausstraße.
Sydnau. Donnerstags, den 21. November, im Rathaus.
Berlin. Heute, Dinstags, nachmittags 6 Uhr, im Stadtverordnetenlokal. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizumischen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. (E. d. Nr. 3 in Hamburg.) Heute abend, um 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftslokal (Saal 3) eine kombinierte Sitzung der Ortsvereinigungen Berlin und Umgegend statt.
Arbeitertouristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Secht-Wittmoos, den 20. November (Dinstag): Wanderung von Dramenburg nach Sachsenhausen, Ruppiner Kanal, Wellen. Abfahrt nach Dramenburg früh 6,57 vom Seltiner Bahnhof.

Briefkasten der Redaktion.

14.10. S. A. E. Ein Recht auf vorzeitige Vertragslösung haben Sie nicht. Fordern Sie unter Prüfung die Beschaffung und Ubergabe des Kellerkellars und die Beilegung des erwähnten Mangels unter der Androhung, daß Sie, falls Ihnen durch die Nichtachtung Schäden entstehen, den Vermieter schadensersatzpflichtig machen, auch nach Ablauf der Frist die erforderlichen Arbeiten selber erledigen lassen werden und von dem Vermieter Erstattung der Kosten verlangen werden. Eine Kürzung der Miete wegen des veranlasseten Betrages ist nach den üblichen Mietverträgen nicht zulässig. Sie müßten diesen Anspruch besonders geltend machen. — **N. 3. 99.** 1. bis 3. Wiederholen Sie die Anfrage und geben Sie noch an, wann die Ehen geschlossen sind und wo jedesmal der erste Ehemannigemend ist. — **M. 60 708, Malzer Str. 1.** 30 Jahre. 2. Soweit der Verdienst 25,85 M. die Woche oder 125 M. den Monat übersteigt. — **Stralsund.** 1. Etwa 23 M. 2. Der Vertrag ist beim Versicherungsamt des Wohnortes zu stellen. Der Vertrag hat damit nichts zu tun. Er kann aber als Gutachter vorgeschlagen werden.

Zeitung No. 26373.

... Raucherfreundliche Malztabak
ist vorzüglich und darf in
unserem Lande nicht
fehlen.

Der Genuss macht!

Manoli

Cigarettes
Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

9. Ziehung 5. Kl. 1. Preuss.-Süddeutsche (227. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 18. November 1912 vormittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Loss gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

48 111 380 500 5 49 893 851 1103 26 [1000] 79
627 432 [18000] 618 58 716 20 060 2131 234 54 594
897 96 912 38 65 61 [1000] 98 [500] 3099 130 217 35
553 4621 148 78 [500] 315 518 620 [500] 720 82 90
5127 87 208 40 72 05 410 521 53 62 611 15 38 98
711 35 72 832 8023 [1000] 41 66 156 54 303 20 418
824 91 703 973 97 7078 298 874 [500] 668 99 8070
511 183 238 462 [1000] 530 [1000] 47 54 71 643 47
93 730 853 959 82 8073 113 48 271 84 554 618 834 7
10000 633 627 81 92 827 25 58 946 [1100] 86
[1000] 215 610 56 98 717 898 99 [500] 919 [600] 48
70 99 12037 105 82 64 260 347 94 931 598 651 702
645 13060 152 74 259 393 [1000] 552 [1000] 790
85 90 803 96 14117 [500] 244 331 96 65 538 62 612
89 79 784 838 916 15049 222 334 77 513 69 099
[500] 50 67 733 40 61 876 99 935 [500] 58 16035 355
808 35 730 63 [3000] 17211 314 17 451 83 512 22
[500] 724 18061 94 148 249 384 419 69 899 96 19177
428 528 [1000] 655 788 857

20428 37 628 08 865 [1000] 21048 117 235 67
820 414 616 19 67 736 22072 177 08 [5000] 215 23 00
897 322 [3000] 453 62 [500] 553 68 610 796 77 878
23289 68 103 201 81 90 424 84 88 555 676 808 810
90 24037 46 76 85 469 600 61 95 25079 89 [500] 151
[500] 124 75 [1000] 308 415 [500] 594 [1000] 755
825 28100 46 [500] 244 540 60 [500] 876 961 27084
371 301 2 487 94 2878 538 48 604 [1000] 857 67
918 76 29024 28 108 35 212 58 517 85 460 642 [1000]
87 612 710 882

30043 177 276 390 582 601 830 31050 150 89
[1000] 471 853 613 [500] 897 905 14 32034 143 255
87 440 [1000] 627 734 99 906 69 33187 314 47 466
633 734 998 [500] 34296 311 423 734 802 952 35156
200 316 450 508 632 844 70 36111 [500] 233 49 79
234 84 [3000] 400 61 66 71 695 747 67 918 55
37071 95 185 300 420 952 99 [1000] 33055 154 [3000]
247 304 25 [500] 624 56 760 848 70 903 30125 39
921 [1000] 371 403 71 697 856 822 972

40140 73 256 63 790 860 61006 108 58 89 343
431 504 848 752 931 95 61 42164 [3000] 321 47 588
[3000] 43017 41 377 99 370 600 737 835 44 44343
336 699 853 92 45197 208 477 584 612 69 947 46200
175 448 [3000] 623 730 943 50 73 47175 94 [5000]
223 49 78 387 [500] 594 710 923 36 43 95 80 48213
642 718 834 676 43021 66 106 337 45 455 640 77
643 [1000] 47 706 [300] 823

50105 320 59 469 69 95 808 28 755 51202 89
62 327 439 598 677 857 958 52358 58 103 [500] 313
87 84 469 539 614 25 833 53023 84 211 41 [500] 783
879 78 619 [3000] 48 75 [500] 855 [500] 54011 [500]
64 118 85 581 64 414 616 531 69 645 780 800 933
[1000] 6 85 81 85 55188 93 295 96 522 759 938 56099
246 318 [3000] 63 478 80 [500] 665 736 991 57008
73 [3000] 129 88 837 77 854 66 58040 200 37 [500]
73 386 450 63 883 631 61 [500] 946 92 59127 315
[500] 81 551 [1000] 79 700 [500] 63150

60085 155 403 86 535 866 61184 224 [3000] 50
63 345 87 502 21 42 43 871 909 62003 20 75 167 253
414 83 508 19 090 94 63018 25 174 226 69 443 528
669 718 603 64060 210 315 417 [1000] 23 627 47 732
812 75 65049 48 [1000] 66 78 [1000] 189 313 577
715 [500] 989 92 851 66262 328 895 983 67084 76
[500] 213 30 90 583 645 743 84 896 [3000] 25 46
79 98 939 [1000] 69011 37 28 [1000] 73 376 68069
[1000] 106 36 77 [500] 279 [500] 219 73 91 [500] 401
65 571 12 979

70127 47 308 473 514 75 623 99 747 89 73 75
851 71107 47 233 357 68 78 415 84 664 [500] 783
835 72245 504 893 758 884 [500] 95 634 48 57 87
73063 154 286 [500] 399 404 830 54 74073 260 372
79 98 491 619 619 765 822 54 56 75024 44 47 72
235 40 99 [3000] 577 606 52 714 76 941 [500] 77
76008 36 532 751 54 971 94 77052 390 [500] 730 71
[3000] 78130 40 82 249 829 37 [1000] 79111 68 637
60 [500]

80090 288 484 550 86 556 94 743 85 998 81028
198 301 50 423 601 19 709 819 37 922 82122 348 [500]
679 697 725 [500] 868 74 921 71 83047 56 395 75 382
491 [3000] 618 85 807 921 84075 204 30 [3000] 311
604 21 26 784 991 85001 110 321 429 37 892 851
88111 244 330 98 403 895 94 95 [500] 813 707 902
84 [500] 87033 121 79 557 899 [500] 88097 25 [1000]
227 890 499 539 47 951 700 89049 [3000] 144 463
637 898

90108 28 206 [500] 112 45 95 606 614 83 615 [500]
61 705 91042 67 [3000] 115 [1000] 47 82 327 [3000]
458 [3000] 57 390 604 730 [1000] 690 912 16 75
92000 53 150 314 412 [3000] 715 77 93028 189 216
17 68 [500] 476 564 729 821 73 70 [500] 908 12 42
94042 141 424 904 622 719 337 95240 63 454 67
625 35 734 [500] 87 855 890 87 [10000] 96194 677
86 697 713 614 83 97293 421 [500] 852 638 589 946
[500] 75 98008 35 121 90 268 80 633 702 6 81 80 [500]
808 [500] 82 99340 84 470 823 [1000] 713 892 823

100149 254 550 85 641 59 90 791 98 810 954 87
101038 81 171 390 [3000] 568 706 [500] 23 [500] 83
945 54 102004 26 29 121 [500] 49 259 847 [3000]
63 838 103324 419 524 36 60 682 703 853 902 40
104304 42 842 [1000] 86 08 620 105105 48 89 222
[500] 81 87 [1000] 327 409 63 [1000] 658 108004
53 169 365 85 [500] 806 41 77 107098 227 43 425
77 95 633 97 755 07 88 804 19 31 168119 467 85 512
[500] 88 674 713 [500] 847 82 109005 222 63 [1000]
65 473 510 [3000] 68 680 700

110119 63 255 306 80 408 623 55 738 111004
172 233 313 451 787 816 980 85 112145 317 54 70
421 534 620 113139 [500] 288 331 61 506 686 873
114156 228 358 431 672 839 929 115055 171 [500]
94 290 [500] 426 [5000] 509 741 56 63 908 90 116029
83 290 368 93 479 534 53 57 [500] 75 800 73 950
117007 179 620 34 48 762 878 95 924 27 118004
31 83 281 [1000] 595 611 [500] 36 700 85 97 [1000]
897 28 118367 86 599 657 [500] 59 773 811

120000 118 464 99 517 90 633 62 91 [5000]
719 830 919 [1000] 71 74 61 121068 85 [500] 133 69
85 201 [5000] 16 44 363 668 [1000] 772 849 78 122140
[1000] 68 [500] 223 306 21 894 708 857 [1000] 902
123128 94 392 481 637 45 58 96 730 76 851 [1000]
934 124147 84 [1000] 260 314 [500] 19 49 429 44
858 657 [3000] 729 844 908 22 125103 426 67 [1000]
672 895 910 126182 214 68 445 804 63 [5000] 839
929 127041 121 248 303 497 648 50 [5000] 782
128026 56 106 347 [1000] 87 408 717 631 [3000] 961
[500] 129335 418 516 33 704 617

130078 84 91 [1000] 244 390 441 [500] 629 77
807 699 [500] 131095 208 97 359 [500] 60 441 80 628
822 34 132099 [5000] 119 [5000] 27 31 297 346 497
884 663 720 70 99 925 133024 177 825 588 112 88
[500] 810 74 48 89 963 134092 300 27 449 602 25 96
726 64 804 135288 308 73 434 99 518 84 613 802
948 83 [500] 41 138348 507 72 728 832 137015
24 97 100 288 310 440 597 608 744 [500] 870 950
[3000] 83 86 133042 81 [500] 240 43 340 [1000]
486 [3000] 73 527 634 40 963 62 90 [500] 139047 73
95 158 301 448 613 [500] 930

140153 332 447 674 978 141438 625 41 698 789
95 840 99 555 142065 263 434 602 15 31 783 859
920 25 143207 [500] 85 310 573 743 927 51 144028
119 27 206 [5000] 48 57 480 581 877 961 [500] 145011
104 15 44 216 588 485 813 16 834 94 [1000] 932 94 80
[1000] 148368 495 532 729 63 815 69 949 78 147920
127 98 247 96 397 480 694 788 835 903 148113 32 89
359 987 149197 318 30 419 619 [500] 749 92 994
947 48

150344 98 468 600 761 804 892 68 151080 168
415 51 [3000] 694 601 76 740 [500] 872 152036 55
248 57 315 93 [1000] 409 59 707 58 807 93 864 89
153102 29 [3000] 229 61 373 88 540 61 600 768 843
[500] 154150 263 677 789 855 [3000] 81 91 984 [500]
155087 [1000] 140 78 263 88 683 622 98 [3000] 958
48 150928 70 256 [1000] 467 613 812 69 85 91 847
157028 448 62 887 [500] 648 [1000] 51 66 734 43
963 77 980 158042 125 89 230 [500] 436 39 [1000]
590 [500] 630 45 705 [500] 888 999 159134 93 235
490 538 45 787 822 45

160183 25 378 97 614 40 735 698 95 904 14
161010 83 207 37 88 [5000] 338 65 78 443 74 [500]
207 664 [1000] 162114 50 61 237 324 415 606 [1000]
811 97 163125 [500] 294 304 80 591 [500] 704
[1000] 931 61 [500] 164019 231 302 490 64 939
165051 103 28 392 431 742 55 942 [500] 63 168063
114 917 [3000] 81 515 23 813 703 817 167802 171
82 340 413 [500] 17 45 519 33 795 801 168006 50 85
99 628 85 738 807 169042 153 345 419 811 93

170907 99 429 619 603 729 71 886 959 171089
542 82 91 729 84 898 172008 [500] 28 99 413
[500] 548 709 [500] 33 79 805 173088 150 241 401
800 43 707 50 813 922 38 174327 438 512 923
175048 161 84 200 71 340 90 402 4 [500] 91 732
899 176242 383 [3000] 432 52 78 602 706 35 41 98
987 177083 [500] 122 392 367 415 78 713 178174
288 394 429 77 605 663 633 179054 [500] 115 19 30
887 612 [500] 710 18 97 810 939

180342 79 695 181004 120 271 [1000] 412 628
223 37 182106 22 97 240 70 450 61 600 831 902 98
183188 281 315 51 429 [3000] 893 733 611 75 82
184082 125 70 75 80 257 82 [3000] 357 69 67 923
46 60 77 803 972 185161 231 459 [500] 186343 90
512 653 69 808 985 187017 108 63 343 496 511 622
775 84 188000 17 189 201 [500] 5 11 82 666 710 867
908 [500] 26 34 38 189131 [500] 74 74 242 [1000]
43 84 316 73 75 481 56 823 40 732 807 8 85 92 908 24
190118 71 218 38 60 947 83 839 871 191118 57
401 634 99 [1000] 792 822 192005 89 192 72 328
44 668 78 759 802 61 912 81 88 193332 342 569 690
[1000] 874 [1000] 79 921 34 194653 30 80 850 984
94 195160 431 534 670 714 [500] 33 824 196268 328
893 899 911 197017 [500] 93 126 39 63 83 270 91
355 [500] 430 654 727 843 997 198284 [500] 404 10
607 674 714 23 60 89 896 199014 47 209 68 [3000]
378 415 544 89 670 836 929

200023 83 162 287 64 98 320 [3000] 488 590 625
35 98 973 201857 444 [5000] 77 585 859 938 202909
[3000] 126 305 [500] 481 504 728 [500] 32 70 871
203032 85 99 170 290 98 352 568 63 743 83 800 46
204147 85 99 272 88 445 84 828 627 55 67 84
205155 588 [3000] 614 87 94 70 13 813 [500] 76
969 72 206001 64 394 456 71 [5000] 97 812 63 775
805 26 78 944 80 97 207027 [3000] 145 53 71 77 243
52 490 825 633 [500] 83 68 [500]

Im Gewinnrade verblieben 2 Prämien zu 30000 M,
2 Gewinne zu 60000, 4 zu 60000, 2 zu 40000, 4 zu
30000, 10 zu 15000, 48 zu 10000, 104 zu 5000, 1678
zu 3000, 2760 zu 1000, 4368 zu 500 M.

9. Ziehung 5. Kl. 1. Preuss.-Süddeutsche (227. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 18. November 1912 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Loss gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

117 67 95 278 471 546 [1000] 738 99 807 924 1098
214 25 62 363 577 657 908 2010 74 213 68 76 461
609 17 840 54 74 [1000] 3040 114 20 99 508 89 603 78
927 4015 110 239 28 96 381 401 72 78 595 90 736 824
61 918 22 5053 215 94 380 482 674 761 97 998 8021
123 53 218 318 [3000] 67 420 70 810 85 [500] 933 35
7248 [3000] 64 94 421 24 29 48 598 [500] 803 31 [500]
816 [1000] 918 82 8074 210 91 462 78 994 791 964
9021 111 99 238 320 [1000] 489 [1000] 513 726 74 840
49 81

10608 [500] 27 31 [3000] 618 841 920 38 11203 85
320 459 787 814 987 12100 38 80 53 335 04 489 538
751 13038 66 97 392 437 [500] 74 605 18 34 69 622
777 862 940 56 14005 30 346 60 509 695 88 757 884
15009 40 179 [3000] 223 689 70 595 16012 24 40 [500]
154 240 476 875 715 828 [3000] 958 17064 186 232
33 494 538 78 89 90 702 43 [1000] 97 843 18055 134
203 70 75 388 69 609 60 715 [500] 837 989 19089
143 78 827 470 670 921 [1000]

20039 110 307 424 70 [1000] 90 513 700 [3000]
21100 11 77 263 310 582 690 805 [500] 78 [500] 963
22058 [1000] 88 119 384 428 41 616 628 91 721 85
23211 91 400 551 768 [1000] 892 900 24003 85 900
[500] 4 518 62 625 64 908 25102 12 51 223 25 68
307 470 518 658 835 900 22 30 [500] 45 40 64 88 99
26076 84 [500] 179 201 340 83 416 544 733 644 96
27142 85 299 369 429 86 600 85 90 712 847 616 [500]
65 28202 75 184 262 672 75 688 [500] 700 7 21 [1000]
636 [1000] 66 26162 254 81 887 917 26 27

30095

